



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Russlands Optionen für eine Eurasische Union“

Verfasserin

Lena-Marei Ardelt, Bakk.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Methode	5
3	Theorien der Staatenbünde.....	7
3.1	Definition von Integration und ihre verschiedenen Dimensionen.....	7
3.1.1	Definition und Abgrenzung von Integration	7
3.1.2	Dimensionen des Begriffs Integration.....	8
3.2	Integrationstheorien	9
3.2.1	Neofunktionalismus	10
3.2.2	Intergouvernementalismus	14
3.2.3	Transaktionalismus.....	17
3.2.4	Ansätze der Mehrebenenpolitik	19
3.3	Variablen und Einflussfaktoren zwischenstaatlicher Integration	21
4	Bisherige Kooperationen im postsowjetischen Raum	26
4.1	Zerfall der Sowjetunion	26
4.2	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).....	30
4.3	Spezielle Kooperationsbündnisse	34
4.3.1	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).....	34
4.3.2	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)	37
4.4	Frühe Integrationsabkommen	38
4.4.1	Union Russland- Belarus.....	38
4.4.2	Zollunion und Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)	40
4.4.3	Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR)	42
4.5	Eurasische Wirtschaftsunion	43
4.5.1	Status Quo der Eurasischen Wirtschaftsunion	44
4.5.2	Struktur und Funktionsweise der Eurasischen Wirtschaftsunion.....	45
5	Geopolitik Russlands	49
5.1	Innerstaatliche Herausforderungen Russlands.....	50
5.1.1	Langfristige Ziele	50
5.1.2	Soziale Herausforderungen	51
5.1.3	Wirtschaftsentwicklung.....	52
5.1.4	Ideologie und Demokratie	54
5.1.5	Geographische Struktur.....	54
5.2	Beziehungen zum „nahen Ausland“	55

5.2.1	Zentralasien	56
5.2.2	Kaukasus- Region	62
5.2.3	Osteuropäische Partner	63
5.3	Exkurs: Ukraine-Krise und Russland	66
5.4	Außenhandel und internationale Finanzwirtschaft	77
5.5	Sicherheitspolitik	80
5.6	Außenpolitik	82
5.6.1	NATO	83
5.6.2	USA	84
5.6.3	China	85
5.6.4	Europäische Union	86
6	Realisierung einer Eurasischen Union	88
6.1	Russische Ziele der Integration	88
6.2	Relevanz der Integration	89
6.3	Voraussetzungen der Integration	91
6.4	Optionen der Umsetzung	96
6.4.1	Geographische Optionen	97
6.4.2	Strukturelle Optionen	99
7	Conclusio und Ausblick	104
	Literaturverzeichnis	107
	Anhang I: Zusammenfassung	119
	Anhang II: Lebenslauf	121

1 Einleitung

Am 1. Januar 2015 ist die Eurasische Wirtschaftsunion in Kraft getreten. Das eigentliche Ziel Putins, die Gründung einer Eurasischen Union, ist damit in seiner Realisierung einen deutlichen Schritt näher gekommen. Mit einer Eurasischen Union würde ein Machtblock zwischen Europa und China entstehen, der eine multipolare Welt um einen mächtigen Akteur unter der Führung Russlands erweitert, bestehende Handelsbeziehungen verändert und im Zeichen der Globalisierung andere weltweite Strukturen schafft.

Putin verfolgt das Ziel einer Eurasischen Union konsequent und direkt seit der neuerlichen Gründung einer Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan im Jahr 2010.

Russland ist allerdings indirekt schon seit dem Ende der Sowjetunion darum bemüht, Kooperationen und die Reintegration mit postsowjetischen Staaten voran zu treiben. Eine wieder engere Zusammenarbeit wird seit dem Ende der Sowjetunion durch das russische Volk als vorrangige Priorität empfunden. Die einstige Machtposition im globalen Gefüge soll wieder erreicht werden. Im Laufe der Zeit haben sich jedoch viele ehemalige

Sowjetrepubliken bereits in Richtung der Europäischen Union, welche im Übrigen als Vorbild des aktuellen Projekts gilt, orientiert und fallen damit als potentielle Partnerländer aus.

Die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse einerseits und die starken Anstrengungen Russlands dem entgegenzuwirken andererseits, machen das Projekt Eurasische Union nicht nur für Osteuropa, die Kaukasus- Region und Zentralasien zu einem wichtigen Thema des 21. Jahrhunderts. Ob und auf welche Art und Weise der angestrebte Staatenbund entsprechend der Vorstellungen Russlands zukunftsfähig ist, soll deshalb im Folgenden untersucht werden. Zunächst muss dafür geklärt werden, welches die wichtigsten Ziele und deren möglicherweise unterschiedliche Gewichtung es sind, die Russland mit der Eurasischen Union verfolgt. Daraus sollen realistische Optionen und deren Voraussetzungen einer erfolgreichen Verwirklichung hinsichtlich der beteiligten Staaten, der Ausgestaltung der Union und der wesentlichen Umsetzungsprozesse dieses Integrationsvorhabens abgeleitet, beschrieben und bewertet werden.

Zu diesem Zweck werden zunächst die bisherigen Kooperationen und Integrationsbemühungen Russlands in den Regionen Osteuropa, Zentralasien und Kaukasus untersucht. Um einen theoretischen und methodischen Rahmen dafür zu schaffen, sind vorher einige Erläuterungen zur Vorgehensweise sowie die grundlegende Einbettung in Theorien über Zusammenschlüsse von Staaten notwendig, um am Ende die obigen Fragen beantworten zu können.

2 Methode

Die Ableitung und Beurteilung der verschiedenen theoretischen Optionen einer Eurasischen Union in ihren relevanten Teilaspekten erfolgt auf der Grundlage einer qualitativen Literaturanalyse sowie der Beobachtungen und Kommentare von Institutionen, welche sich mit dem Thema beschäftigen.

Durch die Einbettung dieser explorativen Arbeit in die Theorien der Staatenbünde einerseits und der realpolitischen Analysen der bisherigen Kooperationen, der geopolitischen Lage Russlands in den relevanten Regionen sowie des Status der aktuellen Eurasischen Wirtschaftsunion andererseits sollen die Forschungsfragen in möglichst nachvollziehbarer und systematischer Form beantwortet werden.

Der Überblick über politische Staatenbundtheorien liefert zunächst eine gewisse Systematik unterschiedlicher Formen von Zusammenschlüssen mit ihren jeweils charakteristischen Merkmalen, aus denen eine hilfreiche Struktur zur Beurteilung der sich anbietenden Optionen und ihrer Voraussetzungen abgeleitet werden kann. Hier werden vor allem jene Theorien berücksichtigt, welche den verschiedenen Kennzeichen der Europäischen Union nahe kommen, da sich die Eurasische Union in den Grundzügen an diese anlehnen soll. Die Theorien zur Europäischen Union sind allerdings sehr alt, vielfältig und inzwischen ziemlich umfangreich. Da sie für diese Forschungsarbeit nur eine grundlegende Einbettung darstellen, wurde für diesen Zweck auf zusammenfassende Sekundärliteratur beziehungsweise Sammelbände mit Originaltexten zurückgegriffen, wie in etwa von Anne Faber (2005), Andreas Grimmel (2009) oder Claus Giering (1997). Einen Sonderfall stellt dabei Giering dar, der nicht nur bestehende Theorien analysiert hat, sondern auf dieser Grundlage ein eigenes Konzept zu Staatenbünden formulierte, auf das in der folgenden Arbeit auch Bezug genommen wird.

Anschließend werden wie oben erwähnt bisherige Staatenbünde sowie der aktuelle der Eurasischen Wirtschaftsunion auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion hinsichtlich ihrer Struktur und Funktionsweise, ihrer Ziele und deren Umsetzung sowie der positiven und negativen Erfahrungen mit diesen Projekten untersucht. Daraus sollen vertiefte Rückschlüsse auf die langfristigen Erfolgsfaktoren und Gestaltung der realistischen Optionen einer Eurasischen Union abgeleitet werden. Grundlegende Literatur hierzu stammt unter anderem von Hannes Adomeit (2012) und Markus Ackeret (2010) in Bezug auf ältere Staatenbünde sowie von Uwe Halbach (u.a. 2012) bezogen auf das aktuelle Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Als weiterer dritter Aspekt wird die Einschätzung der allgemeinen politischen Lage Russlands als Treiber des Integrationsprojektes dargestellt, welche wesentlich durch seine geographischen Rahmenbedingungen, seinen nationalen Herausforderungen, seine Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie die mit diesen Punkten verbundenen langfristigen politischen Ziele bestimmt wird. Neben den regionalen geopolitischen Aspekten im eurasischen Raum spielen auch die Machtansprüche und Sicherheitsinteressen Russlands sowie seine wirtschaftliche Position im globalen Zusammenhang eine Rolle. Einer besonderen Betrachtung bedarf es dabei dem Verhältnis zur Europäischen Union und China. Aus diesen Einschätzungen sollen weitere relevante Kriterien zur Beurteilung der Notwendigkeiten, Gründe und Formen einer für Russland sinnvollen Eurasischen Union abgeleitet werden. Die unter all diesen Gesichtspunkten für Russland wünschenswerte Form einer Eurasischen Union wird jedoch eingegrenzt durch die analogen Einschätzungen, Interessen und Ziele der jeweiligen potentiellen Partnerländer. In diesem Punkt wird als Exkurs die aktuell konfliktgeladene Beziehung zwischen Russland und der Ukraine genauer betrachtet. Die Ukraine hat aus Sicht Russlands unter anderem aufgrund ihrer Größe und historischen Nähe eine wichtige Bedeutung für die Weiterentwicklung einer Eurasischen Union. In der Darstellung spielen vor allem die Sammelbände von Olga Alexandrova, Roland Götz und Uwe Halbach (2003) sowie von Gernot Erler und Peter Schulze (2012) eine wichtige Rolle, jedoch auch aktuelle Statistiken und Umfragen. Auf der Grundlage dieser drei Teilaspekte sollen in einem letzten Punkt die realistischen Optionen dargestellt sowie die oben genannten Forschungsfragen möglichst genau beantwortet werden.

3 Theorien der Staatenbünde

Die Theorien der Staatenbünde, welche seit mittlerweile fast 100 Jahren existieren, sind eine der wichtigen Grundlagen der Forschungsarbeit. Sie befassen sich sowohl mit Kooperation als auch der Integration von Nationalstaaten. Im Folgenden sollen nach einer Definition des hier im Mittelpunkt stehenden Integrationsbegriffs wichtige Theorien zu Staatenbünden dargestellt werden.

3.1 Definition von Integration und ihre verschiedenen Dimensionen

Putin strebt mit der Eurasischen Union ausdrücklich eine Integration der beteiligten Staaten an. Der Weg der Integration soll nach dem Vorbild der Europäischen Union gestaltet werden (vgl. Hoffmann, 2012). Integration gilt somit als elementarer Bestandteil in diesem Zusammenhang.

3.1.1 Definition und Abgrenzung von Integration

Das Wort „Integration“ stammt aus dem lateinischen „integratio“ und bedeutet „Wiederherstellung eines Ganzen, Erneuerung“. Im heutigen Gebrauch wird der Begriff in dreierlei Hinsicht verwendet: „1. Herstellung einer Einheit, Vervollständigung; 2. Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes; 3. Zustand, in dem sich etwas befindet, nachdem es integriert worden ist“ (Duden, 1982: 349). Durch den Begriff wird folglich sowohl ein Zustand als auch ein Prozess beschrieben. In der Politikwissenschaft wird der Begriff darüber hinaus als Ziel verstanden. Hier geht es um die Aufrechterhaltung von bestimmten Werten und Normen in einer neuen Einheit. Die entstandene Einheit ist in diesem Fall mehr als die Summe ihrer Teile (vgl. Nohlen/Schultze, 2010: 412).

Der Gebrauch des Begriffs „Integration“ in Bezug auf politisches Handeln hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Während in der Antike ausschließlich die Wiederherstellung einer Einheit mit einem göttlichen Bezug gemeint war, verstand man nach der Aufklärung einen mehr naturwissenschaftlich-mathematischen Vorgang unter diesem Begriff. Erst im 19. und 20. Jahrhundert wandelte sich das Verständnis von „Integration“ zu einem historisch-politischen Prozess. Hier wird zwischen einem innerstaatlichen Bereich im Sinne der Herstellung eines inneren Zusammenhalts und einem zwischenstaatlichen Bereich unterschieden. Zwischenstaatlich werden Aspekte der internationalen Beziehungen, der Weltwirtschaft, der Globalisierung aber auch der von partiellen Zusammenschlüssen von Staaten einbezogen. Mit der Entwicklung der Europäischen Union hat sich der Begriff

bezüglich des zwischenstaatlichen Bereichs weiter entwickelt. Unter „Integration“ wird hier ein Zustand, Ziel und Prozess der Kooperation sowie Verflechtung von staatlichen Akteuren beziehungsweise Organisationen und Institutionen gleichermaßen verstanden (vgl. Clemens et al, 2008: 22ff).

Um den Begriff der „Integration“ von Staaten genauer zu erklären, gilt es ihn vom verwandten Begriff der „Kooperation“ abzugrenzen. Der ausschlaggebende Unterschied liegt in der Absicht der beiden Prozesse. Während Kooperation eine lose und auf bestimmte Zeit begrenzte Zusammenarbeit ohne größere Auswirkungen auf einzelne Subsysteme beschreibt, besagt Integration implizit, dass eine Umwandlung der politischen Strukturen der Subsysteme einbezogen wird. Beide Begriffe adressieren jedoch grundsätzlich ein gemeinschaftliches Handeln von staatlichen Institutionen (vgl. Welz/Engel, 1993: 136). Kooperation kann des Weiteren als Frühstadium einer Integration gesehen werden, in welchem erste Strukturen gebildet und gefestigt werden (vgl. Nohlen/Schultze, 2010: 512).

Im Folgenden wird „Integration“ unter dem Gesichtspunkt zwischenstaatlicher Vorgänge verstanden. Hier spielen weniger der Zustand, sondern Prozesse und Ziele einer integrativen Gemeinschaft eine Rolle.

3.1.2 Dimensionen des Begriffs Integration

Die Integration von Staaten kann und muss nach verschiedenen Dimensionen und Ebenen betrachtet werden. Clemens et al unterteilt den Begriff in drei eher oberflächliche Ebenen. Er unterscheidet die „politische Integration“, welche die gemeinsame Gestaltung von verschiedenen Politikbereichen beschreibt. Erwähnt wird beispielsweise eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, aber auch wirtschaftspolitische Verflechtungen (vgl. Clemens et al, 2008: 251). Die zweite Dimension der „wirtschaftlichen Integration“ überschneidet sich teilweise mit der erstgenannten Ebene. Sie beschreibt nach Clemens et al zum einen natürlich das Politikfeld der Wirtschaft und die damit verbundenen Bereiche, aber auch gesellschaftliche Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der jeweiligen Länder sowie der Individuen (vgl. Clemens et al, 2008: 260). Als dritter Aspekt wird die „gesellschaftliche und kulturelle Integration“ angeführt. Sie beruht auf der Annahme, dass trotz einiger Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen auf eine gemeinsame Geschichte und gegenseitige Einflussnahme zurückgegriffen werden kann und somit der Lebensstil der betroffenen Länder ähnlich ist beziehungsweise sich annähert (vgl. Clemens et al, 2008: 275).

Giering dagegen beschreibt auf Basis des europäischen Integrationsprozesses ein komplexes multidimensionales Konzept mit vier Dimensionen. Er bezieht sich vor allem auf

Ausführungen von Frei und Hurwitz. Das sog. „multidimensionale Integrationskonzept“ von Giering gliedert sich demnach in vier Hauptkategorien mit jeweiligen Subdimensionen. Es ist Grundlage für verschiedene Integrationstheorien, welche im Folgenden aufgezeigt werden. Der erste Faktor—basierend auf Frei—ist der der „Integration als gemeinsame politische Entscheidungsfindung“. Hierzu zählt primär die Bildung von gemeinsamen Institutionen und Organen. Dies schließt die Festlegung der Politikbereiche, welche diesen Institutionen übertragen werden, und der Modi, wie Entscheidungen innerhalb dieser getroffen werden, ein (vgl. Giering, 1997: 20). Als zweiter Faktor wird die „Dimension des gemeinsamen Bewusstseins“ genannt. Als Subdimensionen werden hier der Grad der Ausprägung einer gemeinsamen Identität und Akzeptanz untereinander—gesellschaftlich als auch rechtlich—angeführt sowie das Ausmaß der Solidarität der einbezogenen Länder (vgl. Giering, 1997: 20). Als dritte Dimension wird die „Integration als gesellschaftliche Verflechtung“ angegeben. Hierzu zählen individuelle und wirtschaftliche Transaktionen, also Güter-, Personen- und Informationstransfers sowie Verflechtungen von nicht- gouvernementalen Organisationen (vgl. Giering, 1997: 21). Als letzte Dimension des Konzeptes nennt Giering die „gemeinsame internationale Interdependenz“. Darunter wird der externe Bezug der Staatengruppe zu außenstehenden dritten Akteuren verstanden. „Gemeinsame diplomatische Beziehungen“ zu Drittländern, Formen des Freihandels, gemeinsame Kooperationen und die gemeinsam abgestimmte Mitgliedschaft in supranationalen Institutionen gelten als Subdimensionen (vgl. Giering, 1997: 23). In den folgenden Theorieansätzen zu Staatenbünden wird dieser Begriff der „Integration“ in jeglicher Form im Mittelpunkt stehen.

3.2 Integrationstheorien

Im Folgenden wird auf die zwischenstaatlichen Prozesse und Ziele von Integration Bezug genommen. Integrationstheorien untersuchen in diesem Zusammenhang aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Schwerpunkten, wie es zu einer Annäherung von Staaten, also der Abgabe von Souveränität an eine übergeordnete Institution kommt. Die Theorien stellen unterschiedliche Akteure, Bedingungen, Formen und Endzustände in den Mittelpunkt ihrer Analyse.

Der „Föderalismus“ als weitestgehende Form der Integration soll im Folgenden aufgrund seiner Radikalität des Zusammenschlusses nur am Rande mit einbezogen werden. Die Theorie des „Föderalismus“ verlangt nach seinem Urheber Spinelli einen sofortigen, immensen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten (vgl. Clemens et al, 2008: 307). Sowohl im

Zusammenhang mit einer Eurasischen Union als auch hinsichtlich der Entwicklungen der Europäischen Union erscheint dieser Ansatz als zu weit gefasst und nicht praktikabel. Vielmehr sollen hier Integrationstheorien mit einzelnen unterschiedlichen Schwerpunkten und weniger weitreichenden Konzepten dargestellt werden, so der Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus, Transaktionalismus und die modernen Ansätzen einer Mehrebenenpolitik.

3.2.1 Neofunktionalismus

Grundlegend für die Entstehung der Theorie des Neofunktionalismus waren die verschiedenen Werke von Ernst Haas Ende der 1950er Jahre, jedoch vor allem „The Uniting of Europe—Political, Social and Economic Forces 1950-1957“ aus dem Jahre 1958, welches auf den Annahmen seines Vorreiters Mitrany und dem unter anderem durch ihn geprägten „Funktionalismus“ aufbaut. Grundlegend weiter entwickelt wurde der Neofunktionalismus sowohl durch Lindberg als auch Scheingold in den 1960er und 1970er Jahren. Im Mittelpunkt der Theorie steht die Idee, dass Nationalstaaten langfristig durch supranationale Gebilde ersetzt werden (vgl. Faber, 2005: 39).

Nach Haas stellt die Integration zwischen verschiedenen Nationalstaaten immer einen unsteten und inkrementellen Prozess mit einem mehr oder weniger offenen Ende dar. Politische Akteure stützen ihr Handeln auf neue, übergeordnete Institutionen, wodurch eine neue politische Einheit entsteht. Die entstandene Einheit wirkt wechselseitig auf die zu integrierende Gesellschaft ein. Zum einen werden durch die Gesellschaft Ansprüche an sie gestellt. Je mehr Bedürfnisse durch die Institution befriedigt werden, desto integrierter erscheinen einzelne Teilsysteme. Zum anderen wirken die transnationalen politischen Einheiten auf die Gesellschaft ein. Somit gelten die entstehenden Einheiten erst nach den ersten prozessualen Schritten als Akteur (vgl. Haas, 1958 zit. nach Faber, 2005: 41, 45f). Die Akteure, welche umfassend zur Integration beitragen, stellen bei Haas nicht die naheliegenden politischen Eliten dar, sondern vielmehr national handelnde gesellschaftlich-ökonomische Akteure, wie etwa Handelsorganisationen, Interessensvertretungen sowie industrielle Vereinigungen. Sie agieren im Sinne eines homo oeconomicus. Sie wollen also maximale Vorteile aus den integrativen Prozessen ziehen und treiben somit eine transnationale Gesellschaft voran. Diese Annahme zeigt, dass der Neofunktionalismus eine pluralistische Theorie ist (vgl. Haas, 1958 zit. nach Faber, 2005: 41f, 44). Neben diesen Akteuren tauchen die nationalen Regierungen eher rudimentär auf. Nach Haas würden sie nicht unabhängig von den gebildeten Institutionen an einem Integrationsprozess teilnehmen (vgl. Haas, 1958 zit. nach Faber, 2005: 46). Nach dem zweiten Weltkrieg sind bei Haas die

Haupttreiber von Integration nicht mehr politisch übergreifende Ideologien, sondern vielmehr die Sicherung von Wohlfahrt sowie einer funktionierenden Ökonomie durch die breite Gesellschaft. Gerade aus dem Nutzen der Wohlfahrtmaximierung zieht Haas den Schluss, dass letztendlich alle Akteure diesen Vorteil früher oder später erkennen werden und somit Integration durch das Handeln der einzelnen Akteure gefördert wird. Diese Auswirkung nennt er „Spillover- Effekt“. Einzelne Politikbereiche werden nach und nach geographisch, funktional und politisch integriert. Dieser Vorgang stellt eine Art Motor der Integration dar (vgl. Haas, 1958 zit. nach Faber, 2005: 47).

Aufbauend auf den grundlegenden Annahmen des Neofunktionalismus entwickelte Lindberg—ein Schüler Haas—die Theorie des Neofunktionalismus weiter (vgl. Faber, 2005: 40). Er sieht im Mittelpunkt der Anfänge eines integrativen Prozesses die politische Elite. Erst später setzt nach Lindberg der Prozess auch im Bereich der Ökonomie ein, hat jedoch dann einen weiterentwickelnden Effekt (vgl. Lindberg, 1963 zit. nach Grimmel, 2009: 111). Lindberg erläutert vier Faktoren, aus welchen ein integrativer Prozess zustande kommen kann. Als erstes sind supranationale Institutionen von Bedeutung, welche schwerwiegende Veränderungen auslösen können. Dies sollte durch Integration und nicht bloße Kompromissbildung geschehen. Die jeweilige Institution benötigt dafür wiederum die Zuschreibung von echten Kompetenzbereichen in relevanten Sachfragen, durch welche nationale Politik dann beeinflusst werden kann. Durch das Agieren der Institutionen entsteht folglich bestenfalls ein staatenübergreifendes Netzwerk. Als zweiten Faktor nennt Lindberg die notwendige Auswirkung dieser Institutionen auf andere gesellschaftliche Bereiche. Hier setzt nun das Handeln der bei Haas vorrangig relevanten ökonomischen Teilsysteme ein. Die gebildeten transnationalen Einheiten sollen auf gesellschaftliche Bereiche, wie etwa die Wirtschaft, Vereine und Verbände einwirken. Diese sollten sich dann an den neuen Institutionen orientieren und somit positiv auf die Integration rückwirken. Aus diesen beiden Faktoren ergibt sich der dritte Faktor, den wie schon bei Haas erläuterten, „Spillover- Effekt“. Er entsteht bei Lindberg, sobald es zu einem Konsens in nur einem einzigen Bereich der zu integrierenden Teilsysteme kommt. Dieser hat wiederum positive Auswirkungen auf andere Bereiche der Integration, weil damit dort Bedürfnisse geweckt werden und ein grundlegender Konsens über das positive Wirken entstanden ist. Verschiedene gesellschaftliche Bereiche und bisher nicht integrierte Staaten finden nun Interesse an dem voranschreitenden Prozess, wodurch eine tiefergehende Integration ausgelöst wird. Als letzten Faktor nennt Lindberg den bloßen Willen der Staaten, den Prozess voran zu treiben. Bei Lindberg gibt es hierbei drei verschiedene Möglichkeiten der Nationalstaaten, Differenzen zu beseitigen: (1) den kleinsten

gemeinsamen Nenner finden und damit auf zu weit gehende Zugeständnisse verzichten, (2) mittels einer unabhängigen Instanz einen Kompromiss finden—es kann also nur ein ähnliches Ergebnis wie im ersten Fall erreicht werden—oder (3) eine übergeordnete Institution als Hauptakteur auswählen (vgl. Lindberg, 1963 zit. nach Grimmel, 2009: 111ff). Der letzte Lösungsansatz erscheint wohl als weitreichendster, jedoch in vielen Fällen als schwer durchsetzbar, da hier die Nationalstaaten logischerweise stark an Souveränität einbüßen würden.

Einige Zeit später beschäftigte sich Haas—auf Grundlage seiner früheren Ausführungen und der Lindbergs—abermals mit seiner Theorie und untersuchte in Zusammenarbeit mit Schmitter, ob Integration in wirtschaftlicher Hinsicht auch automatisch zu einer politischen Integration führt (vgl. Faber, 2005: 51). Hierbei entstand ein Typologisierungsmuster, welches in diesem Zusammenhang besonders interessant erscheint. Haas und Schmitter unterteilen den Integrationsprozess hierfür in drei zeitlich wichtige Abschnitte und nennen dazugehörige Variablen, welche Einfluss auf den integrativen Prozess nehmen können:

(1) Verschiedene Hintergrundbedingungen: Machtverteilung und Transaktionsrate zwischen den Mitgliedsstaaten, ihre interne und externe Pluralität sowie die Komplementarität der jeweiligen Eliten.

(2) Während der wirtschaftlichen Integration: politisches Engagement, die Art und Weise der Zielsetzung.

(3) Im laufenden Prozess: die Art der Entscheidungsfindung, die jeweilige Anpassungsfähigkeit und die Transaktionsrate (vgl. Haas/Schmitter 1981 zit. nach Faber, 2005: 53).

Durch die „Politik des leeren Stuhls“ von Charles de Gaulle Mitte der 1960er Jahre und damit einhergehend einer Blockade des inhärenten europäischen Integrationsprozesses zu einem einzigen Nationalstaat musste die Theorie des Neofunktionalismus überarbeitet werden. Lindberg und Scheingold stellten neue Annahmen und Prämissen im Sinne des Neofunktionalismus auf (vgl. Faber, 2005: 50).

Bei Lindbergs und Scheingolds neu aufgelegter neofunktionalistischer Theorie handelt es sich vor allem um eine Beschreibung der möglichen Entwicklungsrichtungen während der Integrationsphase. Vor allem der Ansatz des „Spill- Over“ Effektes wird abgeschwächt dargestellt. Nach den Autoren haben divergierende Entscheidungen der integrativen Staaten auch einen starken Einfluss auf das gesamt angestrebte System (vgl. Lindberg/Scheingold, 1970/2009: 127).

In ihrer Analyse kommen Lindberg und Scheingold zu einem Raster von fünf möglichen Entwicklungsmodellen eines integrativen Prozesses. Sie kombinieren auf der einen Seite zwei Arten von Verpflichtungen in einem gemeinschaftlichen Prozess, auf der anderen Seite drei mögliche Ergebnisse aus Entscheidungsfindungsprozessen. Die folgende Tabelle bildet diese ab:

Verpflichtungen	Ergebnisse		
	Erfüllung	Rückzug	Erweiterung
An gemeinsamen Entschlüssen partizipieren (z.B.: eine neue „policy“ generieren)	„Forward-Linkage Model“	„Output-Failure Model“	„Systems Transformation Model“
Abkommen umsetzen und bestimmte Regeln durchsetzen (z.B.: Administration vorheriger Vereinbarungen)	„Equilibrium Model“	„Spill-Back Model“	„Systems Transformation Model“

(Abb.1: vgl.: Lindberg/Scheingold, 1970/2009: 129)

Die insgesamt fünf unterschiedlichen Entwicklungsmodelle können wie folgt erklärt werden: „Forward-Linkage“ meint hier die Entwicklung, dass die Partizipation an gemeinsamen Entscheidungen, welche aufgrund eines Konsens entstehen, zu einem Anstieg der Befugnisreichweite der übergeordneten Institution führt. Damit sind auf der einen Seite positive zukünftige Entwicklungen verbunden, auf der anderen Seite birgt dies ein gewisses Risiko. Die Veränderungen sind in diesem Fall kalkulierbar und eher inkrementell. Das Model der „System Transformation“ kann ebenfalls dem „Spill- Over“- Ansatz untergeordnet werden und meint die Ausweitung in sowohl geographischer als auch funktionaler Hinsicht. In diesem Fall kommt es zu einem weitreichenden Wandel des Systems. Dies kann große Gewinne mit sich bringen, birgt jedoch ein ebenfalls hohes Risiko. Meist sind hier gänzlich neue Verhandlungen zwischen den Staaten notwendig. Das „Output-Failure“- Modell dagegen beschreibt, dass die verpflichtende Partizipation an Entscheidungsfindungsprozessen nicht zwingend eine Erweiterung der Befugnisse des Systems mit sich bringt. Übergeordnete Gremien und Autoritäten können hier an Macht und

Kompetenz verlieren. Auch das „Spill-Back“-Model beschreibt einen Rückzug, welcher auf dem Fall beruht, dass getroffene Vereinbarungen durch Nationalstaaten nicht mehr ausgeführt werden. Es muss zu neuen Verhandlungen in den problematischen Teilbereichen kommen. Eine gänzliche Abkehr von dem übergeordneten System sehen die beiden Autoren hier nicht als möglich an. Das letzte Model des „Equilibrium“ beschreibt die bloße Ausführung von bereits getroffenen Beschlüssen, sieht aber kein neues Wachstum vor. Es kommt zu einer Art Stillstand, welcher aber auch ein Scheitern ausschließt (vgl. Lindberg/Scheingold, 1970/2009: 129ff).

Nye entwickelte ein weiteres Modell des Neofunktionalismus. Er sieht im Sinne des Neofunktionalismus vor allem die Gesellschaft als einen wichtigen Akteur an. Beschrieben wird der stetige Integrationsprozess treffend als ein „Zyklus-Modell“, bestehend aus „Akteuren mit ihren jeweiligen Intentionen“ (Mitglieder, Regionen, nationale Organisationen, Eliten), verschiedenen „Prozessmechanismen“ (externe Einflussfaktoren, Transaktionen, Koalitionen) und „dem integrativen Potential“ (strukturellen Bedingungen, zum Beispiel Verteilung der Integrationsgewinne). Die Bestandteile des „Zyklus“ sollten während der Integration untersucht werden. Interessant erscheint auch Nyes vierstufiger Entwicklungsprozess der Integration: zunächst kommt es zur (1) „Politisierung“, also die Verteilung von Kompetenzen und Aufgaben beziehungsweise die Rekrutierung von Mitgliedern. Darauf folgend wird (2) die jeweilige nationale Wirtschaft einbezogen, die Integrationsgewinne werden verteilt. Als dritte Phase nennt Nye (3) „Reduktion von Alternativen“, also die Entwicklung einer gegenseitigen Abhängigkeit. Als letzte Phase beschreibt er (4) eine „Externalisierung“, das heißt das gemeinsame Auftreten Dritten gegenüber (vgl. Nye, 1970 zit. nach Faber, 2005: 74f).

Der Neofunktionalismus ist einerseits dadurch gekennzeichnet, vielen Veränderungen beziehungsweise Erneuerungen unterworfen zu sein und ist daher in seiner Gesamtheit zu hinterfragen. Auf der anderen Seite stellen die einzelnen Formen des Neofunktionalismus bei den verschiedenen Autoren ihre grundlegende und umfassende Ansicht über die Entwicklung von Staatenbünden dar.

3.2.2 Intergouvernementalismus

Die Theorie des Intergouvernementalismus stand erstmals in den 1960er Jahren im Mittelpunkt politikwissenschaftlicher Debatten. Die Theorie, welche sich unter anderem als Kritik des Neofunktionalismus versteht, wird vor allem von dem Politikwissenschaftler Stanley Hoffmann vertreten. Hoffmann hat mit seinem Artikel „Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation State and the Case of Western Europe“ die Grundbausteine der Theorie

geschaffen sowie in den 1980er Jahren teilweise erneuert beziehungsweise revidiert (vgl. Faber, 2005: 86f, 97f).

Im Zeichen des Realismus versteht der Intergouvernementalismus unter Integration einen funktionalen Prozess. Souveräne Nationalstaaten sind die Hauptakteure dieser Theorie. Ihre historisch gewachsenen Eigenschaften und innenpolitischen Einstellungen werden als Dreh- und Angelpunkt angesehen. Ein—wie im Neofunktionalismus—früher oder später vollständiges Zusammenwachsen der Staaten wird hier nicht als möglich betrachtet, da die einzelnen Nationalstaaten ihre Machtansprüche und nationalen Interessen nicht zu Gunsten eines übergeordneten Systems aufgeben werden (vgl. Hoffmann, 1966/2009: 142f).

Vor allem drei Aspekte führen Hoffmann zu der Annahme der Aufrechterhaltung der Nationalstaaten. Zum einen seien Staaten durch Gesellschaften über lange Zeit historisch gewachsen und dadurch auch in Zukunft nicht einfach zu beseitigen beziehungsweise weg zu denken. Des Weiteren wird Integration nur in bestimmten Politikbereichen funktionieren, genauer in jenen, in denen eine positive Kosten- Nutzen- Rechnung für die Nationalstaaten Vorteile verspricht, allen voran innerhalb der Wirtschaftspolitik und im Bereich der Wohlfahrtsmaximierung. Dies sind nach Hoffmann sogenannte „low- politics-“ Bereiche. Sein dritter Aspekt ist, dass anstelle des neofunktionalistischen „spill- over-“ Effekts eher eine „Logic of Diversity“ eintritt, das heißt dass die Nationalstaaten ihre eigene Kultur und Tradition in die Verhandlungen mit einbringen und somit eher die eigene Autonomie wahren und verteidigen wollen—vor allem in Schlüsselbereichen der Politik (vgl. Hoffmann, 1966/2009: 146f).

Um dennoch nach Hoffmann eine politische Gemeinschaft zu formen, führt er fünf Voraussetzungen zum Erfolg an, welche erfüllt sein sollten:

- 1) Eine pluralistische Gesellschaft innerhalb der einzelnen Nationalstaaten verbunden mit ideologischer Homogenität der nationalen Eliten.
- 2) Aktive Integrationsbefürworter unter den nationalen Eliten, welche zielführende Entscheidungen für eine weitere Integration treffen können.
- 3) Das subjektive Gefühl der Nationalstaaten, gemeinsame Erfahrungen gemacht zu haben, so zum Beispiel die Kriegserfahrungen in Europa.
- 4) Die individuelle „Leichtigkeit“ der gemeinsamen Erfahrungen: sobald einzelne Nationalstaaten in Krisensituationen mehr gefordert wurden als andere, sei dies ein hinderlicher Aspekt für Integrationsmaßnahmen.

Die folgende letzte Bedingung wird als notwendig angesehen, sobald es um eine über Wirtschaft- und Wohlfahrtssysteme hinausgehende Integration geht:

5) Konsensbildung über Ziele und Prozesse durch Nationalstaaten und ihren Eliten (vgl. Hoffmann, 1966/2009: 153ff).

Der Nationalstaat bleibt somit zentraler Akteur im grundlegenden Modell des Intergouvernementalismus, auch wenn es zu integrativen Maßnahmen innerhalb unterschiedlicher Politikbereiche kommt.

Anfang der 1990er Jahre revidiert Hoffmann in Bezug auf die Europäische Gemeinschaft jedoch teilweise seine Theorie. Durch die Anerkennung der EG als Akteur—ähnlich dem souveränen Staaten—und dem Zugeständnis Hoffmanns, dass verschiedene Politikbereiche als „high politics“ oder „low politics“ auftreten können, passte er seine Theorie den Entwicklungen der Europäischen Gemeinschaft an (vgl. Faber, 2005: 98f).

Grundlegend weiter entwickelt wurde der Intergouvernementalismus aber durch Andrew Moravcsik. Er formulierte Anfang der 1990er Jahre den „liberalen Intergouvernementalismus“. Für diesen Ansatz steht zwar ebenfalls der souveräne Nationalstaat im Mittelpunkt, er erkennt aber die hohe Relevanz staatlicher Interessensgruppen an, welche Staaten in einem gewissen Ausmaß leiten und beeinflussen. Eine Annäherung der Staaten basiert hier also auf einem zweigliedrigen Akteurs- Modell der Willensbildung. Der Autor geht von drei grundlegenden Prinzipien während des integrativen Prozesses zwischen Staaten aus. Zum einen funktioniert die Meinungsbildung ähnlich dem Intergouvernementalismus—er sieht ebenfalls den Staat als zentralen Akteur an. Zum zweiten sind zwischenstaatliche Verhandlungen—im Falle der EU—durch die drei großen Staaten (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) sowie der Angst vor einem Ausschluss und einem damit einhergehenden relativen Nachteil für den eigenen Staat bestimmt. Der Einfluss von Interessensgruppen spielt ebenfalls eine Rolle. Das dritte Prinzip betrifft die Souveränität der Staaten: obwohl anerkannt wird, dass Souveränität zugunsten von Vorteilen an intergouvernementale Institutionen teilweise abgegeben wird, sieht der Autor den Kampf um die eigene Souveränität und die nur partielle Abgabe dieser als dauerhaftes Phänomen an (vgl. Moravcsik, 1991 zit. nach Grimmel, 2009: 192ff).

Zusammenfassend steht im Intergouvernementalismus der Nationalstaat im Mittelpunkt. Neueren Ansätzen zufolge haben aber auch gemeinsame Institutionen Einfluss als Befürworter oder Gegner bei einzelnen Entscheidungen. Im Allgemeinen halten die übergeordneten Institutionen eine Staatengemeinschaft formal zusammen, sie bieten die passende Plattform.

3.2.3 Transaktionalismus

Der Transaktionalismus wurde von Karl W. Deutsch et al 1957 entwickelt. Grundlage ihrer Forschung sind verschiedene weltweit verteilte und bis weit in die Geschichte reichende Fallbeispiele, welche in dem Artikel „Political Community and the North Atlantic Area“ zusammengefasst wurden. Im Mittelpunkt der Theorie steht die zwischenstaatliche Kommunikation im Sinne eines staatenübergreifenden Austauschs von Informationen, Gütern und Personen (vgl. Giering, 1997 : 53f).

Politische Einheiten werden bei Deutsch et al als soziale Gruppen verstanden, welche untereinander kommunizieren, eine gewisse Durchsetzungskraft haben und bestimmte Gewohnheiten pflegen. Sind politische Einheiten miteinander integriert, entstehen „Sicherheitsgemeinschaften“. Für Deutsch et al gibt es zwei Formen von Sicherheitsgemeinschaften. Unter der ersten sogenannten „amalgiierten“ Gemeinschaft wird die Integration zweier oder mehrerer politischer Einheiten zu einer einzigen verstanden, es existiert im Endzustand nur noch eine Regierung. Diese Art der Gemeinschaft wird auch durch die Föderalisten gestützt. Als Beispiel wird die USA angeführt. Deutsch merkt in seinem Werk jedoch an, dass seiner Meinung nach diese Form der Integration nicht sinnvoll und langfristig sein kann. Die zweite Form der Integration wird „pluralistische“ Gemeinschaft genannt. Sie zeichnet sich durch übergreifende Institutionen, welche über den nationalen Regierungen stehen und mit bestimmten Aufgabenbereichen betraut sind, aus. Die einzelnen Staaten behalten aber ihre Autonomie weitestgehend bei. Als Beispiel wird das Verhältnis zwischen Kanada und den USA angeführt. Das heißt, in diesem von Deutsch bevorzugten Modell wird ausschließlich ein wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Zusammenschluss („Schaffung einer Friedensordnung“) angestrebt. Der Unterschied des Transaktionalismus insbesondere im Vergleich zum Neofunktionalismus wird hierbei deutlich: eine integrierte Gemeinschaft muss langfristig nicht zu einem Ganzen zusammenwachsen, es können verschiedene Modi einer Gemeinschaft entstehen. Deutsch sieht die pluralistische Gemeinschaftsform sogar als einfacher umsetzbar und auch leichter zu erhalten an (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 81). Die pluralistische Sicherheitsgemeinschaft scheint für die folgenden Ausführungen besonders interessant zu sein.

Die Hauptthese der Autoren ist, dass Integration vor allem von nicht-staatlichen Akteuren und deren sogenannten „Wir-Gefühl“ abhängt. Ein gemeinschaftliches Gefühl kommt demnach vor allem durch zwischenstaatliche Kommunikation auf verschiedenen Ebenen sowie Transaktionen von Gütern zustande. Wird durch dieses Handeln der Mehrwert einer Sicherheitsgemeinschaft erkannt, bleibt sie bestehen—in pluralistischer oder auch amalgiiert

Form. Der Aspekt der ausgeglichenen Machtverhältnisse spielt nach Deutsch's empirischer Forschung eine untergeordnete Rolle (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 82f).

Deutsch et al entwickeln mit ihrer Studie zwölf Bedingungen, die fünf Themenbereichen zugeordnet werden können und welche für die Entwicklung einer Sicherheitsgemeinschaft von Bedeutung sind. Zu beachten ist, dass ausdrücklich nicht alle Bedingungen erfüllt sein müssen, um eine integrierte Gemeinschaft zu bilden, wobei für eine pluralistische Gesellschaft weitaus weniger Aspekte relevant sind als für eine amalgamierte.

Die erste Gruppe ist die der „Erwartungen und Werte“. Dazu zählen:

- (1) die Übereinkunft relevanter Werte vor allem bezogen auf politische Prozesse,
- (2) ein besonderer Lebensstil im Sinne von Werten, Institutionen und Bräuchen, durch welche sich die Bevölkerungen angesprochen fühlen und die von ihr sozial akzeptiert sind,
- (3) die gemeinsamen Erwartungen an eine effektivere Wirtschaft, verbunden mit den jeweiligen Vorteilen (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 88f).

Die zweite Gruppe der Faktoren für eine Sicherheitsgemeinschaft ist die der „Potentiale der beteiligten Einheiten und Kommunikationsprozesse“. Hier spielen vor allem eine Rolle:

- (4) die Steigerung des politischen und administrativen Potentials der amalgamierenden Staaten,
- (5) ein stärkeres Wirtschaftswachstum mindestens eines Mitgliedstaates in Bezug auf die vorherige Lage oder im Vergleich zu Nachbarterritorien,
- (6) das Bestehen von Kommunikationskanälen zwischen den zu integrierenden Staaten, das heißt zwischen verschiedenen (politischen) Institutionen, sozialen Gruppen, Organisationen und einzelnen Personen,
- (7) ein Bedeutungsgewinn der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Eliten sowohl in mindestens einem der Staaten als auch supranational (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 89f).

Der dritte Punkt betrifft die „Mobilität der Bevölkerungen“. Damit ist vor allem

- (8) die Mobilität der politisch relevanten Schichten innerhalb der relevanten Einheiten gemeint (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 90).

Als letzte Gruppe wird die „Vielseitigkeit und Balance der Transaktionen“ angeführt.

Darunter wird:

- (9) eine möglichst vielschichtige Kommunikation zwischen Staaten einschließlich Institutionen und Organisationen sowie Transaktionen jeglicher Art verstanden (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 90f).

Deutsch et al führen in ihren Bedingungen drei weitere, jedoch in der Empirie nicht gänzlich belegte Punkte an. Dazu zählen:

- (10), dass eine relative Balance zwischen den Staaten langfristig zustande kommen muss,

wobei die Kommunikation, Transaktionen, Entlohnungen, der gegenseitige Respekt und auch Initiativen Einzelner relativ ausgeglichen stattfinden sollten,

(11) dass bei bestimmten Themen die verschiedenen Einheiten sich auf der einen Seite mal als Minderheit, mal als Mehrheit wiederfinden sollten,

(12) die Möglichkeit der Voraussagbarkeit des Verhaltens anderer und eine gewisse Vertrautheit untereinander (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 91f).

Verschiedene Umstände können in der transaktionalistischen Theorie gegebenenfalls zu desintegrativen Tendenzen führen, vor allem jedoch in Bezug auf amalgamierte Sicherheitsgemeinschaften. So scheinen frühere exzessive Militäreinsätze untereinander, insbesondere ohne einen klaren Gewinner, ein Kontrapunkt späterer Integration zu sein, während Blitzkriege und militärische Einsätze mit klarem Erfolg für ein beteiligtes Land nicht hinderlich erscheinen. Desintegrative Tendenzen können weiterhin durch das plötzliche politische Interesse von früheren Minderheitsregionen oder -gruppierungen entstehen und damit oft einhergehend eine Differenzierung von ethischen Standards. Als nicht förderlich für eine amalgamierende Staatengemeinschaft erscheint zudem wirtschaftliche Stagnation, die Auflösung einer staatlichen Elitegruppe und verpasste Reformen einzelner Staaten (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 92f).

Für pluralistische Sicherheitsgemeinschaften müssen nach Deutsch weniger Bedingungen erfüllt sein. Drei von ihnen sind aber auch hier minimale unverzichtbare Grundlage einer Sicherheitsgemeinschaft: zum einen die Übereinstimmung verschiedener Werte unter den Staaten, zum anderen funktionierende Institutionen einschließlich eines angemessenen Umgangs untereinander und als weitere Voraussetzung gegenseitiges Vertrauen (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 93f).

Aufgrund der geringeren Themenbreite, die pluralistische Sicherheitsgemeinschaften beschäftigen, erscheint diese Form der Integration in der Theorie des Transaktionalismus als einfacher durchsetzbar (vgl. Deutsch et al, 1957/2009: 94). Ein Vorteil dieser Theorie ist sicherlich die empirische Messbarkeit auf Grundlage unterschiedlichster Staatengemeinschaften und Kooperationen, aber auch die Flexibilität unterschiedlicher Endzustände sowie der obigen Kriterien, was die Anwendung auf neue Fallbeispiele besonders gut möglich macht.

3.2.4 Ansätze der Mehrebenenpolitik

Die Ansätze der „Mehrebenenpolitik“ beziehen sich auf aktuellere Entwicklungen im politischen Bereich beziehungsweise innerhalb der Europäischen Union. Sie geben vor allem Handlungsempfehlungen vor und zeigen Entscheidungsprozesse auf, welche zu einer

weitergehenden Integration oder zu Stillstand führen können. In Bezug auf diese Forschungsarbeit werden allerdings nur ausgewählte Aspekte des Ansatzes von Bedeutung sein, da sie sich weitgehend an der bereits konkret etablierten Europäischen Union ausrichten. Grundsätzlich ist der Ansatz der Mehrebenenpolitik eng mit dem „Governance“- Begriff verbunden. Verschiedene Akteure tragen zu einem europäischen Gebilde auf verschiedenen Ebenen bei, welches zwischen Staatenbund und Bundesstaat angesiedelt ist (vgl. Scharpf, 1994 zit. nach Giering, 1997: 153). Vor allem Fritz Scharpf liefert einige Aspekte, welche für die folgenden Ausführungen von Relevanz sind. Er sieht ein Gebilde zwischen den beiden Extremen Staatenbund einerseits und Bundesstaat andererseits unter verschiedenen Bedingungen als möglich an. Unterschieden werden primär arme und reiche Länder, welche mithilfe der Spieltheorie die jeweiligen bestmöglichen Lösungen innerhalb einer Staatengemeinschaft ausrechnen können. In Bezug auf den Waren- und Dienstleistungsverkehr ergibt sich beispielsweise, dass eine gemeinsame Lösung und somit Zusammenarbeit zwischen reichen und armen Ländern für alle vorteilhaft sein kann. Geht es jedoch um produktions- und standortbezogene Regelungen, erscheint die Zusammenarbeit als nicht durchsetzbar, da sich für beide individuell eine bessere Lösung ohne gemeinsames Wirken ergibt. Scharpf folgert daraus, dass bei einem tiefgreifenden Eingriff in die Entscheidungskompetenzen der Staaten eine Einigung aufwendiger, schwieriger und langwieriger ist. Neben den strukturellen Aspekten sieht er es als so gut wie unmöglich an, verschiedene Kulturen so miteinander zu vereinigen, dass ein Bundesstaat entstehen kann. Aus diesen beiden Faktoren ergibt sich für den Autor ein—in diesem Fall—„Europa mit zwei Geschwindigkeiten“, also ein Staatenzusammenschluss, welcher zwischen reichen und armen Ländern unterscheidet. Damit sollen beide ausreichend berücksichtigt und ein besserer Zusammenhalt ermöglicht werden (vgl. Scharpf, 1994 zit. nach Giering, 1997: 154ff). Für ein derartiges zweidimensionales System sind genaue Koordinations- und Entscheidungskompetenzen jedoch unabdingbar. Scharpf sieht die Lösung in einer „autonomieschonenden“ und „gemeinschafts- beherzigenden“ Politik der übergeordneten Instanzen. Ersteres meint die klare Beschränkung der intergouvernementalen Kompetenzen auf einige wenige wie zum Beispiel einen gemeinsamen Binnenmarkt. Der zweite Aspekt verlangt, dass die Nationalstaaten die gemeinschaftlich festgelegten Kompetenzen auch durchsetzen (vgl. Scharpf, 1994 zit. nach Giering, 1997: 158). Dieses Vorgehen ist nach Scharpf ausschlaggebend für eine stabile Mehrebenenpolitik in einem zwischenstaatlichen Gebilde.

Auch die Autoren G. Marks, L. Hooghe und K. Blank beschäftigen sich in den 1990er Jahren

mit dem Ansatz der Mehrebenenpolitik. Sie betonen vor allem den Einfluss von übergeordneten Institutionen und Interessensvertretungen auf die Meinungsbildung der Nationalstaaten. Individuelle Akteure und nationalstaatliche Institutionen entscheiden also über den integrativen Prozess getrieben von zwei Zielen: zum einen durch die Kosten-Nutzen-Bilanz der Umverteilung auf supranationale Institutionen und zum anderen die inhärent politischen Vorteile der Umverteilung. Beide Punkte bringen es mit sich, dass Souveränität der Staaten durchaus beispielsweise für die Senkung der Transaktionskosten, eine Effektivitätssteigerung im Handel oder bei schwierigen Politikbereichen der eigenen Verantwortung geopfert wird (vgl. Marks et al, 1996/2009: 325ff).

Der klare Vorteil der Ansätze einer Mehrebenenpolitik ist sicherlich ihre Aktualität und damit einhergehend das Aufzeigen der Möglichkeiten eines Gebildes, welches zwischen Nationalstaat und Staatenbund geformt wird. Ähnlich dem Neofunktionalismus ist die Mehrebenenpolitik durch viele verschiedene Autoren und Ansätze gekennzeichnet, was eine einheitliche Darstellung erschwert. Deshalb werden hier nur die beiden oben genannten Autoren mit ihren wohl für die Mehrebenenpolitik bekanntesten und für diese Forschungsarbeit sinnvollsten Ansätzen aufgeführt.

3.3 Variablen und Einflussfaktoren zwischenstaatlicher Integration

Die verschiedenen vorgenannten Theorien beschäftigen sich in ihren Schwerpunkten mit unterschiedlichen Aspekten zwischenstaatlicher Integration. Im Mittelpunkt stehen mal die Beweggründe und Ziele der Integration, mal die Prozesse beziehungsweise die Voraussetzungen ihrer Umsetzung oder Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Weiterentwicklung. Die Forschungsarbeit „Russlands Optionen für eine Eurasische Union“ soll aufgrund ihrer Besonderheit und Breite nicht nur aus dem Blickwinkel einer dieser Theorien dargestellt werden. Einzelne Ansätze scheinen hier weniger geeignet, insbesondere weil sie zum einen stark auf die Europäische Union bezogen sind, es sich aber um andere Voraussetzungen im postsowjetischen Raum handelt. Die Besonderheit der Eurasischen Union liegt vor allem in der dominanten Führungsrolle Russlands sowie in der Tatsache dass es sich hierbei um die Integration bereits früher zusammengehöriger Staaten handelt. Zum anderen sind die Theorien nicht mehr mit der Zeit gewachsen und in bestimmten Punkten veraltet. Daher werden für diesen speziellen Fall die besonders relevanten und vor allem in den unterschiedlichen Theorien sowie weiter unten im Ansatz Gierings wiederkehrenden Einflussfaktoren ausgewählt und in die Betrachtung einbezogen. Sie sind Grundlage des realpolitischen Teils der Forschungsarbeit. Daneben erscheinen die Faktoren Gierings (s.u.)

zusätzlich und im gesamten als besonders hilfreich, da diese aufgrund ihrer Aktualität wohl mit am besten für den vorliegenden Fall anwendbar sind.

Auf der Grundlage der vorgenannten Auswahl scheinen vor allem sechs übergeordnete Themen für einen integrativen Prozess einer Eurasischen Union von zentraler Bedeutung zu sein: der Einfluss von verschiedenen Akteuren, welcher in den meisten Theorie als wichtigster Faktor dargestellt wird, in zweiter Linie eine Kosten-Nutzen Rechnung hinsichtlich der Integration der beteiligten Einheiten sowie weiterhin Transaktionen zwischen den Staaten, die verschiedenen Entscheidungsmodi, das „Nähe- Verhältnis“ zwischen ihnen sowie die Umsetzung von gemeinsamen Entscheidungen.

Bei allen Theorien spielen die Akteure unterschiedlichster Art eine ausschlaggebende Rolle. Welche jedoch letztendlich im Einzelfall entscheidend sind, lässt sich erst nach einer Analyse der realpolitischen Verhältnisse der beteiligten Staaten feststellen. Daher gilt es, den Einfluss aller wesentlichen Entscheidungsträger in die Untersuchung mit einzubeziehen.

Den Aspekt der Kosten- Nutzen- Bilanz betonen ebenfalls alle oben genannten Theorieansätze. Die Rechnung wird aber je nach Akteursschwerpunkt aus verschiedenen Blickwinkeln aufgestellt. Im Sinne der Verbesserung der Wirtschaft und Wohlfahrt können verschiedene Akteure ihren Nutzen aus einem integrativen Prozess ableiten.

Während der dritte Punkt, nämlich der der „Transaktionen“, nur unschwellig in den meisten Theorien mit einfließt—zum Beispiel in Form von Homogenität von Werten und Kommunikationsmitteln der einzelnen Staaten—, stellt er den Dreh- und Angelpunkt im des danach benannten „Transaktionalismus“ dar. In den folgenden Analysen wird dies einbezogen mit dem Ziel, eine weitere Verflechtung der Gesellschaft als Erfolgsfaktor zu berücksichtigen.

Als vierter Faktor werden verschiedene Formen der Entscheidungsfindung in unterschiedlichen Politikbereichen berücksichtigt. Aufgrund Russlands nicht zuletzt geographischer Überlegenheit wird dieser Punkt von großer Bedeutung sein.

Aber auch der fünfte Faktor, das „Nähe- Verhältnis“ zwischen den Staaten, ist im vorliegenden Fall relevant. Die gemeinsame Vergangenheit als Sowjetunion weist auf ein recht enges Verhältnis zwischen den potentiellen Staaten einer Eurasischen Union hin. Das „Nähe- Verhältnis“ ist deshalb nicht nur eine allgemeine Voraussetzung der Integration, sondern vereinfacht hier auch die Umsetzung und das Fortbestehen einer Union.

Diese genannten ausgewählten Themenbereiche haben sicherlich Einfluss auf die Art und Weise der Umsetzung eines integrativen Prozesses im Fall der Eurasischen Union.

Im Folgenden werden diese einzelnen Themenbereiche mit den jeweils relevanten Einflussfaktoren zusammenfassend dargestellt:

Wer sind die einflussreichen <u>Akteure</u> im Integrationsprozess?	Nationalstaaten (Exekutive, Judikative, Legislative); Zivilgesellschaft (Interessensvertretungen, gesellschaftliche Akteure) und Bürger (das „Wir-Gefühl“, gemeinsame Erfahrungen); Medien; ökonomische und politische Eliten; Externe (z.B. EU; USA; internationale Organisationen)
Wer gewinnt was nach einer <u>Kosten-Nutzen</u> Rechnung in Folge von Integration?	Wohlfahrt der Gesellschaft; Effizienz der Ökonomie; Politik und innere Sicherheit der Nationalstaaten; äußere Sicherheit; politische Bedeutung vs. Transaktionskosten und Souveränitätsverlust;
In welcher Form und Menge finden <u>Transaktionen</u> zwischen den Staaten statt?	Produkte, Produktionsstandorte und Dienstleistungen; Kapitalverkehr; Mobilität von Bürgern und Arbeitskräften; Kommunikation zwischen Institutionen und Individuen;
Wie finden die Nationalstaaten gemeinsam zu <u>Entscheidungen</u> und Regelungen?	Verhandlungen mit Kompromissen (bzw. kleinste gemeinsame Nenner) oder Konsens auf der Grundlage von Vertrauen; Kompetenzüberschreibung an supranationale Organisationen (autonomieschonend/gemeinschaftsbeherzigend) und intergouvernementale Organe; Umgang mit Minderheiten und Mehrheiten
Wieweit und auf welche Art und Weise ist das <u>Nähe- Verhältnis</u> zwischen den Staaten ausgeprägt?	Gemeinsame Vergangenheit und Lebensstil; einheitliche Sprache, Religion und Kultur; ähnliche Werte, Normen und Ideologie; Geographische Nähe; „Wir- Gefühl“

Der Vollständigkeit halber werden verschiedene Formen der „Umsetzung“ durch die beteiligten Staaten berücksichtigt. Um die oben angeführten theoretisch möglichen Aspekte wirksam werden zu lassen, können Nationalstaaten auf unterschiedliche Weise vorgehen und getroffene Entscheidungen umsetzen:

Wie und inwieweit werden Entscheidungen umgesetzt?	Generierung gemeinsamer Ziele; reine Partizipation; sofortiges Handeln; Wandel; Verweigerung von Regelungen; Stillstand
---	---

Neben diesen auf der Grundlage der oben angeführten Theorien für den vorliegenden besonderen Fall ausgewählten Beurteilungskriterien im Einzelnen, hat Giering die verschiedenen theoretischen Ansätze zu einem sehr breit gefächerten, oben bereits erwähnten, allgemeinen „multidimensionalen Integrationskonzept“ zusammengestellt. Dieses Konzept soll bei der Forschungsarbeit zur Beurteilung der Voraussetzungen einer erfolgreichen Integration einbezogen werden, zumal es aufgrund seiner Neuartigkeit einige bisher noch nicht genannte Aspekte beinhaltet. Voraussetzung für das Zustandekommen zwischenstaatlicher Integration sind für ihn gegenseitige Sicherheit, die freiwillige Akzeptanz der Prozesse, die Konvergenz der Akteure in Bezug auf Politik, Ideologie, Ökonomie, Kultur, Identität, Technik und Kommunikation sowie geographische Angrenzung und ähnliche ökologische Problematiken (vgl. Giering, 1997: 227ff). Die Motive, den Schritt in einen integrativen Prozess zu machen, sind nach Giering die klassischen Faktoren: aus realpolitischer Sicht, also Sicherheit, Frieden und Macht, sowie aus materiellen Gründen und nationalen Interessen, etwa Investitionen, Ressourcenverteilung und Zollgebühren sowie Wohlstand der Gesellschaft. Aber auch kulturelle Aspekte sollten nicht außer Acht gelassen werden. Zu berücksichtigen sind hier sowohl der Wille zur Durchsetzung eigener Vorstellungen respektive Ideologien als auch internationales Ansehen und Stabilität. Als unabdingbar sieht Giering Synergieeffekte („Benefits“) für den jeweiligen Nationalstaat durch die Bildung einer Gemeinschaft an (vgl. Giering, 1997: 249ff).

In Bezug auf die relevanten Akteure eines Integrationsprozesses unterscheidet der „multidimensionale Integrationsansatz“ zwischen einer Anfangsphase, in welcher die Nationalstaaten—beeinflusst durch ihre nationale Politik— Alleinakteure sind. Im weiteren Verlauf gewinnen dann andere Akteure an Bedeutung. Neben den oben angeführten Akteuren stehen bei Giering je nach Politikbereich vor allem die Medien im Mittelpunkt, welche die Gesellschaft und die politischen Eliten in ihrem Handeln beeinflussen (vgl. Giering, 1997: 246ff).

Die einzelnen Dimensionen eines Integrationsprozesses werden innerhalb dieses Konzeptes ebenfalls in vier verschiedene Bereiche eingeteilt. Die Voraussetzung für gemeinsames

Handeln ist nach Giering Institutionalisierung, das heißt die Bildung von gemeinsamen Organen. Erst wenn diese bestehen, kann es zur Integration kommen. Vereinfacht stellt er da, dass je mehr gemeinsame Organe mit möglichst weitreichenden Kompetenzen gebildet wurden, desto integrierter sei die Gemeinschaft. Zu berücksichtigen sei in einem späteren Stadium, durch welche Art von Mehrheiten auf die einzelnen Politikbereiche national Einfluss genommen werden kann. Die vollständige Integration sei jedoch nicht durchsetzbar, da Nationalstaaten ihre Kernkompetenzen nicht an die übergeordneten Organe abgeben werden (vgl. Giering, 1997: 231ff). „Internationale Interdependenzen“ haben weiterhin einen Einfluss auf den Integrationsgrad. Hier soll die gemeinsame Beziehung zu Drittstaaten und internationalen Organisationen berücksichtigt werden. Ein zweiter Schritt in Richtung endgültiger Integration wären gemeinsame Verträge mit externen Gebilden sowie die Aufnahme weiterer Mitglieder (vgl. Giering, 1997: 236f). Die Dimension der „gesellschaftlichen Verflechtung“ zielt auf verschiedenen Transaktionen zwischen den Mitgliedsstaaten ab. Ergänzt wird dieser Punkt durch die Faktoren Tourismus, private Verbindungen über die Grenzen hinweg und Verflechtungen zwischen nationalen nicht-gouvernementalen Organisationen. Der Integrationsgrad lässt sich folglich am Ausmaß der Verflechtungen messen (vgl. Giering, 1997: 238f). Der letzte Aspekt Gierings wurde in den oben angeführten klassischen Theorien bisher nur rudimentär behandelt. Demnach hängt zwischenstaatliche Integration auch von einem gemeinsamen Bewusstsein ab. Die Legitimation der Gesellschaft wird beeinflusst durch eine gemeinsame Identität in Form einer ähnlichen Geschichte und Kultur, die Solidarität anderen Staaten gegenüber, welche sich durch gegenseitige Hilfestellungen, Subventionen und private Spenden äußern, sowie die Akzeptanz von übergreifenden Regeln und Akteuren, also der nationalen Umsetzung durch den Staat und die Gesellschaft (vgl. Giering, 1997: 240ff). Gierings Konzept stellt allgemein den modernsten Theorieansatz dar. Als Grundlage der Forschungsarbeit sollen im Ergebnis die oben angeführten sechs Themenbereiche verwendet werden. Sie spiegeln einen repräsentativen Querschnitt der theoretischen Einfluss- und Erfolgskriterien der Integrationsprozesse von Staaten wider. Gierings Dimensionen und Annahmen des „multidimensionalen Integrationsansatzes“ im gesamten sollen ergänzend als Grundlage der Beschreibung und Bewertung möglicher Integrationsprozesse im Eurasischen Raum herangezogen werden und zur Beurteilung von erfolgreichen Optionen beitragen.

4 Bisherige Kooperationen im postsowjetischen Raum

Seit dem Ende der Sowjetunion versucht Russland im postsowjetischen Raum Kooperationen zu schließen, seinen Einfluss auf die Nachbarstaaten zu erhöhen und einen Gegenpol zur Europäischen Union zu etablieren beziehungsweise das politische Wirken der NATO, EU und anderen internationalen Vereinigungen in diesem Raum zu unterbinden (vgl. Adomeit, 2012: 7ff). Die ehemaligen Staaten der Sowjetunion werden seit jeher von Russland als eine politische Sonderzone gesehen und Übereinkünfte mit diesen Ländern in einem Bereich zwischen Außen- und Innenpolitik eingestuft (vgl. Adomeit, 2012: 18). Diese Einstellung spiegelt eindrucksvoll die Bestrebungen Russlands zur neuerlichen Integration des postsowjetischen Raumes wider.

Die bisherigen erfolgreichen und gescheiterten Kooperationen einschließlich erster Versuche zur Integration können Hinweise auf die Relevanz und verschiedenen Optionen der Eurasischen Union sowie deren Erfolgsaussichten geben. Die bisher wichtigsten Ereignisse in diesem Zusammenhang sind die Auflösung der ehemaligen Sowjetunion und die Entwicklung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

4.1 Zerfall der Sowjetunion

Der Zerfall der Sowjetunion war sicherlich der Auslöser aller Bemühungen, neue alternative Kooperations- und Integrationsformen in ihren ehemaligen Territorien zu gestalten. Durch die gemeinsame Geschichte und Ideologie sowie die Erfahrungen aus Zeiten der Sowjetunion werden immer wieder Bestrebungen ausgelöst, diese Länder erneut stärker an Russland zu binden. Die Sowjetunion war sicherlich der wichtigste und prägendste Staatenzusammenschluss innerhalb der russischen Geschichte. Im Folgenden sollen vor allem die Gründe des Zerfalls der Sowjetunion, welche Aufschluss über Problematiken für zukünftige integrative Bestrebungen geben können, und der inhärente Grund für die Entstehung der GUS analysiert werden.

Der Wille der Bevölkerung nach mehr Freiheit war bei weitem nicht der einzige Auslöser für das Ende der Sowjetunion. Mit Gorbatschows „Perestroika“ und „Glasnost“ sollten Ende der 1980er Jahre verschiedene Reformen angestoßen werden, vor allem um wirtschaftlich mit dem Westen mithalten zu können. Das sozialistische System sollte ursprünglich umfassend modernisiert werden, was jedoch wenig später in einem weitreichenden Transformationsprozess mündete. Im Folgenden sind die verschiedenen Auslöser und Gründe

des Wandels unter Berücksichtigung der jeweiligen gesellschaftlichen Einflüsse nach gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und nationalstaatlichen Aspekten unterteilt.

Im Mittelpunkt der politischen Gründe des Untergangs der UdSSR stand die allgegenwärtige Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) mit ihrem Politbüro und Generalsekretären. Die herrschende Partei der Sowjetunion verlor nach und nach seit etwa Anfang der 1980er Jahre an Durchsetzungskraft. Trotz der hohen Mitgliederzahl (195 Millionen Parteimitglieder, ca. 40 Millionen Mitglieder der Jugendorganisation Komsomol) konnten verabschiedete Gesetze und Handlungsvorgaben der Bevölkerung nicht mehr verlässlich vermittelt werden (vgl. Plaggenborg, 2010: 31). Yurchak bezeichnet diesen Prozess der Auflösung als „Deterritorialisierung“. Darunter wird eine Art unbemerkte Entfremdung innerhalb des etablierten Systems trotz gegenseitiger Abhängigkeit verstanden. In der Sowjetunion entfernten sich die verschiedenen offiziellen Veröffentlichungen und Riten immer mehr von den Realitäten, vor allem innerhalb des Komsomols. Dies bedeutete, dass zwar die Gesellschaft physisch an dieser Kommunikation und den Konsummustern teilnahm, jedoch nicht mehr emotional und gedanklich folgte. Dies bot Raum für kreative Ideen und neue Lebensformen. In der Zeit der „Perestroika“ führte dies schließlich zu einem Umbruch der gesamten Gesellschaft (vgl. Yurchak, 2005: 114f; 282). Die „Perestroika“ eröffnete einen noch nie dagewesenen Metadiskurs über bestehende Strukturen innerhalb der Gesellschaft. Sie wurde vor allem durch den schleichenden Kollaps der KPdSU in den 1980er Jahren möglich. Die auf bürokratischer Ebene formulierten Reformen sollten den maroden Parteiapparat modernisieren, führten jedoch letztendlich zum Ende des Systems (vgl. Plaggenborg, 2010: 34). Es gab aber auch innerhalb des Parteiapparates schon frühzeitig gravierende Probleme und ein leises Misstrauen gegenüber der vorherrschenden Ideologie. Diese innerpolitischen Schwierigkeiten führten in den 1980er Jahren unter anderem zu einem häufigen Wechsel der Generalsekretäre und zu Auseinandersetzungen in der Parteispitze. Mit der Nominierung Andropows—ein Vertreter des unabhängigen Akteurs KGB—zum Generalsekretär wurden bereits die Schranken der Parteiorganisation und die Notwendigkeit von innerparteilichen Reformen sichtbar. Mit Gorbatschow—ein Ziehsohn Andropows—sollte schließlich mit Hilfe der Perestroika die KPdSU vollkommen neu strukturiert werden. Mit diesen Reformen sollte eigentlich eine Öffnung der Partei ermöglicht werden, gleichzeitig verlor sie aber mit der politischen Erneuerung selber an Gewicht und im März 1990 ihr Monopol. Im Endeffekt war dies das Ende des bestehenden Systems (vgl. Schröder, 2003: 15; Yurchak, 2005: 291ff). Der Staatsapparat glaubte zum Schluss wahrscheinlich selber nicht

einmal mehr seiner eigenen Ideologie (vgl. Frank/Segert, 2007: 133).

Darüber hinaus konnte die sowjetische Politelite bei ihren Modernisierungsversuchen weder im wirtschaftlichen Sektor noch hinsichtlich der Sozialsysteme mit dem Westen mithalten. Vor allem wirtschaftlich war das sowjetische System deutlich unterlegen. Ineffizienz, hohe Verschuldungen bei westlichen Gläubigern und ein seit den 1970er Jahren fehlendes Wachstum der Wirtschaft waren sicherlich wichtige Gründe für den Untergang des gesamten Systems. Diese Form der Unterlegenheit zwang die Sowjetunion, sich mehr und mehr globalen Standards anzupassen. Es mussten westliche Währungen und Kredite von marktwirtschaftlich organisierten Staaten akzeptiert werden. Westliche Konsummuster wurden immer stärker Teil der Gesellschaft. Das sowjetische System wurde damit auch immer abhängiger von den Gütern und Standards der Nachbarländer (vgl. Segert, 2009: 122; Frank/Segert, 2007:134). Ein schleichender, sich in der Gesellschaft immer weiter verankernder Prozess in Richtung Transformation fand also auch im ökonomischen Sektor bereits schon lange vor den Jahren 1989 und 1991 statt.

Aber nicht nur parteipolitische und außenwirtschaftliche Einflüsse ließen das sozialistische System in die Pleite gleiten. Die Koordinierung der Warenströme in der Planwirtschaft kostete systembedingt immens viel Geld und war in hohem Maße ineffizient. Der Ausschluss von Privateigentum sowie das Fehlen freier Märkte und damit einer innerstaatlichen Konkurrenz in jeder Form hatte eine extrem niedrige Arbeitsproduktivität zur Folge. Auch der Kampf um ein stabiles Preisniveau und damit eine niedrige Inflationsrate konnte durch den Nachfrageüberhang nicht gewonnen werden (vgl. Frank/Segert, 2007: 133ff). Die Folge dieser makroökonomischen Faktoren war Wachstumsstagnation.

Nicht zu vernachlässigen sind weiterhin die immensen Ausgaben für den Militärbereich der Sowjetunion, welche die Wirtschaft aufgrund einseitiger Ressourcenallokation noch weiter in den Ruin trieben. Der überdimensionierte Rüstungssektor im Wettstreit des kalten Krieges mit den USA hatte weitreichende Folgen. So hatte Russland auch nach dem Zusammenbruch des Systems zunächst mit hohen Schulden, Armut, Hunger und zurückgebliebenen Sozialsystemen zu kämpfen (vgl. Schattenberg, 2011: 10), die ihre ehemalige politische Bedeutung aushöhlten. Insofern war mit dem Ende der Sowjetunion nicht nur ein politischer und wirtschaftlicher Systemwechsel verbunden, sondern auch die Neuschaffung beziehungsweise die Infragestellung von vorherigen Grenzen und Bündnissen.

Der Hauptgrund des Zusammenbruchs war dabei weniger die politische Struktur der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Gleichwohl orientierten sich einige Länder schon frühzeitig bei dieser Gelegenheit in Richtung Westen beziehungsweise der damaligen

Europäischen Gemeinschaft.

Eine Sonderstellung während des Untergangs des sozialistischen Systems hatten Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und Ostdeutschland. In diesen osteuropäischen Ländern griffen im Laufe der 1980er Jahre und teilweise auch schon vorher (Aufstand in Ungarn 1956 und Tschechoslowakei 1968), liberale Tendenzen immer stärker um sich. Sie verließen daher und aufgrund des Verzichts der Sowjetunion auf einen militärischen Eingriff schon 1989 den Warschauer Pakt (vgl. Kornai, 1995: 441,482). Diese osteuropäischen Staaten orientierten sich klar in Richtung EU. Sie ließen sich zunächst wirtschaftlich und mittlerweile vollständig in das europäische System einbinden. Somit sind diese Länder für einen Staatenbund der Eurasischen Union nicht mehr verfügbar (vgl. Kunze/Vogel, 2011:41).

Die baltischen Staaten fühlten sich ebenfalls stärker mit der EU und NATO verbunden. Sie verließen als eine der ersten Sowjetrepubliken die Sowjetunion, allen voran Litauen in 1990. Aufgrund ihres europäischen Selbstverständnisses, welches durch die Sowjetherrschaft weitestgehend zurückgedrängt wurde, bemühten sich die drei Länder schon frühzeitig in den 1990er Jahren um eine Aufnahme in die EU, was 2004 dann auch geschah. Nicht zuletzt wegen ihrer Sonderstellung schon innerhalb der Sowjetunion—sie waren dort vor allem als Unruheherd bekannt—wird dort eine Mitgliedschaft in neueren Staatenzusammenschlüssen mit und auch durch Russland grundsätzlich ausgeschlossen (vgl. Kunze/Schulze, 2011: 35f). Anders verhielten sich die kulturell Russland näher stehenden Staaten: Ukraine, Weißrussland und Moldau, aber auch die zentralasiatischen Länder der ehemaligen Sowjetunion haben sich im Laufe der Zeit immer mal wieder in Richtung Russland orientiert. Die südkaukasischen Staaten dagegen konnten bis heute keinen inneren Frieden erlangen und schienen seit dem Zusammenbruch der UdSSR eher unentschlossen zu sein (vgl. Kunze/Schulze, 2011: 41). Allgemein muss die Betrachtung der einzelnen Länder der ehemaligen Sowjetunion in diesem Zusammenhang eher oberflächlich bleiben, da eine genaue Detailanalyse den Rahmen der Forschungsarbeit sprengen würde. So hat jedes Land seine eigenen innerstaatlichen Kräfte und Gegebenheiten, welche zum Untergang der Sowjetunion beitrugen. Ob primär die Wirtschaft, die Partei, die Gesellschaft oder auch nur die Unterdrückung einiger Staaten für das Auseinanderbrechen verantwortlich war, lässt sich bezogen auf die ganze Sowjetunion nicht eindeutig feststellen. Am wahrscheinlichsten haben mehrere Einflüsse zusammengewirkt und somit das System niedergezwungen (vgl. Kornai, 1995: 443).

In Russland wurde in der ersten demokratisch legitimierten Präsidentschaftswahl Boris Jelzin am 12. Juni 1991 zum Präsidenten der russischen Teilrepublik (RSFSR) gewählt. Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow als Präsident der UdSSR zurück, einen Tag später beschloss

der Oberste Sowjet die Auflösung der Sowjetunion per 31. Dezember 1991. Völkerrechtlicher Nachfolgestaat der UdSSR wurde die Russische Föderation unter der Führung von Jelzin, nunmehr Präsident eines unabhängigen Russlands mit damals 89 Föderationssubjekten und eigenen rechtsstaatlichen Institutionen (vgl. Schröder, 2003: 16f). Fast fünfzehn Jahre später betitelt Putin den Zusammenbruch der UdSSR immer noch als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ (vgl. Adomeit, 2012: 11). Inhärent wird dadurch der aus russischer Sicht zwingende Weg in Richtung Kooperationen beziehungsweise neuerlicher Integration sichtbar. Er wurde bereits unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der Entwicklung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten begonnen.

4.2 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Trotz des Auseinanderbrechens der Sowjetunion blieben natürlich etliche Gemeinsamkeiten in Bezug auf die politische Vergangenheit, Kultur und Sprache bestehen. Aber auch die gleichen Probleme einer plötzlichen Unabhängigkeit, der jeweiligen Suche nach einer eigenen Identität sowie der wirtschaftlichen und politischen Transformation hatten die meisten ehemaligen Sowjetstaaten gemeinsam. Um diesen Neuanfang zu vereinfachen, innerhalb der Region Frieden zu bewahren, die neuen Politiken abgestimmt zu gestalten, die Wirtschaft möglichst effizient den Regeln einer freien Marktwirtschaft anzupassen und nicht zuletzt „Schutz durch den russischen Staat“ (Jelzin) zu gewähren, formte sich schon 1991 die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als ein loser Staatenzusammenschluss ohne anfängliche Ambitionen einer engeren Zusammenarbeit (vgl. Adomeit, 2012: 7; Kunze/Vogel, 2011: 36f). Der Vertrag zur Gemeinschaft wurde am 8. Dezember 1991 durch die Staatsoberhäupter von Russland, Belarus und der Ukraine unterschrieben. Wenig später unterzeichneten Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan sowie nochmals Russland, Belarus und die Ukraine das Gründungsprotokoll. Georgien trat 1993 der GUS bei und war bis 2009 deren Mitglied (vgl. Laug, 2011: 9).

Der Hauptsitz der GUS ist in Minsk. Die Organisation ist vertraglich mit Exekutivorganen (z.B. Rat der Staatsoberhäupter oder Regierungschefs etc.) und einem Exekutivkomitee mit Generalsekretär und parlamentarischer Versammlung in Sankt Petersburg aufgebaut worden. Die eigentlich in regelmäßigen Intervallen abzuhaltenden Sitzungen werden allerdings nicht strikt eingehalten, die Gremien bestehen teilweise nur noch formal (vgl. Hüttmann/Wehling, 2013: 209).

Allgemein wurde die GUS primär als eine Art „Konkursverwalter“ der zerbrochenen

Sowjetunion verstanden. Vor allem in den 1990er Jahren unter Jelzin konnte der Zusammenschluss nicht annähernd mit anderen Staatenbünden mithalten, da die Organisation fast ausschließlich mit inneren Angelegenheiten beschäftigt war (vgl. Schneider/ Schulze/ Timmerman; 2005: 162).

Seit 1996 sind die GUS- Staaten dann weitaus selbständiger geworden als ursprünglich geplant. Sie haben größtenteils jeweils ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Weg gefunden. Des Weiteren gab es Ende der 1990er Jahre keine gemeinsamen ernsthaften äußeren oder inneren Bedrohungen mehr. Die russischen Einsatztruppen an den Außengrenzen verloren ihre Relevanz und wurden bis 2005 bis auf beratende Teile des Militärs, die meist noch heute vor Ort sind, abgezogen (mit Ausnahme Armeniens). Das Streben Russlands nach einer militärischen Integration wurde auf die OVKS verlagert (s.u.) (vgl. Malek, 2010: 28f, 46). Russland hat durch diese Entwicklung sicherlich an Bedeutung im GUS- Raum eingebüßt und musste sich seither an eine Rolle unter Gleichberechtigten erst einmal gewöhnen, was die Zusammenarbeit weiter erschwerte. Hinzu kommen die bis 1997 Schätzungen zufolge etwa 1900 Abkommen, welche jedoch maximal zu 20 Prozent umgesetzt wurden, ohne dass zeitgleich eine gemeinsame supranationale Vision der Staaten als Klammer entwickelt wurde (vgl. Alexandrova/Timmermann, 1997: 15f, 21). Die Einstellungen der einzelnen Staaten zu einem solchen Ziel sind heute sehr unterschiedlich. Einige wie etwa Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Armenien und Tadschikistan befürworten den russischen Integrationswillen—sogar in engen Grenzen mit einer gewissen russischen Vormachtstellung—und setzen sich für die Realisierung eines entsprechenden Abkommens ein, während andere Staaten der GUS aufgrund Russlands geographischer Überlegenheit und der Angst vor innerpolitischer Einmischung diesem kritisch gegenüber stehen. Hierzu zählen insbesondere Georgien und Aserbaidschan. Die Ukraine und Usbekistan haben im Laufe des Bestehens der GUS ihre Meinung zu Russland oft geändert. Sie agieren teils—je nach regierender Partei—prorussisch, wenden sich aber auch immer wieder von dem dominanten Partner ab (vgl. Malek, 2010: 32f). Russland versucht dabei insgesamt vor allem seine eigenen politischen Interessen bei den anderen Staaten direkt durchzusetzen und macht nach außen klar, dass die Region ihr Einzugsgebiet ist und nicht das der EU oder gar der NATO. Diese Dominanz schreckt die oben genannten GUS- Partner immer wieder ab, sich auf weitere integrative Schritte einzulassen (vgl. Malek, 2010: 34).

Wirtschaftlich gesehen sollten die Mitgliedsstaaten der GUS bevorzugte Handelspartner sein. Im Laufe der Transformation gingen allerdings gegenseitige Exporte und Importe zurück, was der Öffnung der Länder in Richtung einer globalen Wirtschaft geschuldet ist. Russland

finanzierte viele Vorhaben der Mitgliedsstaaten und war 1998 größter Investor innerhalb des GUS- Raumes. Diese Tatsache führte jedoch alsbald zu Kritik der Mitgliedsstaaten, die Russland wiederholt unterstellten, nur die Vorherrschaft im Sinne der alten Sowjetunion widerherstellen zu wollen (vgl. Meier, 2003: 59).

Die Politik innerhalb des GUS- Raums wurde seither ökonomisiert. So ist Hauptverhandlungspunkt meist die Energiepolitik. Russland versucht mittels Versprechen von Pipelines und günstiger Lieferungen von Rohstoffen die Länder auch noch im 21. Jahrhundert an sich zu binden, setzt sie sogar damit teilweise unter Druck. Kritiker sind der Meinung, dass sich der Gaspreis für das sogenannte „nahe Ausland“ an der Loyalität zu Russland bemisst. Das Ziel, auf diesem Wege ihren politischen Einflussbereich auszubauen und Abhängigkeiten zu schaffen, stieß vor allem in der Ukraine („Orangene Revolution“) und in Georgien auf Widerstand. Auch deren Bevölkerung sah nunmehr nur noch die pragmatisch-wirtschaftlichen Vorteile einer Kooperation mit Russland und entfremdete sich kulturell vor allem in Georgien (vgl. Ackeret, 2010: 13ff, 43f). Ungeachtet dessen ist und bleibt Russland für die GUS- Staaten ein durchaus attraktiver Handelspartner. Die nationalen Industrien können einfach aufgrund gleicher Sprache und Mentalität nach Russland expandieren. So wurde in Wirtschaftskrisen Russland oft um Hilfe gebeten (vgl. Ackeret, 2010: 19).

Die GUS ist seit Mitte der 1990er Jahre zwar durch unterschiedliche Interessen, Bewegungen und ein Auseinanderdriften der Mitgliedsstaaten gekennzeichnet (s.o.), aber für einige von ihnen bleibt der wirtschaftliche Vorteil einer Zusammenarbeit mit Russland von großer Bedeutung, für andere die Sicherheitspolitik. Russlands vorrangige Ambitionen im GUS- Raum sind dagegen anderer Art: eine möglichst weitreichende politische Einflussphäre zu schaffen, um seine Stellung als eigenständige Großmacht wie zu Zeiten der Sowjetunion wieder auszubauen. Beispielsweise sollten ab Ende 1990er Jahre die „russischsprachigen“ Menschen durch Russland geschützt, die russisch-orthodoxe Kirche im postsowjetischen Raum ausgebaut, die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Bildung sowie ein nachhaltiger Kulturaustausch intensiviert werden (vgl. Ackeret, 2010: 52ff). Russlands stete Sorge bezüglich des GUS- Raums gilt seitdem ihrem Fortbestand sowie der Gefahr der Einmischung von Drittstaaten oder der Europäischen Union bei den Mitgliedsländern. Aber auch wirtschaftlich gesehen scheint Russland bemüht zu sein, die europäische Energieindustrie von der GUS fern zu halten und den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken (vgl. Ackeret, 2010: 57). Vor allem in der Zusammenarbeit von Georgien, der Ukraine, Aserbaidschan und Moldau (GUAM), welche den Einfluss Russlands innerhalb der GUS

eindämmen sollte, sieht Moskau seit ihrem Bestehen (1999) eine große Gefahr. Stetig und laut wird die GUAM durch Russland kritisiert, wobei es sich hier nicht einmal um ein loses Bündnis, sondern ausschließlich um ein Beratungsgremium handelt (vgl. Ackeret, 2010: 58). Um die beschriebenen zahlreichen Probleme der GUS in den Griff zu bekommen, wird das Thema „Terrorismus“ in den Mitgliedsstaaten durch Russland instrumentalisiert. Es soll die Länder wieder enger zusammenbringen mit einem gemeinsamen Ziel, nämlich der Bekämpfung des Terrorismus, nicht zuletzt durch die Bedrohung aus Afghanistan (vgl. Halbach, 2000: 29f).

Die Bevölkerung Russlands steht dem GUS- Raum genauso wie der Staatsapparat positiv gegenüber. So wird nicht nur die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten befürwortet, sondern über 60 Prozent der Bevölkerung Russlands sahen beispielsweise im Jahr 2012 das Verhältnis zu den ehemaligen sowjetischen Staaten als freundschaftlich bis normal an (vgl. Lewada- Zentrum, 2013: 16). Die hohe Zustimmung der Russen zu dem Vorgehen Putins in der aktuellen Ukraine- Krise zeigt den starken Rückhalt in der Bevölkerung, den die Politik der Restauration zu früherer weltpolitischer Bedeutung der Sowjetunion genießt (s.u.). Die—zum Großteil im Folgenden dargestellten—weiteren neuen Kooperationen und Staatenbünde werden in Bezug auf die GUS negativ als Differenzierungsprozess der Mitgliedsstaaten gesehen. Sie haben unter diesem Blickwinkel eher kontraproduktive Wirkung auf die Zusammenarbeit (vgl. Alexandrova/Timmermann, 1997: 19). Der GUS- Raum gliedert sich vor diesem Hintergrund vor allem aus sicherheitspolitischen Aspekten immer mehr in bilaterale Verbindungen zwischen den einzelnen Mitgliedern und verliert somit erheblich an Relevanz (vgl. Halbach, 2000: 17).

Trotz aller Schwierigkeiten und schrumpfender Bedeutung der GUS ist sie bis heute nicht von der Bildfläche verschwunden: Medwedjews erste Auslandsreise als Präsident ging dezidiert in ein Land der GUS. Im Kreml bestehen mittlerweile mehr als vier Abteilungen für Angelegenheiten der GUS, welche teilweise auch für wirtschaftliche und nichtstaatliche Zusammenarbeit zuständig sind (vgl. Ackeret, 2010: 8). Und auch für Putin ist die „Integration in der GUS“ von höchster außenpolitischer Bedeutung (vgl. Adomeit, 2012:11).

Im Zuge der GUS kam durch Gesellschaft und Politik für die Teilnehmerstaaten der oben bereits erwähnte Begriff „nahes Ausland“ in der politikwissenschaftlichen Debatte ins Spiel. Dieser Begriff impliziert Vorgehensweisen in und Einstellungen zu dem ehemaligen Einzugsgebiet der kommunistischen Partei, welche außerhalb Russlands stark kritisiert werden: vor allem Russlands Doppelmoral, sich bis heute ganz selbstverständlich in die

Innenpolitik der Nachbarstaaten einmischen zu dürfen, jedoch gleichzeitig ausländische Eingriffe im eigenen Lande zu verpönen. Russland muss für eine gute Zusammenarbeit im GUS- Raum eigentlich lernen, Kooperation und Integration ohne Hegemonie zu gestalten, was dem Land aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit besonders schwer fällt (vgl. Ackeret, 2010: 9, 19f).

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass das größte Problem der Gemeinschaft sicherlich die Vormachtstellung und die Angst der anderen Staaten vor einer beherrschenden Großmacht Russland ist. Würden alle Beteiligten lernen, einen kooperativen beziehungsweise integrativen Prozess ausgeglichen zu gestalten, hätte die GUS sicherlich ein größeres Potential als sie es heute innehat.

4.3 Spezielle Kooperationsbündnisse

Neben der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wurden noch weitere Bündnisse im postsowjetischen Raum durch und mit Russland gegründet. Vor allem unter Außenminister Primakow entstanden ab 1996 weitere Zusammenschlüsse neben einer Vertiefung der bestehenden. Er sah Russland als einen möglichst gleichberechtigten Staat in einer multipolaren Weltordnung und unterstütze Kooperationen in jeglicher Richtung (vgl. Meier, 2003: 55). Im Folgenden sollen zwei weitreichende Kooperationsbündnisse, nämlich die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, welche als besonders stabil unter den zahlreichen russischen Staatenzusammenschlüssen gelten, näher betrachtet werden. Beide zielen auf Kooperationen ab und streben keine engere Zusammenarbeit an.

4.3.1 Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Die Idee der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ) entstand bereits kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion. Von Anfang an waren fünf Mitglieder an dieser Kooperation beteiligt. Zu den Gründerstaaten zählen neben den Großmächten Russland und China die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Etwas später trat Usbekistan (2001) den Verträgen als Beobachter beziehungsweise dann weiteres Mitglied bei. Dies befriedete vor allem Russland, weil Usbekistan kurz zuvor die GUS verlassen hatte (vgl. Wacker, 2001: 7). Verschiedene weitere Staaten bemühten sich zwar, dem Shanghaier Abkommen beizutreten, wurden jedoch abgelehnt, da Einstimmigkeit für die Aufnahme neuer Mitglieder eine Voraussetzung ist. Diese Beitrittsversuche wertete Russland als positives Feedback (vgl. Wacker, 2001: 20).

Wesentlich für diese Kooperation sind zwei Verträge aus den Jahren 1996 über vertrauensbildende Maßnahmen im Sinne eines Nicht-Angriff-Paktes und 1997 über sicherheitspolitische Fragen. Letztere definieren vor allem Höchstgrenzen und Verbote für Waffen an den gemeinsamen Grenzen sowie vertrauensbildende Maßnahmen. Primär handelt es sich also um sicherheitspolitisch stabilisierende Vereinbarungen (vgl. Wacker, 2001: 5f, 12ff). Nach diesen Verträgen folgten weitere bilaterale und multilaterale Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten unter dem Dach der gemeinsamen Organisation (vgl. Halbach, 2000: 24).

Obwohl die SOZ nur eine lose multilaterale Kooperation ohne weitergehende Integrationsbestrebungen darstellt, können die Methoden ihrer Zusammenarbeit sowie die Kenntnis ihrer Probleme und Vorteile für eine Analyse zur Eurasischen Union hilfreich sein. Das Zustandekommen der ersten Verträge über friedliche gemeinsame Grenzen wurde mittels einer Kommission in den sogenannten „4+1“ Gesprächen (Russland/Kirgistan/ Tadschikistan/ Kasachstan + China) termingerecht mit positivem Ausgang verhandelt. Aufgrund von finanziellen Einsparungen durch eine sinnvolle gemeinsame Sicherheitspolitik waren alle Länder an einem Konsens interessiert. Konnte in einzelnen Aspekten kein Konsens erreicht werden, wurde das Thema auf spätere Verhandlungen vertagt. Der positive Effekt dieser Vorgehensweise ist, dass übereinstimmende Punkte sofort beschlossen werden können und somit ein effektives und schnelles Ergebnis erlangt wird. Die Verträge wurden ohne Befristung vereinbart, jedoch wurde jedem Staat ein Kündigungsrecht eingeräumt (vgl. Wacker, 2001: 11f). Wenige Jahre später (1999) wurde ein gemeinsames Überwachungskomitee für die Grenzen eingerichtet, welches die vertraglichen Vereinbarungen kontrolliert. Drei Jahre später wurde ein „Anti-Terrorzentrum“ in Taschkent gegründet und 2004 ein Sekretariat der SOZ in Peking (vgl. Ackeret, 2010: 94). Die weitere und bisher gute Zusammenarbeit ist vor allem auf die ansteigende gemeinsame Bedrohungslage der Staaten zurückzuführen. So sehen sich alle—mittlerweile sechs Staaten—mit Separatismus, Terrorismus und religiösem Extremismus konfrontiert. Als gemeinsamer Feind und damit verbindendes Element gilt Afghanistan mit seinen radikalen islamistischen Gruppen (vgl. Wacker, 2001: 15ff).

Die grundlegenden Abkommen wurden ab Ende der 1990er Jahre um weitere Themen wie verstärkte regionale Zusammenarbeit, Umweltproblematiken, Drogenhandel und Wassernutzung erweitert. Die Zusammenkunft entwickelte sich zu einem institutionalisierten Forum über Kooperation und Koordination. Die Kernelemente bleiben jedoch die eingangs genannten Faktoren (vgl. Wacker, 2001: 18; Halbach, 2000: 24). Das gemeinsame Ziel ist

weiterhin der Machterhalt in den beteiligten kleineren Staaten und das Zurückdrängen des Einflusses der USA im Einzugsgebiet der Partner (vgl. Akeret, 2010: 95).

Durch die „farbigen Revolutionen“ gelang es der SOZ, noch weiter an Bedeutung zu gewinnen. Das Bündnis sieht sich mittlerweile als Gegenmodell zur „Euroatlantischen Partnerschaft“ und kümmert sich effektiv um Sicherheit und Entwicklung der beteiligten Staaten. Während für China eine gesicherte Energiepolitik im Vordergrund steht, will Russland generell seine Einflussphäre gen Asien ausweiten. Beide sehen eine dauerhafte Gemeinschaft als erstrebenswert an (vgl. Akeret, 2010: 16).

Trotz der teils schlechten Informationslage über die Kooperation werden immer wieder Stimmen laut, dass das Verhältnis der fünf ehemaligen Sowjetstaaten aufgrund unterschiedlicher Kulturen und einem generellen Misstrauen nicht besonders nachhaltig sei. Manche Kritiker meinen, dass die vier kleineren Staaten des Bündnisses von Russland inzwischen bevormundet werden, nachdem sie anfangs vor allem große militärische Vorteile aus der Kooperation ziehen konnten. Trotz aller teils schwer beweisbaren Kritik scheinen die Staaten dennoch große und nachhaltige wirtschaftliche, aber vor allem sicherheitspolitische Vorteile aus dem Bündnis zu ziehen (vgl. Wacker, 2001: 28). Die beiden großen Mitglieder Russland und China buhlen allerdings seit dem Bestehen um die Führung in der Sechser-Truppe. Kritiker bewerten dies einerseits als dysfunktional, andererseits kann dies auch ein Grund für die mittlerweile gute funktionale Wirkung und ähnliche Zielsetzungen in der Organisation sein (vgl. Halbacher, 2000: 24).

Seit dem Amtsantritt Putins werden die Aktivitäten der SOZ—wie auch bei weiteren Bündnissen—forciert und aus russischer Sicht erfolgreich ausgeweitet (vgl. Akeret, 2010: 97). Die SOZ stellt die wahrscheinlich am besten funktionierende Kooperation in der relevanten Region dar. Die vereinbarten Abkommen werden eingehalten, für die beteiligten Staaten entstehen Vorteile (vgl. Akeret, 2010: 15f).

Zusammengefasst liegt der Erfolg des Shanghaier Zusammenschlusses in drei Punkten: „gemeinsame Interessen, gemeinsame Normen in Bezug auf internationale Beziehungen und schrittweises Herangehen an Probleme“ (Wacker, 2001: 30). Sicherlich wird aber auch die Laissez-faire Einstellung der Staaten hinsichtlich Demokratie und Marktwirtschaft ein Erfolgsfaktor des Bündnisses sein (vgl. Akeret, 2010: 100). Das Funktionieren der SOZ kann darüber hinaus auf die nur lose Kooperation zurückgeführt werden und ist vor allem der Regel geschuldet, dass nur im Konsens getroffene Entscheidungen umgesetzt werden. Dies ist im eurasischen Raum neu. Nicht zuletzt haben die beiden gleichgewichtigen Gegenpole China

und Russland, welche sich in Größe und Macht ähneln, sicherlich eine ausgleichende und positive Wirkung auf das Bündnis.

4.3.2 Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)

Geschaffen wurde die OVKS ausschließlich aus militärischen beziehungsweise sicherheitspolitischen Gründen. Die Kooperation ähnelt daher der SOZ, besteht jedoch nur aus ehemaligen Sowjetländern (vgl. Ackeret, 2010: 16). Am 15. Mai 1992 wurde der Vertrag über kollektive Sicherheit zwischen Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan im Rahmen der GUS zunächst auf fünf Jahre begrenzt in Taschkent unterzeichnet. Ein Jahr später traten Aserbaidschan und Georgien dem Kollektiv bei. Vor allem im Falle eines Angriffes von außen auf einen der Staaten sollte der Vertrag zum Tragen kommen und sich die befreundeten Länder gegenseitig unterstützen. Während Aserbaidschan und Georgien 1999 im Zuge der Verlängerung des Vertrags endgültig ausgestiegen sind, hat Usbekistan sich 2006—aufgrund ihrer politischen Abkehr von der EU und NATO—doch noch für einen wiederholten Beitritt entschieden. Usbekistan ist dann allerdings 2012 unter anderem aufgrund einer Annäherung an Afghanistan sowie der unten beschriebenen „Eingreiftruppe“ erneut ausgetreten. Ab 2002 ist die OVKS, auch „Taschkenter Vertrag“ genannt, zu einer eigenständigen sicherheitspolitischen Institution, die ursprünglich an die GUS gekoppelt war, weiter entwickelt worden. 2004 erhielt die Organisation sogar Beobachterstatus in der UN- Generalversammlung (vgl. Laug, 2011:8f). Während Ende der 1990er Jahre die OVKS fast tot gesagt wurde, hat sie später vor allem unter Putin massiv an Gewicht gewonnen. Sie gründete 2009 eine gemeinsame „Eingreiftruppe“ für innere Angelegenheiten. Dies schreckte vor allem Usbekistan aus Angst vor innerer Einmischung ab und motivierte den Staat wenig später zum wiederholten Austritt aus der Organisation (vgl. Ackeret, 2010: 17; Meister, 2011). Mittels dieser Truppe, in der sich Russland aufgrund seiner militärischen Stärke klar als Vorreiter sieht, wurde einer der Hauptkritikpunkte des Bündnisses, es gebe primär Krisen innerer statt äußerer Angelegenheiten aus der Welt geschaffen. Des Weiteren soll auf diese Weise für potentielle Gefahrensituationen weiterhin die Stationierung russischen Militärs im postsowjetischen Raum gerechtfertigt werden. Aber auch der latenten Gefahrenquelle Afghanistan soll damit vorgebeugt werden (vgl. Meister, 2011; Halbach, 2000: 18). Ein anderes Ziel der Organisation konnte bis heute jedoch nicht erreicht werden: die Ukraine ist dem Vertrag nie beigetreten (vgl. Halbach, 2000: 18).

Russland strebt immer wieder an, die OVKS zu einer Art Gegengewicht zur NATO zu erweitern, was bisher jedoch nicht gelungen ist. Trotzdem gilt die OVKS als eine mittlerweile

bedeutende und gut funktionierende Institution im russisch-asiatischen Raum. Die lose militärische Zusammenarbeit zwischen den Staaten funktioniert gut und entwickelt sich seit Putin stetig weiter (vgl. Adomeit, 2012: 35). Auffällig ist, dass die beiden sicherheitspolitisch-militärischen Bündnisse SOZ und OVKS im postsowjetischen Raum insgesamt als einzig wirklich gut und real funktionierende Zusammenschlüsse bezeichnet werden können.

4.4 Frühe Integrationsabkommen

Putin treibt unverändert neben den obigen Kooperationsbündnissen die Russische Föderation in Richtung einer politischen Integration mit dem „nahen Ausland“.

Zu den früheren Projekten mit dem Ziel der Integration zählt der bilaterale Zusammenschluss „Union Belarus- Russland“, welcher aufgrund der langen gemeinsamen Geschichte und der Relevanz von Belarus als besonders wichtig einzuschätzen ist. Des Weiteren zählt dazu die Zollunion beziehungsweise „Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft“, welche in ihren Zielen und ihrer Ausgestaltung der aktuellen Eurasischen Wirtschaftsunion ähnelt, sowie der „Einheitliche Wirtschaftsraum“ (EWR), welcher aufgrund des Scheiterns, bevor er wirklich entstand, nur kurz angeschnitten werden soll.

4.4.1 Union Russland- Belarus

Wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam 1996 ein Vertrag über die Bildung einer Gemeinschaft zwischen Russland und dem im Transformationsprozess zurück gebliebenen Belarus zustande. 1997 wurde dieser sogar zu einem Vertrag über eine Union erweitert. Er wurde jedoch vor seiner Unterschrift auf lediglich neun Artikel verkürzt. Insbesondere wurde das Festhalten an der Souveränität der Länder festgeschrieben. Der Vertrag wurde dadurch schon früh als bloße Symbolik eingestuft (vgl. Alexandrova/ Timmermann, 1997: 9f).

Russland sah in dem kleinen souveränen Staat Belarus einer seiner wenigen eng Verbündeten. Wirtschaftlich war Belarus gleichzeitig das Tor zu Europa: 80% des Handels mit der EU passierten das Land. Belarus war ebenfalls Nutznießer der Union. Der Nachbarstaat profitierte wirtschaftlich vor allem im Außenhandel und der Energieversorgung.

Die beiden Unionsstaaten bildeten 2000 einen Staatsrat, einen Ministerrat und ein Parlament, allerdings mit nur wenigen Verfügungsbefugnissen aufgrund des Fehlens von supranationalen Kompetenzen (vgl. Alexandrova /Timmermann, 1997: 7; Timmermann , 2003: 342,347f).

Obwohl beide Staaten in den 1990er Jahren noch die klaren beidseitigen Vorteile aus der Union zumindest verbal betonten, dominierte Russland im Laufe der Zeit zunehmend das

Zweierverhältnis. Zu weit auseinander lagen die Vorstellungen über die langfristige Gestaltung der Union. Ungeklärt blieben bis Anfang der 2000er Jahre die Fragen einer gemeinsamen Währung und einer konsistenten Wirtschaftsordnung. Schnell geklärt dagegen war die—ohnehin bereits verzahnte—militärische Zusammenarbeit der beiden Länder. So konnten sie beidseitig durch den für Russland wichtigen sicherheits- und geostrategischen Vorteil einerseits und den für Belarus ökonomischen Nutzen andererseits von der Union profitieren (vgl. Timmermann, 2003: 346ff). Vor allem aber waren die meisten Abgeordneten des belarussischen Parlaments ebenso wie damals auch noch große Teile ihrer Bürger Anhänger Putins, wodurch die wenigen Entscheidungen meist zugunsten Russlands ausfielen (vgl. Timmermann, 2003: 342f).

Mit Putin kam im Laufe der Zeit eine neue Dynamik in die Zweierbeziehung. Er strebte an, die Wirtschaftssysteme der beiden Staaten völlig zu vereinheitlichen und die belarussische Identität wieder durch eine russische zu ersetzen. Durch den immensen Druck der Vereinheitlichung seitens Putin widersetzte sich Belarus aber zunehmend dem Ziel eines vollkommenen Zusammenschlusses der Union. Lukaschenko bemühte sich mehr und mehr, seine Souveränität zu erhalten. Die konträren Ziele, welche die beiden mit der Union verfolgten, wurden immer sichtbarer. Russlands Ziel war es letztlich, Belarus in die Russische Föderation einzugliedern, während Belarus sich lediglich erhoffte, Einfluss auf die russische Politik nehmen zu können und wie in der Sowjetunion durch den russischen Staat wirtschaftlich zu profitieren (vgl. Timmermann, 2003: 345).

Ab circa 2006 entfernten sich die beiden Staaten aufgrund der grundlegend unterschiedlichen Interessen—Einverleibung Belarus versus Unionsstaat mit wirtschaftlichen Vorteilen—immer weiter voneinander. Beispielsweise kam die geplante Währungsunion nur aufgrund eines Streits über den Standort der Druckereien nicht zustande. Eine bereits ausgehandelte gemeinsame Verfassung wurde nicht unterzeichnet. Gazprom drohte Belarus daraufhin mit immensen Gas- und Ölpreiserhöhungen von bis zu 300 Prozent (vgl. Schneider, 2007; vgl. Forbrig, 2011: 44). In dieser Situation bekräftigte Lukaschenko 2006 erneut, dass der Unionsstatus mit Russland zwar bestehen bleiben sollte, eine weitere Integration jedoch maximal in den Bereichen Wirtschaft und Soziales für Belarus in Frage kommt (vgl. Schneider, 2007).

Vor den Präsidentenwahlen 2010 kam es schließlich zu einer Annäherung von Belarus an die Europäische Union. Aufgrund der Freilassung einiger politischer Gefangenen und der Zulassung zweier unabhängiger Zeitschriften, bot die EU dem postsowjetischen Staat 2009 an, an der „Östlichen Partnerschaft“ der EU teilzunehmen. Die wirtschaftlichen Beziehungen

zur EU wurden in dieser Zeit intensiviert. Die EU wuchs zu einer wichtigen Exportregion für Belarus heran (vgl. Forbrig, 2011: 45).

Diese Entwicklung in Richtung Westen erschien Putin als Bedrohung. Er setzte kurz vor den Präsidentschaftswahlen Lukaschenko durch die Unterstützung der Opposition immer weiter unter Druck, sich wieder östlich zu orientieren. Zunächst sah es daher so aus, als ob Belarus sich in eine demokratische Richtung entwickeln würde und Lukaschenko sogar abgewählt werden könnte. Kurz vor den Wahlen kam es jedoch zu einer völligen Umkehr der Lage. Der Vertrag zur Zollunion mit Russland und Kasachstan wurde unterzeichnet. Russland signalisierte damit sein Vertrauen in Lukaschenko, welcher kurze Zeit später die Wahlen wiederholt gewann. Die EU- Annäherung an Belarus wurde damit beendet, die aufgebauten Beziehungen abermals gekappt (vgl. Forbrig, 2011: 45f). Die Entwicklungsrichtung des Staates Belarus war damit vorerst eindeutig geklärt.

Einer der wichtigsten Aspekte für die im Endeffekt prorussische Entwicklung von Belarus war sicherlich die sehr enge und gute militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten seit Bestehen der Union bis heute. Russland sieht Belarus als eine Art Pufferzone und betreibt mehrere Stützpunkte in dem Nachbarland. Belarus profitiert dabei finanziell von der gemeinsamen Luftwaffe und der modernen Waffentechnik Russlands. Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Beziehung der beiden Staaten ist, dass Belarus Wirtschaft zu 90 Prozent von Russland abhängig ist. Die belarussische Bevölkerung fühlt sich seit Ende der Sowjetunion immer noch zu dem großen benachbarten Bruderstaat hingezogen und tendiert teilweise sogar zu einem weitgehenden Zusammenschluss (vgl. Schneider, 2007). So kam es seit 2010 offiziell zu erneuten Integrationsbestrebungen in Form der später verhandelten Zollunion (vgl. Kobsew, 2011).

Die Union aus Russland und Belarus mit ihrer kulturellen Nähe und beidseitigen Vorteilen auf mehreren Gebieten gilt als einer der Vorreiter der aus mittlerweile mehreren Staaten bestehenden Wirtschaftsunion, da in beiden Fällen sowohl eine wirtschaftliche als auch politische Integration angestrebt wurde

4.4.2 Zollunion und Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)

Um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den in den 1990er Jahren maroden Staaten voran zu treiben, bildeten 1996 Russland, Belarus und Kasachstan eine Zollunion, welche im Jahr 2000 in die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft überführt wurde, wobei sich der Kreis der Mitglieder um Kasachstan und Tadschikistan erweiterte. Bald danach wurden Armenien, Moldau und der Ukraine Beobachterstatus in der EurAsEC eingeräumt. Usbekistan war ebenfalls zeitweise Mitglied.

Die Zollunion sollte zunächst der Förderung der Wirtschaft durch einen einheitlichen Zollbereich dienen und die Möglichkeiten eines darüber hinaus gehenden einheitlichen Wirtschaftsraumes—schon ab 2000—vorbereiten (vgl. Laug, 2011: 10). Die EurAsEC verfolgte in der Theorie die klassischen Ziele einer Wirtschaftsgemeinschaft wie die frühere Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: freier Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie die Harmonisierung und gemeinsame Koordinierung der Wirtschaftssysteme. Im Mittelpunkt stand hier sicherlich der Handel mit Rohstoffen wie etwa Gas und Öl (vgl. Integration Committee of EurAsEC, 2011: 3). Die Harmonisierung des Warenaustauschs konnte relativ schnell vertraglich festgehalten werden und wurden alsbald auch etabliert (vgl. Polownikow, 2012: 5).

Die EurAsEC war vielschichtig organisiert und bestand aus primär drei Organen. Oberste Instanz war das „Interstate Council“, bestehend aus den Regierungs- und Staatschefs. Der Vorsitz wechselte jährlich nach Alphabet. Bei den Sitzungen wurden Grundsatzentscheidungen getroffen sowie Ziele und Strategien festgelegt. Das „Interstate Council“ entschied mittels Konsens. Als exekutives Organ wurde das „Integration Committee“ gebildet, welches sich aus Vertretern der nationalen Regierungen zusammensetzte und mit Treffen mindestens vier Mal jährlich ausführend tätig war. Auch hier wurde der Vorsitz alphabetisch gewechselt. Ein drittes mit Kompetenzen ausgestattetes Organ war das „Interparliamentary Assembly“, welche für die rechtliche Grundlagen und die Harmonisierung der Wirtschaft zuständig war. Russland besaß hier mit 42 Sitzen im Gegensatz zu Kasachstan und Belarus mit je 16 sowie Kirgistan und Tadschikistan mit je acht weitaus am meisten Sitze (vgl. Integration Committee of EurAsEC, 2011: 6ff). Die EurAsEC hörte mit dem Inkrafttreten der Eurasischen Wirtschaftsunion am 1. Januar 2015 schließlich auf zu existieren.

In der Theorie scheint die Organisation gut und relativ fair organisiert gewesen zu sein. Kritiker bemängelten aber schon während der Anfänge der Organisation, dass die EurAsEC nie über die Papierform hinaus gekommen ist und damit auch keinerlei integrativen Prozess innerhalb der GUS voran gebracht hat. Als elementarer Fehler wurde vor allem die fehlende Zugehörigkeit der Ukraine gesehen (vgl. Meier, 2003: 59).

Das Ziel einer Synchronisierung der verschiedenen wirtschaftlichen Bereiche bereitete darüber hinaus aus unterschiedlichen Gründen von Anfang an größte Probleme. In den 1990er Jahren war es zunächst ein schwieriges Unterfangen, sich auf bestimmte Güter und Richtlinien, welche aus der Freihandelszone ausgeschlossen werden sollten, zu einigen. Anfang der 2000er Jahre zur Zeit der Überführung der Zollunion in die EurAsEC hatten nicht

alle potentiellen Mitgliedsstaaten den gleichen Status in der WTO. Einige waren bereits Mitglied, andere hatten nur Beobachterstatus oder waren überhaupt nicht beteiligt. So trat Russland beispielsweise erst 2012 als Mitglied der WTO bei. Kasachstan, Usbekistan sowie Belarus haben bis heute dort nur Beobachterstatus. Die Länder unterlagen somit grundlegend unterschiedlichen Gesetzen des Handels (vgl. Polownikow, 2012: 3f). Ähnlich der anderen Staatenbünde war auch hier Putin allerdings bemüht, trotzdem einen integrativen Prozess im Bereich der Wirtschaft voran zu bringen. So wurden trotz allem ab 2003 verschiedene Kooperationsverträge mit Drittstaaten und internationalen Organisationen wie etwa der UNO oder der Shanghaier Kooperation für Zusammenarbeit unterzeichnet. Auch die Harmonisierung der Politikbereiche Energie, Transport, Migration und Finanzen wurden mittels Abkommen und Arbeitsgemeinschaften beziehungsweise über Organe aktiv vorangetrieben. Im Jahr 2009 wurde im Zuge der Weltwirtschaftskrise schließlich ein Antikrisen- Fond durch die Mitgliederstaaten gebildet (vgl. Integration Committee of EurAsEC, 2011: 28ff).

Die integrativen Prozesse hin zu einem vollständigen und einheitlichen Zollsystem als Voraussetzung eines noch engeren Zusammenwachsens, welches seit 2011 zwischen Russland, Belarus und Kasachstan realisiert wurde, werden mittlerweile extern als zukunftsfähiges und bisher handlungs- und durchsetzungsfähiges Vorhaben gesehen. Der Zusammenschluss zu einer Zollunion beziehungsweise späteren Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft hat heute als Eurasische Wirtschaftsunion einen neuen Namen erhalten.

4.4.3 Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR)

Der Einheitliche Wirtschaftsraum stellt dagegen den gescheiterten Versuch einer weitergehenden wirtschaftlichen Integration dar. Im Jahr 2003 wurden entsprechende Verhandlungen—in Übereinkunft mit der EurAsEC—zwischen Belarus, Kasachstan, Russland und der Ukraine mit diesem Ziel in Angriff genommen (vgl. Polownikow, 2012: 4). Der enge wirtschaftliche Zusammenschluss sollte eine Antwort auf die Osterweiterung der Europäischen Union sein. Ziel der mittelfristigen Strategien war es, einen freien Verkehr von Waren, Arbeitskräften und Kapital bis 2010 zu ermöglichen und auch in den Bereichen Terrorismus und Drogenkriminalität zusammenzuarbeiten. Die Verhandlungen fanden in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs statt und hatten gute Aussichten auf eine Umsetzung. Vor allem wirtschaftliche Vorteile für die großen Öl- und Gaskonzerne sowie die Kommunikationsunternehmen der beteiligten Länder waren förderlich. Selbst die Ukraine schien mitzuziehen, allerdings nur vordergründig. Der amtierende Präsident Kutschma war

ein Meister der sogenannten Multi- Vektorenpolitik und pflegte Beziehungen zu Russland, der EU und den USA gleichermaßen. Dieses Spiel war nicht dauerhaft durchzuhalten. So scheiterten die Verhandlungen und Verträge für den Einheitlichen Wirtschaftsraum sehr bald (vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann, 2005: 171). Die Ukraine, welche weitere harmonisierende Schritte wegen des drohenden Verlustes an Souveränität nicht eingehen wollte und auch bilaterale Verhandlungen im Rahmen des EWR immer mehr hinterfragte, schied aus den Verhandlungen schließlich im Jahr 2006 aus (vgl. Polownikow, 2012:4). Kutschmas flexible Politik war aufgrund der ernster werdenden Lage im wirtschaftlichen Bereich nicht mehr aufrecht zu erhalten. Damit endete der EWR- Versuch einer weitergehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorerst.

4.5 Eurasische Wirtschaftsunion

Eine engere Zusammenarbeit mit Ländern des „nahen Auslands“ wird von Russland wie oben erkennbar bereits seit dem Ende der Sowjetunion angestrebt und unterstreicht die Relevanz von Machtverhältnissen und Einflussphären in der russischen Föderation und der GUS. Seit 2011 ist das konkrete und momentan aktuelle Konzept der Eurasischen Wirtschaftsunion als Vorläufer einer Eurasischen Union erneut fest als Hauptziel der russischen Außenpolitik verankert (vgl. Halbach, 2012: 214).

Am 3. Oktober 2011 hat Vladimir Putin in der russischen Zeitung „izvestia“ die Idee einer Eurasischen Union zwischen den bereits seit 2010 in einer erneuten Zollunion verbündeten Staaten Belarus, Kasachstan und Russland vorgestellt. Er erläutert in diesem Artikel die Grundzüge sowie Ziele des Konzepts. Eine angestrebte Integration in Form der Eurasischen Union wird laut Putin bereits seit Jahren durch die Bildung kooperativer Staatenbünde, also der GUS, dem Vertrag für kollektive Sicherheit, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft mit vorheriger Zollunion, des Einheitlichen Wirtschaftsraum und schließlich der erneuten Zollunion angestrebt. Das Projekt hat nach Putin ausdrücklich die Europäische Union zum Vorbild und nicht die alte Sowjetunion. Nach Putin ist es „naiv etwas restaurieren oder kopieren zu wollen, was schon der Vergangenheit angehört“ (Putin, 2011). Das aktuelle Projekt ist nun bereits in Form einer Eurasischen Wirtschaftsunion real und soll anhand dieser weiter entwickelt werden.

4.5.1 Status Quo der Eurasischen Wirtschaftsunion

Ausgangspunkt der Eurasischen Wirtschaftsunion ist die 2010 in Kraft getretene, auf WTO-Recht basierende erneute Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland, welche seit 2007 geplant wurde. Die Annahme, Putins Zeitungsartikel wären leere Worte, wurde schnell widerlegt. Schon am 18. Dezember 2011 wurde ein Vertrag über die „Schaffung einer Eurasischen Wirtschaftsunion bis 2015“ sowie ein Abkommen über die „Gründung einer Eurasischen Kommission“ als Koordinationsorgan zwischen den drei Mitgliedern der Zollunion unterzeichnet (vgl. Halbach, 2012: 220). Die Anlehnung an die EU wird hier schon durch die Namensgebungen deutlich. Die langfristig angestrebte Eurasische Union soll grundsätzlich deren positiven Resultate übernehmen, jedoch um ein vielfaches schneller gebildet werden (vgl. Halbach, 2012: 219f). Die Mitgründerstaaten Belarus und Kasachstan beharrten allerdings zunächst auf einer ausschließlich wirtschaftlichen Integration und betonten den Fortbestand ihrer Souveränität. Daher wurde aus einem ursprünglich angestrebten Unions- Vertrag vorerst ein Wirtschaftsunion- Vertrag (vgl. Satpajew, 2014:11). Folglich wurde kurz nach der Ankündigung der Eurasischen Wirtschaftsunion im Jahre 2012 zunächst als weiterer Schritt ein einheitlicher Wirtschaftsraum vereinbart und die Eurasische Wirtschaftskommission mit zahlreichen Abkommen berufen (vgl. Hett/Szkola, 2014: 3). Am 29. Mai 2014 wurde schließlich das endgültige Gründungsabkommen zwischen Belarus, Kasachstan und Russland unterzeichnet (vgl. Halbach, 2014: 3). Schon im Oktober 2014 schloss sich dann Armenien dem Vertrag an. Kirgistan unterzeichnete im Dezember 2014 das Beitrittsabkommen und soll ab Mai 2015 vollwertiges Mitglied werden. Um Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion zu werden, mussten beide Staaten alle vorherigen Abkommen und Verpflichtungen übernehmen und der Einhaltung der Ziele zustimmen (vgl. Sagorskij, 2014: 5).

Seit dem 1.1. 2015 ist die Eurasische Wirtschaftsunion nun in Kraft getreten und umfasst damit rund 175 Millionen Einwohner und eine Gesamtwirtschaftsleistung von 2,8 Billionen US-Dollar (vgl. Jarosiewicz/Fischer, 2015). Die Staaten sind zusammen genommen die größten Erdgas- und Erdöl- Produzenten der Welt. In der Stahlproduktion sowie in der Herstellung von Düngemitteln sind sie unter den fünf größten Produzenten der Welt einzuordnen. In vielen Bereichen ist die Eurasische Wirtschaftsunion jedoch noch rückschrittlich. So stellen sie nur 3,7 Prozent des weltweiten BIP. Auch im Kapitalverkehr liegen sie mit einem Anteil von 2,2 Prozent weit hinter den westlichen Industrienationen zurück (vgl. Eurasian Economic Union, 2015).

Auf Grundlage der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit und bereits harmonisierter

Gesetzte infolge obiger Staatenbünde hat die Eurasische Wirtschaftsunion das Ziel, durch die Schaffung von freiem Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitnehmerverkehr, durch weitere Vereinheitlichung der Gesetzgebung und eine abgestimmte „Policy“ die Wirtschaft, Investitionen und bestimmte Branchen—vor allem die öffentliche Energiebranche—zu fördern. Kurzfristig soll ein gemeinsamer Erdöl- und Erdgas- Markt geschaffen werden. Es sollen Modernisierungen vorangetrieben, die Zusammenarbeit forciert und die Wohlfahrt in den einzelnen Mitgliedsländern nachhaltig gesteigert werden. Innenpolitisch steht also vorerst die Verbesserung der Wirtschaft im Vordergrund (vgl. Eurasien Economic Union, 2015). Nach Putin soll die Eurasische Union und im Vorfeld auch die Eurasische Wirtschaftsunion aber später auch außenpolitisch als Mittler zwischen Asien und Europa an Bedeutung gewinnen. Eine Zusammenarbeit mit der EU wird grundsätzlich angestrebt, um den Handel zwischen Ost und West anzukurbeln und nicht zuletzt um europäische Staaten wie die Ukraine und Moldau mit deren westlich-orientierten Teilen der Bevölkerung positiv zu stimmen (vgl. Halbach, 2012: 217/ s.o.). Diese Rhetorik ist allerdings aufgrund der aktuellen Ukraine-Krise zurzeit fallengelassen worden.

Die Eurasische Union wird sich künftig enger mit China und Indien verbünden. Diese Großmächte verfolgen als Schwellenländer ähnliche Ziele in ihrer Außenpolitik wie Russland. Die vielversprechende gemeinsame Zukunft deutet auf gute bilaterale Beziehungen hin, auch wenn es immer wieder zu Konkurrenzdenken kommt (vgl. Wipperfürth, 2012: 242f).

Langfristig sollten sich aber auch die Beziehungen zur EU wieder verbessern, allein aufgrund der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Allgemein liegen die geostrategischen und sicherheitspolitischen Vorteile sowie die Relevanz der angestrebten Eurasischen Union beziehungsweise Wirtschaftsunion für Russland schon aufgrund der ehemaligen Staatenbünde auf der Hand. Die Form der erfolgreichen konkreten Umsetzung bedarf jedoch einer genaueren Untersuchung der geopolitischen Ziele.

4.5.2 Struktur und Funktionsweise der Eurasischen Wirtschaftsunion

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist in vier Organe unterteilt. Das oberste Leitungsorgan mit Kontrollfunktionen stellt der „Supreme Eurasian Economic Council“ dar. Dieser besteht aus den jeweiligen Präsidenten der Mitgliedsländer und kann somit mit dem „Europäischen Rat“ der EU verglichen werden. Ein untergeordnetes weiteres operatives Kontrollorgan ist der „Eurasian Intergovernmental Economic Council“, bestehend aus den Ministerpräsidenten der Mitgliedsländer, ähnlich dem „Rat der Europäischen Union“. Die beiden obersten Organe sind der Einstimmigkeit verpflichtet. Nach der Regel „ein Staat, eine Stimme“ können nur mit dem Einverständnis aller Mitglieder grundlegende Entscheidungen getroffen werden (vgl.

Satpajew, 2014: 11/ vgl. Eurasian Economic Union, 2015).

Als wichtigstes ständiges Exekutiv- und Regulierungsorgan wurde die „Eurasian Economic Comission“ eingerichtet, vergleichbar der „Europäischen Kommission“ (vgl. Eurasian Economic Union, 2015). Seit 1. Juli 2012 wurden dieser Kommission über 170 Kompetenzen zugeordnet. Sie soll vor allem die Entwicklung und das Funktionieren der Eurasischen Wirtschaftsunion sicherstellen sowie Vorschläge für die zukünftige Ausrichtung aufstellen. Die wichtigsten Kompetenzen sind dabei die Festlegung der Einfuhrzölle, die Gestaltung der Wettbewerbspolitik und Beschlüsse zum Handel mit Drittstaaten (vgl. Siwizkij, 2014:16). Die Kommission ist in verschiedene Suborgane unterteilt. Leitende Instanz ist der sogenannte „Rat der Kommission“, welcher aus je einem Regierungsvertreter besteht. Dieser bestimmt die Umsetzung einzelner Maßnahmen und verschiedene Tätigkeiten zur Integration. Die operative Ausführung unterliegt dem „Kollegium der Kommission“, bestehend aus unabhängigen Beamten, wobei jedes Land gleich viele Stellen besetzen darf und mit einer Zweidrittel- Mehrheit entschieden werden muss. Darunter befinden sich die verschiedenen Departements, welche den übergeordneten Organen zur Hand gehen sowie fachbezogene Beratergruppen. Hier stellt Russland 57 Prozent der Mitarbeiter, Belarus und Kasachstan je 21,5 Prozent.

Das vierte Organ der Eurasischen Wirtschaftsunion ist der „Court of the Eurasian Economic Union“ mit je zwei Richtern aus den Mitgliedsländern. Er stellt die Judikative dar. Der Gerichtshof hat weitreichende Kompetenzen. Er entscheidet nicht nur über Wirtschaftsstreitigkeiten zwischen den Ländern und die Auslegung der internen Verträge, sondern auch über Vorschriften für die Organe und die juristische Interpretation internationaler Verträge (vgl. AHK-Belarus, 2012: 3f/ Eurasian Economic Union, 2015).

Im Bereich des freien Handels innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion und mit Drittstaaten hat sich der Staatenbund zu der Einhaltung der WTO- Regeln verpflichtet. Einnahmen aus den Außenzöllen werden prozentuell nach dem jeweiligen Budget der Länder aufgeteilt. Russland erhält dabei mehr als 80 Prozent der Einkünfte. Im ersten Jahr wurden durch die Zollunion sowohl der unionsinterne Handel als auch der internationale Austausch deutlich belebt. Ein Einbruch der Einnahmen durch entfallende Zölle blieb aus (vgl. Kobsew, 2011). Auch die Kosten der Organe der Eurasischen Wirtschaftsunion werden anteilig auf die Mitgliedsstaaten aufgeteilt. Russland zahlt hier beispielsweise ca. 87 Prozent (vgl. Satpajew, 2014: 11).

Im Zuge des Aufbaus eines einheitlichen Wirtschaftsraums wurden bereits 2012 einzelne grundlegende Abkommen unterschrieben. In diesen wurden vor allem fünf Bereiche zur

Harmonisierung beziehungsweise Zusammenarbeit thematisiert und unterzeichnet, so die Abstimmung der „makroökonomischen Politik und Harmonisierung der Mechanismen der Wirtschaftsregulierung“, die „Bildung des gemeinsamen Marktes für Waren und Dienstleistungen“, die „Bildung des gemeinsamen Energiemarktes, Zugang zu den Dienstleistungen natürlicher Monopole in den Bereichen Energie und Verkehr“, die „Bildung des gemeinsamen Kapitalmarktes, abgestimmte Währungspolitik“ und die „Bildung des gemeinsamen Arbeitsmarktes“ (vgl. AHK- Belarus, 2012: 4). Das Vertragswerk zur Eurasischen Wirtschaftsunion verankert damit generell den ungehinderten Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften innerhalb der Mitgliedsländer. Bei der endgültigen Realisierung der Eurasischen Wirtschaftsunion 2015 mussten jedoch aus russischer Sicht deutliche Rücknahmen ursprünglicher Ziele hingenommen werden. Durch die Ukraine- Krise bekamen die kleineren Länder Belarus und Kasachstan eine wesentlich bessere Ausgangslage für die Verhandlungen. So konnte sich Kasachstan damit durchsetzen, lediglich wirtschaftliche Themen zum Objekt der Union zu machen. Klauseln wie „Achtung der Souveränität“, „Gleichbehandlung“ und „Nichteinmischung“ wurden aufgenommen und einige makroökonomisch-politische Punkte ausgeklammert. Für Russland ist die bisherige Begrenzung auf wirtschaftliche Themen ein Rückschlag hinsichtlich der von ihr ursprünglich verfolgten weitergehenden Integration zu einem strategisch relevanten Block zwischen der EU und China (vgl. Satpajew, 2014: 11). Gleichwohl konnte Russland einen Teil seines Ziels der geopolitischen Machterweiterung und sicherheitspolitischen Stabilisierung in einigen Punkten der bisherigen Verträge verankern, so zum Beispiel eine Eingreiftruppe (KSOR), durch welche die Union militärisch an ihren Außengrenzen verteidigt werden soll. Sie soll eine Stabilisierung in Krisengebieten wie beispielsweise an der Grenze zu Afghanistan garantieren und die militärische Präsenz der USA in Zentralasien minimieren (vgl. Halbach, 2012: 222).

Eine weitere Folge der Ukraine- Krise für den Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion ist die unterschiedliche Interpretation der Austrittsklausel. So ist im Vertrag zwar die Möglichkeit des Austritts verankert, gleichzeitig wird aber ein solcher Schritt aus russischer Sicht aufgrund seiner politischen Relevanz faktisch nicht ohne Folgen bleiben, wie der Fall der Ukraine zeigt (vgl. Satpajew, 2014: 13). Eine Eintrittsklausel, das heißt welche Länder unter welchen Umständen aufgenommen werden, fehlt dagegen gänzlich. Dies führte in Bezug auf Kirgistan zu extrem langen Eintrittsverhandlungen, da Russland den Beitritt befürwortete, Astana aber aufgrund der Angst vor finanziellen Einbußen gegen eine Aufnahme stimmte (vgl. Kusmina, 2014:8).

Mittlerweile kam es zu einer Einigung und Kirgistan sowie Armenien haben den Vertrag in vollem Umfang unterschrieben. Armenien ist seit Anfang Januar Mitglied und für Kirgistan wird der Vertrag voraussichtlich ab Mai 2015 in Kraft treten (s.o.). Somit besteht die Eurasische Wirtschaftsunion bereits aus drei Gründungsmitgliedern und zwei neuen. Der Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion sieht neben der Vollmitgliedschaft die Möglichkeit der Bildung einer Freihandelszone mit ihr vor (vgl. Kusmina, 2014: 8). Die Türkei und im besonderen Vietnam, aber auch Indien haben ihr Interesse angekündigt. Mit Vietnam und in geringerem Umfang mit der Türkei gibt es bereits konkrete Verhandlungen über bilaterale Freihandelsabkommen. Von vietnamesischer Seite heißt es, dass man sich schon über einen Investitionsaustausch einigen konnte. Die Profite einer solchen Beziehung wären vor allem durch den Austausch von Know-how, Ressourcen und Investitionen wirtschaftlicher Natur. Aber auch die politischen Vorteile solcher Vereinbarungen sind nicht zu vernachlässigen. Putin könnte seinen Einfluss in der Welt steigern, die Türkei unter anderem auf ihren seit langem abgelehnten EU- Beitritt antworten und Vietnam sich aus der Klemme zwischen China, USA und ihren jeweiligen Partnern befreien (vgl. Kusmina, 2014:9f).

5 Geopolitik Russlands

Der Begriff der Geopolitik bedeutet nach allgemeinem westlichen Verständnis: „Politische Geographie, die Lehre von der Raumbezogenheit politischer Phänomene“ (Nohlen/Schultze, 2010: 304). Während der Begriff in dieser Definition im Westen und insbesondere im deutschsprachigen Raum aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit weitgehend gemieden wird, hat er in Russland—nicht zuletzt durch die Einbuße seiner imperialen Bedeutung in 1991—unverändert eine hohe und weiterreichende Bedeutung. In Russland unterliegt der Begriff inzwischen einem Wandel und wird mehrdeutig verwendet. Verstanden wird darunter im engeren Sinne die raumbezogene Politik des sogenannten „nahen Auslands“. Es werden darunter aber auch globale wirtschaftliche Aspekte wie Ressourcenverfügbarkeit und Fragen der allgemeinen Sicherheitspolitik subsumiert, die eine wichtige Rolle in der eigentlichen Geopolitik spielen. Zur Geopolitik in diesem weiter gefassten russischen Verständnis gehören also auch verschiedene andere Politikfelder, die sie mit ihren Strategien und Maßnahmen wesentlich mit beeinflussen (vgl. Malek, 2010: 25f).

In Russland ist das Thema Geopolitik somit Teil des politischen Alltags und im Übrigen durch den Glauben an ein „Russland als Weltmacht“ geprägt. Viele Ausschüsse und Berater sind auf diesem für Russland wichtigem Feld beschäftigt. Vor allem Putin hat Geopolitik wieder zu einem zentralen Anliegen gemacht. Reintegration im postsowjetischen Raum und Kooperationen—teilweise auch mit internationalen Organisationen und der EU—stehen bei ihm dabei im Vordergrund (s.o./s.u.).

Innerhalb dieser Forschungsarbeit soll es in Bezug auf diesen Begriff zum einen vor allem um die politische Positionierung in Regionen mit enger Beziehung gehen. Dieses Politikfeld kann der seitens Russlands verwendete Begriff des „nahen Auslands“ für die postsowjetischen Staaten zugeordnet werden. Zum anderen werden mit russischer Geopolitik aber inhärent auch die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes insgesamt sowie die außenwirtschaftlichen Beziehungen angesprochen, welche aufgrund des Ressourcenreichtums Russlands politisch regelmäßig als Druckmittel eingesetzt werden (s.o.). Interne nationale Herausforderungen und Gegebenheiten beeinflussen ebenfalls indirekt die russische Geopolitik und sind damit Teil dieser Forschungsarbeit.

Neben dem geopolitischen Selbstverständnis Russlands wird in diesem Zusammenhang auch auf die entsprechende Positionierung der anderen Mitglieder der Zollunion beziehungsweise die der Eurasischen Wirtschaftsunion eingegangen. Im Besonderen wird in einem

ausführlichen Exkurs die Beziehung Russlands und der Ukraine dargestellt, welche momentan durch erhebliche Konflikte gekennzeichnet ist.

5.1 Innerstaatliche Herausforderungen Russlands

Innerstaatliche Probleme haben wie bereits dargestellt auch maßgebliche Auswirkungen auf die Geopolitik eines Landes. So können lang- und kurzfristige innenpolitische Ziele unter anderem durch grenzüberschreitende bilaterale Verträge, Kooperationen und Integration erreicht werden. Daher ist es hier geboten, zunächst auf die strukturellen innerstaatlichen Herausforderungen der Russischen Föderation einzugehen.

5.1.1 Langfristige Ziele

Langfristig strebt Putin an, dass Russland wieder als ein relevanter Akteur in einer multipolaren Weltpolitik anerkannt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, hielt er zunächst die Etablierung wieder stabiler innenpolitischer Machtverhältnisse, die Festigung gesellschaftspolitischer Abläufe und die Stabilisierung des politischen Systems insgesamt für unabdingbar (vgl. Schulze, 2012: 52). In einem zweiten Schritt sind für Putin außenpolitisch Kooperationen und vor allem die Reintegration im postsowjetischen Raum wie zum Beispiel in Form einer Eurasischen Union von elementarer Bedeutung (s.o.). Für dieses Vorhaben wurden jedoch vorher grundlegende innenpolitische Reformen als notwendig erachtet. Dabei sollte allerdings beachtet werden, dass diese eine Abkehr von einem Hegemonialdenken beziehungsweise einer ausgeprägten Machtpolitik in Russland einschließen sollte, um Fortschritt durch Kooperation und Integration überhaupt zu ermöglichen (vgl. Erler, 2012: 28f, 61). Surkow, der ehemalige Chefstrategie¹ des Kremls, hält die Zukunft Russlands im internationalen Machtgefüge nur durch Modernisierung des Landes nach internationalen Standards für erreichbar. Für ihn sind drei Dimensionen der Modernisierung relevant: „die technologisch-innovative Erneuerung der Ökonomie, die Mobilisierung und Förderung von sozialen und aktiven Gesellschaftsgruppen als Motor der Erneuerung und die Stärkung demokratischer Institutionen“ (Schulze, 2012: 68f). Der russische Staat und vor allem seine Wirtschaft müssen sich demnach den etablierten Regeln im internationalen Machtgefüge unterwerfen, um mithalten zu können. Dies setzt die Öffnung des eigenen Landes sowie Kooperation und Integration mit Partnern und internationalen Akteuren voraus (vgl. Schulze, 2012: 71).

¹ Wladislaw Surkow war unter Putin bis 2013 stellvertretender Ministerpräsident und sogenannter „Chef-Strategie“ des Kremls (vgl. Heyden, 2013)

Langfristig sollen natürlich auch der gesellschaftliche Wohlstand gemehrt sowie kulturelle und sicherheitspolitische Stabilität durch Integration und Weiterentwicklung erreicht werden (vgl. Erler, 2012: 26). Im Folgenden werden hier eine Reihe von sozialen, wirtschaftlichen, ideologischen und geographischen Schwachstellen beziehungsweise Fakten aufgezeigt, welche durch Integration—im Positiven wie auch im Negativen—verändert werden können. Die einzelnen Herausforderungen können durchaus auch in verschiedene Richtungen weisen, was die Komplexität eines Staatesgebildes widerspiegelt.

5.1.2 Soziale Herausforderungen

Die sozialen innerstaatlichen Probleme in Russland sind besonders gravierend. Im Mittelpunkt stehen nach wie vor die schlechte wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung, die Altersarmut, demographische Probleme der Gesellschaft mit schrumpfender Einwohnerzahl und wenig leistungsfähigem Gesundheitssystem (vgl. Schulze, 2012:60). Diese Herausforderungen werden durch die Größe des Landes sowie die religiöse und ethnische Vielfalt weiter erschwert.

Wirtschaftlich gesehen ist nicht nur das niedrige Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ein Problem, sondern vor allem die riesige Kluft zwischen Arm und Reich. Der Gini-Koeffizient, welcher die Ungleichheit in der Gesellschaft misst, beträgt in Russland ca. 0,45 Punkte (null Punkte bedeuten völlige Gleichheit, ein Punkt maximale Ungleichheit). Im Vergleich liegen fast alle europäischen Länder unter 0,32 Punkten (vgl. Weltbank, 2015). Mittlerweile ist in Russland eine breite Armutsschicht nicht nur in ländlichen Gebieten entstanden, sondern auch innerhalb der städtischen Bevölkerung mit einem Anteil in der Größenordnung von 10 Prozent. Eine sehr hohe Kinderarmut—Anteil etwa 25 Prozent—wird auf die geringe Unterstützung für Familien durch den Staat zurückgeführt (vgl. Tichonova, 2011). Angesichts der demographischen Probleme scheint diese familienfeindliche Politik besonders kontraproduktiv. Insgesamt muss das Armutsproblem und die Verteilungsfrage in Russland dringend gelöst werden, um auf diese Weise langfristig eine stabile Mittelschicht aufzubauen. Ungeachtet dessen stufen sich in Russland nach einer Lewada- Umfrage aus dem Jahre 2008 rund 60 Prozent der Bevölkerung bereits als Angehörige der Mittelschicht ein. Dies ist zwar eine sehr subjektive Sicht, aufgrund des stetigen Anstiegs dieses Anteils scheint sich hier aber eine gewisse positive Entwicklung widerzuspiegeln. Eine stabile Mittelschicht gilt allgemein als Rückgrat eines souveränen und demokratischen Staates (vgl. Schulze, 2012: 79f).

Eine weitere innerstaatliche Herausforderung ist die schrumpfende Bevölkerung, was in Verbindung mit einer niedrigen—in Industriestaaten allerdings durchaus üblichen —

Geburtenrate langfristig zu einem Arbeitskräftemangel führt. Diese Situation kann, sofern nicht korrigierend eingegriffen wird, immense negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben. Eine geeignete Zuwanderungspolitik ist daher ein wichtiges Feld, um diesen Mangel zu beseitigen (vgl. Schröder, 2010: 373f). So ist durch Kooperation und Integration mit anderen Staaten unter anderem eine geregelte und gezielte Zuwanderung erreichbar.

Auch die Folgen des bisher noch maroden Gesundheitssystems, welches nach Putin eins der gravierendsten Probleme des modernen Russlands darstellt, könnte durch engere Zusammenarbeit mit anderen Staaten verbessert werden. Bisher zeigt die geringe durchschnittliche Lebenserwartung von etwa 70 Jahren keine signifikanten Veränderungen (vgl. Schröder, 2010: 375/Statista, 2015(b)). Ein dadurch bedingter Arbeitskräftemangel wäre durch Zuwanderung zu heilen.

All diese sozialen Herausforderungen müssen dringend angegangen werden. Will Russland dies ohne repressive Mittel erreichen, muss der Staat nicht nur die internationale Zusammenarbeit fördern, sondern im Übrigen auch auf nationaler Ebene die Mitwirkung einer aktiven Zivilgesellschaft und von nichtstaatlichen Organisationen zulassen.

5.1.3 Wirtschaftsentwicklung

Hinsichtlich der russischen Wirtschaft soll hier zunächst nur auf die nationale Situation eingegangen werden, während die externen Handelsbeziehungen vor allem mit den Ländern des „nahen Auslands“ in einem späteren Kapitel behandelt werden.

Im Mittelpunkt von Putins erster Amtszeit stand die Etablierung einer Marktwirtschaft. Hierzu gab es etliche Maßnahmen, wie etwa der Abbau administrativer Hemmnisse, die Kontrolle von Monopolen, die Reform des Bankwesens und Verbesserungen des Insolvenz- und Eigentumsrechts. Die Verstaatlichung von großen Konzernen und Banken widersprach allerdings gleichzeitig den Prinzipien einer Marktwirtschaft. Sie trugen aber auch zur Lösung der im Folgenden dargestellten Probleme bei. Die größten Herausforderungen, welche bis heute noch nicht behoben werden konnten, waren und sind in der russischen Wirtschaft Korruption, Arbeitslosigkeit und zu hohe Inflationsraten (vgl. Schulze, 2012: 62).

Die Korruption konnte Putin trotz seiner erklärten Absicht bisher nicht unter Kontrolle bringen. So stufte der „Corruption Perception Index“ Russland im Jahr 2001 mit einem Wert von 23 Punkten (100 Punkte bedeuten keine Korruption)² und zwölf Jahre später gerade einmal mit 28 Punkten ein. Dieser minimale Anstieg kann nicht als Erfolg gewertet werden.

² Zur Vergleichbarkeit von 10 auf 100 hoch gerechnet

Russland belegt hier immer noch einen der hinteren Plätze (vgl. Transparency International, 2001/2013). Der verbreitete Zweifel in die Rechtstaatlichkeit des Landes verstärkt dieses Problem.

Die Arbeitslosenrate in Russland ist zwar seit dem Jahr 2003 um 2,6 Prozentpunkte auf etwa 5,6 Prozent gesunken. Dies ist jedoch vor allem auf den wachsenden Arbeitskräftemangel aufgrund der demographischen Probleme der Gesellschaft und einer abnehmenden Zuwanderung aus den GUS- Ländern zurückzuführen (vgl. Statista, 2014(a)/ Gontmacher, 2010: 384f).

Die Inflationsrate ist ebenfalls im Vergleich zu 2003 um etwa sieben Prozentpunkte gesunken. Sie lag 2013 mit 6,6 Prozentpunkten (vgl. Statista, 2014 (b)) jedoch noch weit über dem Durchschnitt der Industriestaaten. Aktuell verursacht die Ukraine- Krise und die damit verbundenen Sanktionen sowie Währungsprobleme wieder einen deutlichen Anstieg der Inflationsrate. Eine hohe Inflationsrate bedeutet nicht nur ein steigendes Preisniveau für Russen und damit reale Kaufkraftverluste, was im schlimmsten Fall zu Hunger und Armut führen kann. Sie verursacht auch Unsicherheit bei ausländischen Investoren und im Warenverkehr mit anderen Ländern (s.u.). Der russische Rubel ist besonders abhängig vom Rohstoffhandel, insbesondere vom internationalen Ölpreis. Auf diesen sehr wichtigen Zusammenhang wird ebenfalls weiter unten genauer eingegangen.

Schlechte Prognosen werden aktuell auch für die Außenverschuldung und das BIP abgegeben. Die Staatsverschuldung ist momentan zwar noch unbedenklich, steigt jedoch bei fallendem Ölpreis stetig an. Auch das BIP wächst im Gegensatz zu Industrieländern viel zu schwach, um in der Weltwirtschaft mithalten zu können (vgl. AHK-Belarus, 2013: 4,16). Mit einem Wert von ca. 14.800 US- Dollar im Jahr 2013, also vor der Krise (vgl. Statista, 2015 (b)) beträgt das BIP pro Kopf gerade einmal ein Drittel von jenem in Deutschland oder Frankreich. Eine Ausnahme stellt der Finanzdienstleistungssektor mit einem ca. 14- prozentigen Wachstum dar. Dies ist aber nur eine Folge der Abhängigkeit Russlands vom wachsenden Öl- und Rohstoffexport und damit von anderen Ländern sowie des steten Kapitalabflusses aus Russland (vgl. Schulze, 2012: 59). Russische Ausfuhren bestehen zu über 65 Prozent aus Gas und Öl, das Staatsbudget finanziert sich sogar fast zur Hälfte aus diesen Einnahmen (vgl. Adomeit, 2012: 27).

Die extreme Abhängigkeit von Rohstoffen, eine schwach entwickelte Industrie, die erheblichen demographischen Probleme sowie ein wenig effizientes und korruptes Wirtschaftssystem mit wenig Vertrauen in den Rechtsstaat schwächen die geopolitische Position und damit die Attraktivität Russlands für andere Partner auf längere Sicht.

5.1.4 Ideologie und Demokratie

Eine weitere Voraussetzung für eine stabile Kooperation beziehungsweise Integration zweier oder mehrerer Staaten ist deren innere Stabilität. Im westlichen Verständnis wird innere Stabilität oft mit einer funktionierenden und stabilen Demokratie gleichgesetzt. Sie könnte aber auch als möglichst fest verankerte Ideologie mit einer aktiven Zivilgesellschaft interpretiert werden. Daher soll hier kurz auf das besondere russische System näher eingegangen werden.

Putin hatte im Jahr 2000 einen maroden und schwachen Staat übernommen, den er seither auf vielen Gebieten erfolgreich verändert hat. Wenn auch auf niedrigem Niveau wurde die Wirtschaft angekurbelt, das Durchschnittseinkommen und BIP gesteigert. Russland wurde in der internationalen Politik wieder handlungsfähig und als Akteur zumindest beachtet. Aber das System Putin hat auch seine Kehrseiten. Das Ziel Putins, mehr Macht für die Staatsführung zu etablieren, wurde unter anderem durch eine Entdemokratisierung sowie eine Zentralisierung der Staatsführung nach Moskau und auf die Person des Präsidenten erreicht. Das System in Russland wird mittlerweile zwischen dem eines autoritären Staates und einer Demokratie angesiedelt. Gemäß seinem nationalen Selbstverständnis sieht sich Russland allerdings als eine souveräne Demokratie. Bei allen Veränderungen in den letzten Jahren stützt sich Putins Macht auf die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung in Wahlergebnissen, die trotz vermuteter Fälschungen in Meinungsumfragen unabhängiger Institute bei ca. 60 Prozent gesehen werden (vgl. Stykow, 2010: 72f/ Spiegel- Online, 2012). Die in den letzten Jahren sich häufende Demonstrationen lassen zudem die langsame Entwicklung einer Zivilgesellschaft vermuten, auch wenn diese teilweise noch durch das in Russland traditionell mangelnde Vertrauen in den Rechtsstaat und Repressionen behindert wird. Vor allem die Existenz beziehungsweise Akzeptanz von Gewerkschaften und Verbänden würden in diesem Zusammenhang ein wichtiger Faktor für die zukünftige Entwicklung Russlands sein. Wenn unter Verzicht auf repressive Maßnahmen eine aktive Zivilgesellschaft zur Festigung des Staates beitragen soll, müssen Gewerkschaften und Verbände als Bindeglieder zwischen Staat und Bevölkerung akzeptiert und sogar gefördert werden (vgl. Schulze, 2012: 61).

5.1.5 Geographische Struktur

Russland hat aufgrund seiner enormen Größe und Struktur mit geographischen Herausforderungen zu kämpfen. Die unterschiedliche Verteilung wichtiger natürlicher Ressourcen (Erdgas und -öl sowie Gold und Diamanten) und die geringe Zahl von

Ballungsräumen (im wesentlichen Moskau und St. Petersburg) führt zu enormen Unterschieden im Land. Unterschiedliche Bedürfnisse, Lebenslagen und kulturelle Gegebenheiten erschweren vor diesem Hintergrund den Machterhalt in Moskau. Diese Herausforderungen werden durch die divergierenden strukturellen Gegebenheiten des Landes noch verstärkt.

Russland ist mit seiner Einwohneranzahl von rund 143 Millionen das neuntgrößte Land der Welt, nach der Fläche sogar das größte Land der Erde. Durch seine Landesgröße hat Russland fast mit jedem international relevanten Player eine gemeinsame Grenze. Allein dadurch ist die Föderation in einer heute globalisierten Welt dazu gezwungen, internationale Politik zu betreiben (vgl. Schröder, 2004: 3).

Das für den Lebensunterhalt benötigte monatliche Mindesteinkommen schwankt in Russland je nach Region zwischen rund 4400 und 12 000 Rubel. Die geringere Bevölkerungsdichte und die Ballung in einigen wenigen Städten haben zusätzlich eine komplizierte Infrastruktur und trotz aller modernen Technologien schwierige Kommunikationsverhältnisse zur Folge (vgl. Schulze, 2012: 60/Stadelbauer, 2010: 12f, 25). Dies alles zwingt Russland zu einer föderalen Ordnung. Zusätzlich führen die geographischen Verhältnisse zu einer enormen Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Auch der kulturelle Zusammenhalt ist schwierig. Die Gefahr von Abspaltungen entfernter Regionen ist eine ernste Sorge der russischen Staatsführung und des Parlaments (vgl. Stadelbauer, 2010: 27).

Russland hat des Weiteren—wie andere Länder auch—mit internationalen Umweltproblemen zu kämpfen. So scheint vor allem das für Russland enorm wichtige Pipelinesystem vom Klimawandel bedroht zu sein. Weiterhin erschwert der in Russland verbreitete Permafrost (auf ca. 60% des Landes) den landwirtschaftlichen Anbau und damit die Ernährung in den entsprechenden Gebieten (vgl. Stadelbauer, 2010: 21f). Russland ist daher auf Lebensmittelimporte angewiesen.

5.2 Beziehungen zum „nahen Ausland“

In Russland wird zwischen dem „nahen“ und „fernen“ Ausland unterschieden. Das „nahe Ausland“ hat dabei weniger mit der Entfernung zu tun. Es beschreibt vielmehr Länder, welche eine enge Beziehung zu Russland haben beziehungsweise in welche Russland direkter eingreifen kann (vgl. Ackeret, 2010: 9f). Dies sind die Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme von jenen, die sich der Europäischen Union angeschlossen haben. Von Relevanz sind die Länder Zentralasiens und im Kaukasus- Gebiet sowie in Europa Moldau, Belarus, und die Ukraine. Diese Länder sind teils bereits Mitglied der Eurasischen

Wirtschaftsunion oder werden als mögliche Mitgliedsländer einer späteren geplanten Eurasischen Union eingestuft (vgl. Malek, 2010: 32/s.u.). In diesen Regionen möchte Russland den Einfluss von Drittstaaten möglichst weitgehend ausschließen, um somit den eigenen Machtbereich und die Durchsetzung eigener Interessen im „nahen Ausland“ zu sichern (vgl. Malek, 2010: 35). Eine funktionierende Integration in diesem Gebiet ist aus Sicht von Russland das Nonplusultra seiner Machtansprüche und Interessen.

Obwohl ein integrativer Prozess sicherlich nicht auf Machtausübung und Zwang basieren sollte (s.o.), hat Russland schon jetzt einen enormen Einfluss in Form von wirtschaftlicher Abhängigkeit, militärischer Zusammenarbeit, Unterstützung von separatistischen russischen Minderheiten und prorussischen Eliten sowie über die Kirche in den genannten Ländern erreicht (vgl. Malek, 2010: 43). Im Folgenden werden die einzelnen Beziehungen zwischen Russland und den in diesem Zusammenhang relevanten Staaten der drei Großregionen genauer dargestellt.

5.2.1 Zentralasien

Unter Zentralasien wird eine Großregion im Hochland Asiens bezeichnet. Im engeren Sinne werden diesem Begriff die Länder Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan zugeordnet.

Wie schon innerhalb der verschiedenen Staatenbünde Russlands dargestellt, sind diese Länder vor allem aus sicherheitspolitischen Gründen einerseits von Russland abhängig und andererseits für Russland von erheblicher Bedeutung. Mit der weltweiten Bedrohung durch islamistische Gruppierungen wurde die Region ab 2000 in der globalen Politik aufgewertet sowie mit wachsender Knappheit von Rohstoffen auch wirtschaftlich interessant. Auch die Europäische Union und die USA entdeckten die Relevanz der bisher eher wenig beachteten Länder. Das angrenzende China hat nach wie vor ein großes Interesse an der insgesamt rohstoffreichen Region.

Für Russland wurde Zentralasien im Wettstreit um eine führende Position im politischen Weltgeschehen zu einem zentralen Punkt seiner Politik des „nahen Auslands“. Durch die zahlreichen multilateralen und bilateralen Verträge sicherte die russische Föderation den Staaten Zentralasiens Sicherheit und Bekämpfung von Drogen- und Waffenhandel zu (s.o.). Die Russen haben es auf diese Weise geschafft, die Länder an sich zu binden. Sie haben damit mittlerweile eine sehr viel höhere geostrategische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung für Russland erlangt (vgl. Schmitz, 2008: 5ff). Umgekehrt sind auch die zentralasiatischen Länder—allen voran Kasachstan—auf russisches Militär sowie Russland als Handelspartner angewiesen (vgl. Schmitz, 2008: 17). Die engen Verflechtungen zwischen

Russland und der zentralasiatischen Region mussten im Übrigen nur konserviert werden. Es bestehen aus Sowjetzeiten unverändert gegenseitige Abhängigkeiten in der Infrastruktur und im Handel. Es gibt ähnliche Ideologien, ein vergleichbares Staatsverständnis und in weiten Teilen verwandte Kulturen. Russisch ist inoffizielle Amtssprache (vgl. Schmitz, 2008: 6). Sowohl die Bevölkerungen Russlands, Usbekistan und Kasachstans als auch die Regierungen der Länder sehen sich nach Umfragen trotz aller gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten in einem freundschaftlichen Verhältnis zueinander (vgl. Fein, 2007: 6).

Sicherheitspolitisch ist Russland —aus taktischen Gründen—Unterstützer des nationalen Militärs. Seit dem Ende der Sowjetunion sind russische Soldaten in der zentralasiatischen Region aktiv (vgl. Schmitz, 2008: 8f). Nur Usbekistan gelang es, bis 2000 eine einigermaßen stabile und selbständige Armee aufzubauen. Kasachstan sowie die kleineren Staaten Tadschikistan und Kirgistan sind dagegen abhängig vom russischen Sicherheitssystem geblieben. Für sie war insofern die Kooperation der „Shanghaier Sechs“ von besonders hoher politischer Bedeutung (vgl. Halbach, 2000: 4f/s.o.).

Aufgrund der engen Verflechtungen von Staat und Markt—allen voran in der Energiebranche—hat auch im wirtschaftlichen Bereich die Politik des „nahen Auslands“ eine hohe Bedeutung. Nicht nur die zentralasiatischen Länder—als schwächere Glieder—sind abhängig von Russland, sondern auch vice versa. Russland ist langfristig angewiesen auf die enormen Öl- und Gasvorkommen in Usbekistan und Kasachstan, die nicht zuletzt Teil der alten Strukturen sind. Umgekehrt sind Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan vom russischen Pipelinennetz abhängig. Sie haben keine wesentlichen eigenen Vertriebswege aufgebaut. Der zentralasiatische Export wird größtenteils über Russland abgewickelt. Im Übrigen wächst nicht nur der zwischenstaatliche Handel mit Brennstoffen, sondern auch die Anzahl grenzübergreifender Joint-Venture- Unternehmen und russischer Investitionen in den betreffenden Ländern (vgl. Schmitz, 2008: 16f/ s.u.).

Die Bewahrung dieses Einflusses in der zentralasiatischen Region ist für Russland darüber hinaus aus verschiedenen taktischen und geostrategischen Gründen extrem wichtig. Russland fürchtet, dass China dort immer weiter an Einfluss im Energiesektor gewinnen könnte und es somit die Region als wichtigen Handelspartner verliert. Dies hätte für Russland nicht nur wirtschaftliche Nachteile, sondern würde auch die Verhandlungsposition der Zentralasiaten stärken (vgl. Schmitz, 2008: 25f). Russland sieht sich hier als eigentlich „verlorene Großmacht“ noch in einer Vormachtstellung, die sein internationales politisches Ansehen stärkt. Die NATO, EU und USA zeigen in diesem Gebiet bisher wenig Präsenz. Für die Zentralasiaten ist Russland generell ein angenehmer Partner, da die Russen sich nicht in

innenpolitische Angelegenheiten einzumischen pflegen und mit hohen Investitionen die einzelnen Länder unterstützen (vgl. Schmitz, 2008: 26; s.u.). Große Teile der Bevölkerung in Zentralasien sehen deshalb einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion positiv: so sind laut einer Umfrage 84 Prozent der Kasachen, 68 Prozent der Usbeken und 50 Prozent der Kirgisen für eine Beteiligung an der Union (vgl. EDB, 2014: 7).

Kasachstan ist als größtes zentralasiatisches Land bereits Gründungsmitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion. Mit seinen großen Bodenschätzen—vor allem Erdöl und Erdgas, Uran und Kohle—, einer dünnen Besiedlung und enormem innerstaatlichen Unterschieden ist das Land wichtigster zentralasiatischer Partner Russlands. Kasachstan entschied sich bereits kurz nach dem Ende der Sowjetunion nicht zuletzt aufgrund der langen Staatsgrenze mit Russland für eine enge militärische Zusammenarbeit beziehungsweise Unterstützung seitens Russland (vgl. Halbach, 2000:8f/Schmitz, 2008: 14), zumal der nördliche Teil des Landes durch eine europäische und russischsprechende Bevölkerung gekennzeichnet ist. Der südliche Teil ist durch eine mittelasiatische Kultur geprägt (vgl. Halbach, 2000: 9). Kasachstan ist in seinem Erdölsektor mit einer Produktion von ca. 65 Millionen Tonnen im Jahr, von denen ca. 55 Millionen exportiert werden, von Russland als Transitland abhängig. Die Kasachen sind zwar bemüht um eigene Transportwege, dies gestaltet sich aufgrund der infrastrukturellen Verflechtung mit Russland jedoch schwierig. Russland tut alles um den ausschließlichen Weg über seine Gebiete zu erhalten (vgl. Schmitz, 2008: 17ff). Für Putin ist zudem das große Uranvorkommen in Kasachstan mit 20 Prozent der weltweiten Ressourcen von hohem Interesse. So soll Uran beispielsweise gemeinsam an Drittstaaten vertrieben werden (vgl. Schmitz, 2008: 20). Der Export von Metallen und mineralischen Produkten unter anderem in die Hauptabnehmerländer China und Italien erfolgt dagegen direkt. Für Kasachstan ist Russland umgekehrt der mit Abstand wichtigste Beschaffungsmarkt (38,4 Prozent). Wichtige Importe sind Maschinen und Fahrzeuge, chemische Substanzen und Nahrungsmittel sowie lebende Tiere (vgl. Trade&Invest (Kasachstan), 2013: 10ff). Allgemein gilt Kasachstan mittlerweile sicherlich als das modernste Land unter den Zentralasiaten. Viele westliche Indizes, wie etwa der Gini-Index, Bildungsindex, Corruption Perception Index und Bertelsmann Transformationsindex weisen gleiche oder bessere Werte auf als die der anderen Länder der Region (vgl. Kreikemayer/Kropatcheva, 2006: 8ff; Trade&Invest (Kasachstan), 2013:1ff).

Usbekistan ist durch eine starke kulturelle Nähe (Amtssprache Russisch) zu Russland gekennzeichnet. Es hat aber als einziges Land im zentralasiatischen Raum keine gemeinsamen Grenzen mit den Großmächten der Region (China, Russland, Iran). Es gilt als am besten ausgebaut. Schon früh gelang es Usbekistan, ein eigenes Militär aufzubauen und eine stabile Infrastruktur einschließlich Kommunikationswege zu etablieren (vgl. Halbach, 2000: 12f). Wie schon oben innerhalb der Darstellung der Staatenbünde erkennbar, befinden sich die Usbeken in einem wechselnden Verhältnis zu Russland. Sie sind vor allem in den 1990er Jahren den verschiedenen Bündnissen fern geblieben (vgl. Schmitz, 2008: 9). Mit der Bedrohung durch den internationalen Terror und der Ansiedlung von islamistischen Gruppierungen im Ferghanatal kam es später wieder zu einer Annäherung auf Basis multilateraler Verträge, nicht zuletzt auch aufgrund zunehmender Kritik des Westens (vgl. Schmitz, 2008: 10). Die Beziehungen zur NATO und den USA wurden gleichwohl vor allem aus wirtschaftlichen Gründen durch die Erlaubnis zur Stationierung von Afghanistan-Truppen der USA und den damit verbundenen Einnahmen bis 2005 aufrechterhalten. Nach und nach orientierten sich auch usbekische Eliten wieder mehr in Richtung Russland (vgl. Apelt, 2008: 7ff). Mittlerweile ist Russland nicht nur im Erdgassektor der Usbeken vertreten, sondern auch mit Kapital in vielen anderen Unternehmen. Die Zahl von russisch-usbekischen Joint- Ventures ist steigend (vgl. Schmitz, 2008: 17). Die Hauptexportgüter Usbekistans sind Energieträger und Ölprodukte sowie Baumwolle und Dienstleistungen. Das Hauptabnehmerland und auch der Hauptlieferant insbesondere von Maschinen und chemischen Produkten ist Russland mit jeweils einem Anteil von ca. 26 Prozent (vgl. Trade&Invest (Usbekistan), 2014: 4). Die Annäherung an Russland, insbesondere die Zunahme des Handels über die bereits bestehenden Kanäle hat Usbekistan bis heute im Vergleich zu den Nachbarstaaten ein relativ hohes wirtschaftliches Wachstum beschert (vgl. Apelt, 2008:16; Trade&Invest (Usbekistan), 2014: 3). Sicherheitspolitisch hat russisches Militär seit 2007 auch wieder Zugriff auf Luftwaffenstützpunkte (vgl. Apelt, 2008: 8). Trotz allem ist Usbekistan sehr um seine Unabhängigkeit bemüht. Das nach wie vor ambivalente Verhältnis zeigt sich in einer ausgeprägten Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sicherheitspolitik und Wirtschaft einerseits und im klaren Bekenntnis zur usbekischen Souveränität andererseits. Durch die stete Suche nach weiteren politischen Partnern und Wirtschaftsgefährten will sich Usbekistan eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Russland sichern.

Die beiden kleineren Staaten Kirgistan und Tadschikistan gelten als die schwächsten Teile des zentralasiatischen Bereichs. Tadschikistan wurde kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch einen brutalen und lang andauernden Bürgerkrieg heimgesucht. Es hat seither Schwierigkeiten, eine klare und stabile politische Position zu finden. Große Teile der armen Bevölkerung sind mittlerweile durch den Iran geprägt und muslimisch. Gleichzeitig ist die Angst der russisch geprägten Staatsführung vor einer Islamisierung des Landes erheblich, so dass etliche Gesetze gegen die Verbreitung des muslimischen Glaubens von ihr durchgesetzt wurden (vgl. Hartmann, 2013:251ff). Die Orientierung der Regierung geht grundsätzlich in Richtung Russland, dennoch wurde in Tadschikistan noch keine Entscheidung über einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion getroffen. Die Eliten des Landes fürchten die Dynamik der nicht immer aufrichtigen Beziehung mit Kirgistan und Usbekistan. Ein Beitritt zu einer Eurasischen Wirtschaftsunion wäre aber für das Land aus wirtschaftlicher Sicht durchweg vorteilhaft: mehr Geld, höhere Arbeitslöhne, gesicherte Gesetze und Grenzen sowie ein größeres Exportvolumen werden für den kleinen zentralasiatischen Staat von Experten vorausgesagt (vgl. Kusmina, 2014: 7f).

Auch Kirgistan, das mittlerweile den Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion unterschrieben hat und im Mai 2015 Vollmitglied werden soll, hatte in den 1990er Jahren besonders große Schwierigkeiten. Viele Flüchtlinge aus Tadschikistan sind nach Kirgistan übergesiedelt, wobei das Land keineswegs militärisch, politisch oder wirtschaftlich gefestigt war (vgl. Halbach, 2000: 14f/ Kusmina, 2014: 7). Bis heute wird Kirgistan von brutalen Unruhen heimgesucht. Das Land ist bitter arm und verfügt kaum über eigene Rohstoffe. Für Russland ist Kirgistan ein zwiespältiger Partner: wirtschaftlich gesehen kann das Land keine Vorteile einbringen. Die ständigen politischen Unruhen und das Risiko illegaler Importe stellen für Russland und seine potentielle Union eine Gefahr dar (vgl. Hartmann, 2013: 250f). Die Lage des Landes ist für Russland aber aus sicherheitspolitischen Gründen interessant und würde seine Einflussphäre deutlich erweitern. Ob jedoch die gravierenden Probleme des kleinen Landes im Wege einer Kooperation gelöst werden können, bleibt fragwürdig. Für Kirgistan dagegen bringt ein Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion vor allem Vorteile. Neben Direktinvestitionen, welche für einen Beitritt beziehungsweise die notwendigen strukturellen Veränderungen—vor allem aufgrund der Angst vor einem Arbeitskräfteabzug—notwendig wären, erhofft sich das Land weitere Zugeständnisse in Bezug auf die russischen Öl- und Gaspreise. Kirgistan bezieht bereits rabattiertes Gas und Öl von Russland, um im Gegenzug die Schließung des US-Stützpunktes „Manas“ zu fordern (vgl. Kusmina, 2014: 7). Aufgrund der hohen Kosten eines Beitritts Kirgistans und der Befürchtung eines Anstiegs der

Kriminalität und Schmugglerwaren hatte sich Kasachstan lange gegen einen Beitritt gewährt. Da jedoch Russland die meisten Kosten übernommen hat, stimmte das Land einem Beitritt letztendlich zu (vgl. Kusmina, 2014: 8f).

Insgesamt sind die beiden Länder Kirgistan und Tadschikistan seit dem Ende der Sowjetunion militärisch und wirtschaftlich stark von Russland abhängig. Beide nehmen, ob freiwillig oder nicht, politische und vor allem militärische Hilfe in Form von Soldaten und finanzieller Unterstützung seitens Russlands in Anspruch. Sie gelten damit als sichere Mitglieder in einer potentiellen Eurasischen Union.

Das rohstoffreiche Land Turkmenistan stellt in diesem Kontext eine Ausnahme dar. Es hat sich als einziges Land der Region nach dem Ende der Sowjetunion der Neutralität verpflichtet und sich somit auch weitestgehend von politischen Bündnissen fern gehalten. Turkmenistan sieht sich aufgrund seiner geringen Einwohnerzahl und großen Ressourcen als Einzelgänger gut positioniert (vgl. Halbach, 2000: 14). Aus diesem Grund scheidet Turkmenistan vorerst als potentieller Partner einer Eurasischen Union aus.

Durch Kooperationen, Integration und Zusammenarbeit bezüglich der Bekämpfung von Drogen, einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, der Förderung des Handels sowie der Wasserversorgung etc. hätten eigentlich alle zentralasiatischen Länder große Verbesserungspotentiale. Vor allem aufgrund ihrer günstigen Lage zwischen Russland und China (vgl. Kunze/Vogel, 2011: 40) hat der Handel mit Russland für die zentralasiatischen Länder deutliche wirtschaftliche Vorteile, insbesondere nach allen Rückschlägen in den 1990er Jahren (keine Subventionen, Inflation, Machtkämpfe) aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion (vgl. Hartmann, 2013). Für Russland sind die Länder einer der wenigen verbliebenen verhältnismäßig gesicherten Einflussphären. Russland wird alles daran setzen, um seine Rolle in der Region zu erhalten. Die Bevölkerungen sind größtenteils der Russischen Föderation wohl gesinnt. Kultur sowie Sprache ähneln sich. Die geringe Bedrohung der eigenen Identität wird daher im Gegensatz zu China durch Russland nicht befürchtet. Hindernis einer engeren Zusammenarbeit ist sicherlich die Vormachtstellung, die Russland schon aufgrund seiner Größe hat. Durch engere Kooperationen mit China und einer allgemeinen Einbindung in internationale Staatenbünde könnte hier jedoch eine Art Verhandlungsgleichgewicht geschaffen werden.

5.2.2 Kaukasus- Region

Der Kaukasus bezeichnet eigentlich einen Gebirgszug in Eurasien, an welchem die Länder Russland, Georgien, Türkei, Aserbaidshan und Armenien liegen. Die Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidshan werden hier im engeren Sinne als Kaukasus- Region zusammengefasst. Sie sind für Russland aus geopolitischen Gründen ebenfalls von Interesse. Sie bilden die Brücke zur Türkei und den Iran. Wirtschaftliche oder ethnische Interessen bestehen auf russischer Seite weniger. Hier geht es vor allem um den Erhalt von Einflussphären und die Angst vor dem Vordringen der NATO und USA (vgl. Adomeit, 2011(a)).

Georgien hat trotz aller Abhängigkeit von russischem Öl und Gas sowie von Russland als Arbeitgeber kein gutes Verhältnis zu Putin. In den 2000er Jahren orientierte sich Georgien in Richtung NATO und EU, was der russischen Regierung missfiel. Es kam im Juli und August 2008 zu einer wiederholten kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien. Streitpunkt war die Region Südossetien, welche seit dem Ende der Sowjetunion ein Konfliktherd darstellt. Dennoch sind 53 Prozent der Bevölkerung Georgiens für einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion (vgl. EDB, 2014: 7).

Auch Aserbaidshan sieht sich nicht in einem engen Verhältnis zu Moskau. Die beiden Länder stehen sich eher neutral gegenüber. Aserbaidshan ist mittlerweile aufgrund seines großen Bevölkerungswachstums, einer klaren Politik sowie eigenen Öl- und Gasvorkommen relativ unabhängig von Russland geworden, was auch die nur 22- prozentige Zustimmung der Bevölkerung zum Vorgängermodell Zollunion verdeutlicht. Die Regierung in Baku stuft sich als euro-atlantisch ein und pflegt gute Beziehungen zur Türkei. Aufgrund des Berg-Karabach- Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidshan, in welchem Russland heute als friedlicher Vermittler auftritt, strebt das Land aktuell keinen NATO- Beitritt an (vgl. Adomeit, 2011 (a)).

Armenien ist dagegen historisch für Russland von höherem Interesse und umgekehrt. Das Land ist deshalb bereits 2013 der Zollunion beigetreten und gehört seit 2015 auch der Eurasischen Wirtschaftsunion an. Zweidrittel der Armenier befürworten laut Umfragen eine enge Bindung an Russland (vgl. Halbach/Smolnik, 2014: 2). Armenien ist nicht nur wirtschaftlich aufgrund der zahlreichen Investitionen und hoher Importe, sondern vor allem militärisch und politisch in hohem Ausmaß von Russland abhängig. Der Konflikt in Berg-

Karabach würde aufgrund der schwachen armenischen Armee ohne Russland für das knapp Vier- Millionen- Einwohner- Land mit hohen Verlusten enden. Die Möglichkeiten der Außenpolitik des kleinen Landes sind daher stark beschränkt. Armenier sind im Gegensatz zu anderen kaukasischen Völkern zudem russisch-orthodox geprägt und pflegen russisch als Amtssprache (vgl. Trade&Invest (Armenien), 2011: 1ff). Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist immens. Die Moskauer Regierung betreibt Atomkraftwerke, Pipelines, Wasserkraftwerke und das nationale Gasunternehmen des Landes. Russische Unternehmen besitzen größtenteils die Kommunikations- und Bahnnetze (vgl. Halbach/Smolnik, 2014: 2). Sicherheitspolitisch stellt Armenien einen wichtigen russischen Stützpunkt mit über 3000 stationierten Soldaten zur Verfügung (vgl. Adomeit, 2011(a)).

Während Armenien aufgrund der geographischen Lage, wirtschaftlichen Struktur, sicherheitspolitischen Bedeutung und Historie Russland nahesteht und ein wichtiger Partner ist, haben sich Georgien und Aserbaidschan weitestgehend von Russland entfernt und sind wirtschaftlich einigermaßen unabhängig.

5.2.3 Osteuropäische Partner

Die Länder in Osteuropa, welche noch als Verbündete Russlands angesehen werden können beziehungsweise aus russischer Sicht zum „nahen Ausland“ zählen, sind stark geschrumpft. Mittlerweile können hierunter nur noch Belarus als besonders enger Partner und Moldawien als zurzeit eher abtrünniges Land subsumiert werden.

Belarus ist wie Kasachstan von Anfang an Mitglied der Zollunion respektive der Eurasischen Wirtschaftsunion. Russland und Belarus haben eine 200- jährige gemeinsame Geschichte der Zusammengehörigkeit, welche erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete (vgl. Forbrig, 2011: 43). Mit den Wahlen 2010, welche von der OSZE als nicht frei eingestuft wurden, endete das Ringen um Einfluss in Belarus zwischen Russland und der Europäischen Union. Zwischen der EU und dem Staatschef Lukaschenko ist mittlerweile die zweite Eiszeit eingeleitet. Das Land hat sich inzwischen stark in Richtung Russland ausgerichtet (vgl. Mackow, 2011: 24ff). Die EU hatte in den 2000er Jahren mittels Unterstützung der Wirtschaft versucht, die Belarussen näher an sich und die von ihr proklamierte „Östliche Partnerschaft“ zu binden (s.o.). Nach den Wahlen 2010 kam es aber nicht zuletzt aufgrund von Interventionen Putins zum endgültigen Bruch mit der EU. Subventionszahlungen und Kredite seitens der EU wurden eingestellt (vgl. Forbrig, 2011: 42f). Im Westen wird Belarus seither als „letzte Diktatur Europas“ bezeichnet. Politikwissenschaftler definieren das Herrschaftssystem genauer als „posttotalitären Autoritarismus“ (vgl. Mackow, 2011: 23).

Dieser klare Bruch zwischen EU und Belarus ließ den Einfluss Russlands auf das 9,5 Millionen- Einwohner- Land seither wieder anwachsen (vgl. Forbrig, 2011: 42). Die Interessen Russlands sind wie bei den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken auch hier der Gewinn an Einfluss und damit eine Ausweitung der eigenen Machtposition im internationalen Gefüge. Des Weiteren ist Belarus aufgrund seiner geographischen Lage ein wichtiges Transitland für Russland im Handel mit Westeuropa. Viele der Pipelines zur Öl- und Gasausfuhr gehen durch das Land (vgl. Mackow, 2011: 24).

Allgemein ist Belarus ein Land, welches im letzten Jahrhundert viele Niederlagen einstecken musste. Im zweiten Weltkrieg starb ein Drittel der Bevölkerung, Stalin ließ so gut wie alle Eliten im Land ermorden. Der Atomschmutz aus der Katastrophe von Tschernobyl hat sich zu 70 Prozent über Belarus verteilt. Durch die Nähe zu Russland erhält Lukaschenko aber heute enorme Öl- und Gaspreismachlässe, allerdings mit entsprechenden Abhängigkeiten. Das sichert den Belarussen zumindest einen bescheidenden Wohlstand. So sieht die Bevölkerung in der autoritären Herrschaft Lukaschenkos das kleinere Übel und in der Beteiligung an einer Eurasischen Wirtschaftsunion mit einer Zustimmung von 68 Prozent klare wirtschaftliche und private Vorteile (vgl. Forbrig, 2011: 41ff).

Für Lukaschenko hat die Wirtschaftsunion vor allem wirtschaftliche Vorteile. Er erhofft sich weiterhin russische Subventionen und Direktinvestitionen im eigenen Land. Russland war schon vor der Zollunion Hauptabsatzmarkt belarussischer Exportgüter wie etwa von Nahrungsmitteln und chemischen Erzeugnissen (vgl. Forbrig, 2011: 43). Darüber hinaus ist auch Belarus wie die meisten Nachbarländer von russischen Öl- und Gaslieferungen abhängig. Fast der gesamte Verbrauch wird zu 90 Prozent von Russland gedeckt. Auch die chemische Industrie, welche das Staatseinkommen sichert, ist von den Öl- Lieferungen Russlands abhängig. Die durch Russland angebotenen Rabatte machen eine Partnerschaft besonders attraktiv. Die enormen Preisnachlässe seit 2012—Belarus zahlt mittlerweile die niedrigen nationalen russischen Öl- und Gaspreise—verdeutlichen, wie sehr Putin dieses wirtschaftliche Instrument politisch für seine Integrationsbestrebungen einsetzt (vgl. Adomeit, 2012: 43). Der Handelsaustausch zwischen den beiden Ländern wurde seit der Gründung der Zollunion um 25 Prozent gesteigert. Gas- und Öllieferungen werden jedoch erst sukzessive Gegenstand der Zollfreiheit. Russland hält somit weiterhin ein Druckmittel in der Hand (vgl. Adomeit, 2012: 45).

In dieser Situation spielt auch der Machtgewinn Lukaschenkos eine wesentliche Rolle. Da er wie auch die belarussische Bevölkerung in Russland ein hohes Ansehen genießt, würde für Lukaschenko eine funktionierende Union eine Aufwertung seiner eigenen Stellung bedeuten

(vgl. Mackow, 2011: 24). Ein weiterer Faktor, welcher Lukaschenko sicherlich entgegenkommt, ist die—im Gegensatz zur EU—grundlegende Haltung Russlands, sich nicht in nationale innerstaatliche Angelegenheiten einzumischen.

Zwei Punkte sind in diesem Beziehungsgeflecht besonders hervorzuheben: zum einen die mächtige Stellung Lukaschenkos, der sicherlich eine Sonderrolle in ganz Osteuropa einnimmt, zum anderen aber auch die Schaukelpolitik des belarussischen Präsidenten, sowohl die EU als auch Russland zeitweise an sich zu binden. Bis zum Dezember 2010 waren die Beziehungen zwischen der EU und Belarus auf einem aufsteigenden Ast. Das östliche Land erhielt Kredite und Subventionen durch die EU. Gleichzeitig wurde aber auch bereits Anfang 2010 die Zollunion mit Russland und Kasachstan unterschrieben, was eine eindeutige Annäherung in Richtung Osten bedeutete. Diese Politik der Zweigleisigkeit erinnert an das Verhalten der Ukraine als weiteres ehemaliges Land der Sowjetunion (s.u.).

Moldawien befindet sich ebenso wie die Ukraine in einem beträchtlichen Zwiespalt zwischen EU und Russland. Die Bevölkerung ist Umfragen zufolge zu etwa der Hälfte für eine Annäherung an die EU und plädiert zur anderen Hälfte für eine engere Bindung an die Eurasische Wirtschaftsunion beziehungsweise an Russland (vgl. EDB, 2014: 7). Hinzu kommt, dass es in Moldawien die seit den 1990er Jahren abtrünnige Region Transnistrien gibt, welche sich Russland anschließen möchte (vgl. NOI, 2013). Moldawien ist als besonders kleines, einwohnerarmes und zumindest nach BIP pro Kopf ärmstes Land Europas bekannt und wie viele andere ehemalige Sowjetländer extrem abhängig von Russland (vgl. Adomeit, 2011(b)). Nachdem die Wirtschaft des Kleinstaates mit dem Ende der Sowjetunion um 60 Prozent geschrumpft ist, kam es in breiten Bevölkerungskreisen bei wachsender Armut zu einer Re-Orientierung in Richtung Russland. Putin weiß seinen Einfluss in Moldawien zu schätzen und möchte die Westorientierung des Landes verhindern. Druckmittel gegen Moldawien gibt es zur Genüge. So ist Russland nicht nur Hauptabnehmer einer der wenigen Exportgüter, nämlich Wein, sondern auch 90- prozentiger Stromlieferant (vgl. Adomeit, 2011(b)). Weiterhin ist Transnistrien von russischen Soldaten besetzt. Bis heute gibt es keine Einigung über deren endgültigen Status und Verbleib in diesem Gebiet (vgl. Adomeit, 2011(b)).

Moldawien unterhält nicht nur enge wirtschaftliche Beziehungen zu Russland, sondern auch zu den Nachbarländern Ukraine und Rumänien. Die Amtssprachen sind unter anderem russisch und rumänisch (vgl. Trade&Invest (Moldau), 2014:3). Die Staatsführung Moldawiens versucht sich momentan in Richtung Westen zu orientieren. So hat das Land

2013 ein Abkommen über Gaslieferungen aus Rumänien unterschrieben und ein Assoziierungsabkommen mit der EU vereinbart. Russland hat daraufhin mit Einfuhrsperren von moldawischen Lebensmitteln reagiert mit entsprechend negativen Folgen für Moldawien. Die Landwirtschaft macht 12,2 Prozent des BIP aus und Russland ist dabei der größte Abnehmer. Mit dem Ukraine-Konflikt ist nun auch der kalte Konflikt in Transnistrien wieder ein akutes Thema. Die Region stellt nach den Ereignissen auf der Krim neuerlich Ansprüche auf einen Anschluss an Russland (vgl. NOV, 2014/ Trade&Invest (Moldau), 2014: 2). Im Kern ist Moldawien in vielen politischen und wirtschaftlichen Faktoren dem großen Nachbarland Ukraine sehr ähnlich. Es ist anzunehmen, dass Moldawien trotz der starken Abhängigkeit zu Russland eine Entscheidung ähnlich wie dort treffen wird. Das Land hat keine gemeinsame Grenze mit Russland und will durch die Orientierung in Richtung EU und Rumänien seine Unabhängigkeit stärken. Ein heißer Konflikt ist daher nicht zuletzt angesichts des ungelösten Problem Transnistriens in naher Zukunft nicht auszuschließen.

5.3 Exkurs: Ukraine-Krise und Russland

Die Ukraine ist seit dem Ende der Sowjetunion zwischen den beiden Polen Russland und Europäische Union positioniert. Die momentanen schweren Unruhen in dieser konfliktträchtigen Pufferzone verlangen im Rahmen dieser Forschungsarbeit eine genauere Analyse der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Die Ukraine ist schon aufgrund ihrer Größe ein besonders relevanter Partner sowohl für eine potentielle Eurasische Union als auch die Europäische Union (vgl. Movchan, 2001: 71). Zu hinterfragen ist insbesondere, ob und wie es einen multilateralen Weg für die Ukraine gibt, also langfristig ein paralleles Assoziierungsabkommen mit der EU und gleichzeitig einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Dies wäre zum Beispiel über ein Sondermodell im Sinne vergangener „3+1“- Überlegungen (Gründungsstaaten Zollunion + Ukraine) denkbar. Zu untersuchen wäre dann, welche der Alternativen welche Auswirkungen für die Ukraine sowie für Russland beziehungsweise die Eurasische Wirtschaftsunion haben.

Im Folgenden wird zunächst die politische Entwicklung in der Ukraine seit 1990 kurz erläutert. Viele der heute wichtigen Abkommen, welche zu Streitigkeiten führten, wurden bereits Ende der 1990er Jahre beziehungsweise Anfang der 2000er Jahre geschlossen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten zu Russland gelegt werden.

Postsowjetische Entwicklung der Ukraine bis zum Ausbruch der aktuellen Krise

Die Ukraine als zweitgrößtes Land der ehemaligen Sowjetunion hatte das größte wirtschaftliche und militärische Potenzial für einen eigenständigen Weg in die Unabhängigkeit. Sie repräsentierte etwa 40 Prozent der Industrie der ehemaligen Sowjetunion und besaß eine der mächtigsten Armeen. In den Außenbeziehungen viel es dem osteuropäischen Land jedoch besonders schwer, die Unabhängigkeit zu erreichen. Der Staat konnte sich erst relativ spät in den 1990er Jahren von seiner Sowjetvergangenheit frei machen. Eine eigene Verfassung trat erst 1996 in Kraft. Nicht zuletzt deswegen ist es der Ukraine nicht gelungen, seit dem Ende der Sowjetunion eine nachhaltige Stabilität zu erreichen. Bis heute muss sie als politisch labil eingestuft werden.

Verschiedenste Großmächte zeigten Interesse an dem ressourcenreichen Land (vgl. Movchan, 2001: 71f). Aufgrund seiner Größe (zweitgrößtes Land Europas), seiner Ressourcen (z.B. mit den sechsgroßten Ackerflächen der Welt) und als Transitland (geographischer Mittelpunkt Europas) ist die Ukraine von besonders hoher politischer, militärischer und wirtschaftlicher Bedeutung sowohl für Russland als auch die EU. Im russlandfreundlichen Osten des Landes lebt unverändert der größte Teil der insgesamt etwa 17-prozentigen russischen Minderheit, während der Westen des Landes sich mehrheitlich gen EU orientiert (vgl. Adomeit, 2012: 47). Die ersten zehn Jahre in der Unabhängigkeit waren durch die Entstehung eines Oligarchensystems, Korruption und Chaos geprägt (vgl. Kunze/Vogel, 2011: 38f). Das Amt des Präsidenten wurde immer autoritärer, es konnte weder eine Zivilgesellschaft noch eine echte Demokratie nach europäischem Muster etabliert werden. Die Oligarchen hatten ähnlich wie in Russland ein offiziell nicht legitimes Mitspracherecht in fast allen staatlichen Belangen und Entscheidungen (vgl. Ott, 2003: 224f).

Der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk (1991-1994), sah im Aufbau der Beziehungen zur westlichen Welt seine oberste Priorität. Russland wurde dabei zweitrangig und verstrickte sich in verschiedene Auseinandersetzungen mit der Ukraine von Erbschaftsstreitigkeiten bis hin zu Stützpunktdiskussionen. Die Beziehungen der beiden Länder verschlechterten sich zwischen 1991 bis 1994 kontinuierlich (vgl. Ott, 2003: 229). Der langjährige zweite Präsident war Leonid Kutschma (1994-2005). Er verfolgte eine geänderte politische Ausrichtung für die Ukraine. So kam es zu zaghaften Wiederannäherungen an Russland, jedoch ohne eine klare Präferenz für die eine oder andere Seite. Kutschma betrieb eine offen deklarierte mehrgleisige Außenpolitik. Er kooperierte abwechselnd mit dem Westen und mit Russland. Aufgrund der Bedeutung der Ukraine für

beide potentiellen Partner—Putin war dies im Gegensatz zu Jelzin schon zu Beginn seiner ersten Amtsperiode klar—konnte Kutschma die Balance zwischen West und Ost über Jahre hinweg halten. Auch die Oligarchen, welche ohnehin unter Kutschma große Macht besaßen, begrüßten die klaren wirtschaftlichen Vorteile dieser Schaukelpolitik für die Ukraine und sich selbst (vgl. Ott, 2003: 230f, 236).

Diese zweigleisige Ausrichtung, welche im Übrigen die heute problematische Situation begründete, spiegelt sich vor allem in dem sogenannten Kassettenskandal des Präsidenten im Jahre 2000 wieder: der damalige Präsident wurde bezichtigt, maßgeblich an der Ermordung eines Journalisten beteiligt gewesen zu sein. Dieser Vorfall wuchs zu einem weltweiten Skandal heran. Die westliche Welt empörte sich über den „undemokratischen“ und „medienfeindlichen“ Kutschma, legte ihm den Rücktritt nahe, unterstützte die Opposition und ließ die Beziehungen zur Ukraine abkühlen. Putin erkannte hier sofort seine Chance, sich Kutschma weiter anzunähern und unterstützte die Ukraine im Gegensatz zum Westen in jeglicher Hinsicht. Es kam zu verschiedenen symbolträchtigen Treffen, Beschlüssen und Abkommen zwischen den beiden Staaten (s.u.). Sogar die Personalpolitik beider Länder wurde gegenseitig angepasst und EU-freundliche Personen ausgetauscht wie zum Beispiel der spätere Präsident Juschtschenko gegen Anatoli Kinach. Diese Tendenz in Richtung Russland führte wiederum in der EU zu der Besorgnis, das östliche Nachbarland gänzlich als Partner zu verlieren. Die Folge war, dass der Westen aus Angst vor dem Verlust seines Einflusses die Augen vor dem autoritativen System der Ukraine verschloss. Die USA und auch die EU unterstützen das osteuropäische Land also weiter beziehungsweise wieder. Die Ukraine unter Kutschma konnte somit von beiden Partnern profitieren (vgl. Ott, 2003: 232f; 237).

Kutschmas Schaukelpolitik ist durch verschiedene Abkommen beziehungsweise bilaterale Verträge mit Russland einerseits und parallel der Akzeptanz von finanziellen und militärischen Hilfen seitens NATO, EU und USA sowie weitere Abkommen mit dem Westen andererseits gekennzeichnet. Die EU verfasste nach einem Gipfel in Wien sogar ein Papier zur zukünftigen Unterstützung der Ukraine bei Reformen und verband damit die Aussicht auf ein Freihandelsabkommen (vgl. Ott, 2003: 236f). 1997 kam es zu einem NATO-Ukraine-Vertrag, welcher dem Land ein besonderes Vertrauensverhältnis mit dem Militärbund einräumte und Übungen auf ihrem eigenen Gebiet zuließ. Auch mit der EU wurde 1999 ein generelles Abkommen über eine „Gemeinsame Strategie EU-Ukraine“ beschlossen, welches die Zusammenarbeit verstärken sollte. In den Folgejahren blieb es allerdings nur bei Verhandlungen über weitere konkrete Abkommen und Aktionen (vgl. Movchan, 2001: 73). Einer der ersten Verträge zwischen der Ukraine und Russland zur gleichen Zeit war 1997

jener über „Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“. Er trat 1999 in Kraft. In diesem wurde auch die Anerkennung der Souveränität beider Länder nochmals festgeschrieben. Im selben Jahr kam der besonders wichtige Vertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte bis zunächst 2017 auf der Halbinsel Krim zustande (vgl. Ott, 2003: 230ff). Zwei Jahre später, noch zu Zeiten des Kassettenskandals, wurde ein eher als symbolischer Akt beurteiltes Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Angleichung der Energiesysteme bis 2007 durch Putin und Kutschma unterschrieben. Wieder im selben Jahr wurde ein weiterer bedeutender Vertrag über den Gastransfer geschlossen. In diesem wurde die Ukraine als Transitland für russisches Gas nach Europa festgeschrieben unter Verzicht eigener Gasexporte an Drittstaaten. Im Gegenzug gewährte Russland dem Nachbarland einen Schuldenaufschub. Die Staatsschulden sollten innerhalb von zwölf Jahren beglichen werden, beginnend 2004 (vgl. Ott, 2003: 233, 235).

Die Vorteile dieser Strategie und Aktionen des ehemaligen Präsidenten im Verhältnis zu den beiden Großmächten lagen auf der Hand. Mit und durch die „Orangene Revolution“, welche während des Wahlkampfes 2004 stattfand, musste Kutschma dennoch sein Amt aufgeben. Die Revolutionäre forderten mehr Demokratie vor allem in Form freier Wahlen, Gewaltentrennung sowie unabhängige Medien. Die Orangene Revolution löste nicht nur einen Wechsel in der ukrainischen Politik aus, sie ließ auch eine Bürgergesellschaft entstehen und stellte eine neuerliche Kehrtwende in den Beziehungen zu Russland und der EU dar. Russland wurde auf einmal von der Mitgestaltung der Ukraine ausgeschlossen und reagierte im Übrigen aus Sorge vor Auswirkungen im eigenen Lande mit autoritäreren Einrichtungen. Der Westen dagegen öffnete sich gegenüber der Ukraine und unterstützte die aus der Revolution hervorgehenden Präsidentschaftskandidaten Timoschenko und Juschtschenko (vgl. Umland, 2009: 7). Juschtschenko (2005-2010) konnte sich daraufhin im Jahr 2005 in freien Wahlen mit einer 52prozentigen Mehrheit durchsetzen. Timoschenko wurde zunächst Ministerpräsidentin. Schon während der Revolution betonte Juschtschenko, er würde eine baldige Mitgliedschaft in der EU anstreben. Er unterzeichnete schon kurz nach seiner Ernennung einen „EU-Ukraine Aktionsplan“, der bereits in der Vergangenheit ausgehandelt worden war (s.o.). Dieser Plan enthält fünfzehn durch die EU auferlegte Reformen in unterschiedlichen Bereichen. Es wurden vor allem jene Themen behandelt, welche auch Mittelpunkt und Auslöser der „Orangen Revolution“ gewesen sind. In Aussicht gestellt wurden eine Freihandelszone, engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie später vereinfachte Visa-, Kredit- und Investitionsbedingungen. Auch die Personalien und die Rhetorik wurden gegen eine eindeutig Pro- westliche eingetauscht. Juschtschenko

verkündete zudem offen, er wolle der NATO beitreten (vgl. Schneider, 2005: 5ff).

Russlands anfängliche Sorge, der Machtgewinn Juschtschenkos würde eine enorme Verschlechterung seiner Beziehungen zur Ukraine mit sich bringen—Putin hatte aktiv im Wahlkampf 2005 Janukowytsch unterstützt—, bestätigte sich anfangs jedoch nur teilweise. Juschtschenko sicherte Putin den Verbleib der Schwarzmeerflotte auf der Krim zu und es wurde einvernehmlich über wirtschaftliche Themen diskutiert (vgl. Schneider, 2005: 8f).

Innerstaatlich konnte Juschtschenko jedoch keine großen Veränderungen in Richtung Demokratie durchsetzen. Die Bilanz seiner Amtszeit ist eher negativ. Schon im ersten Jahr hatten sich die beiden Führer der „Orangen Revolution“ zerstritten, so dass Timoschenko als Ministerpräsidentin bald ausgeschieden ist. Die gespaltene Meinung der ukrainischen Gesellschaft zur politischen Ausrichtung des Staates erschwerte das Regieren. Allen voran die „Partei der Regionen“ von Janukowytsch blockierte mit ihrem 48- prozentigen Anteil regelmäßig Beschlüsse im Parlament. Obwohl grundlegende Voraussetzungen einer Demokratie (freie Wahlen, Medienfreiheit und Zulassung von Opposition) mit Juschtschenko erhalten blieben beziehungsweise eingeführt wurden, führte sein Regime im Gesamtergebnis zu einer labilen und geschwächten Ukraine (vgl. Simon, 2009:2f). Die EU distanzierte sich trotz des ersehnten westlich gesinnten Präsidenten von ihrem in Aussicht gestellten Mitgliedschaftsangebot (vgl. Simon, 2009: 3).

Auch wirtschaftlich war die Bilanz negativ. Die Ukraine wurde auf der einen Seite besonders stark von der Wirtschaftskrise 2008 getroffen und zum anderen durch die Umstände der „Orangen Revolution“ wirtschaftlich geschwächt. Kurz vor den Wahlen 2010 erreichte der Amtsinhaber in Umfragen sogar nur noch fünf Prozent, während den Gegnern der „Orangen Revolution“ von unabhängigen Instituten ein klarer Sieg vorausgesagt wurde (vgl. Simon, 2009: 4). Ihr von Putin massiv unterstützter Präsidentschaftskandidat Janukowytsch gewann letztendlich in einer Stichwahl mit 49 Prozent gegen Timoschenko (45 Prozent). Auch er machte gleich zu Beginn seiner Amtsperiode in einem neuerlichen Richtungswechsel seine Meinung über die Rolle der Ukraine in der Welt deutlich. Er verlängerte mit Putin den Vertrag über die Stationierung der Flotte auf der Krim bis 2042. Am selben Tag einigten sich die größten russischen und ukrainischen Erdgasunternehmen auf einen dreißigprozentigen Preisnachlass für russisches Erdgas (vgl. Adomeit, 2012: 48). Trotz der endgültigen Absage an einen möglichen NATO- Beitritt wollte der prorussische Präsident den Westen allerdings nicht gänzlich als Partner verlieren. Er vollendete bis 2011 das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen, welches eine Freihandelszone und die Option eines EU-Beitritts vorsieht. Die endgültige Ratifizierung wurde jedoch seitens der EU von politischen

Veränderungen in der Ukraine abhängig gemacht. Nicht zuletzt aufgrund der nach europäischer Meinung mangelnden Reformbereitschaft der Ukraine wurde das Vertragswerk allerdings bisher nicht unterzeichnet (vgl. Adomeit, 2012: 48f/s.u.). Janukowytsch wurde stark dafür kritisiert Gesetze zu erlassen, welche unvereinbar mit dem westlichen Demokratie- und Rechtsstaatverständnis sind. Mit der Ukraine-Krise 2013/2014 wurde Janukowytsch durch das Parlament seines Amtes enthoben. Er suchte Anfang 2014 Asyl in Russland.

Ukraine- Krise

Als Janukowytsch verkündete, er würde das 2011 ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU definitiv so nicht unterschreiben, kam es im November 2013 in der Ukraine zu massiven Protesten. Sie lösten auf verschiedenen Ebenen die heutige Ukraine- Krise aus. Der anfängliche Widerstand war klar gegen Janukowytsch und auf eine Europäisierung des Landes ausgerichtet. Schon Ende November formierten sich gleichzeitig umgekehrt von Russland unterstützte Demonstrationen, welche für die damalige Regierung und gegen eine ausschließliche Hinwendung zur EU demonstrierten. Im Februar 2014 eskalierte die Lage auf dem Maidan Platz in Kiew erstmals, 77 Demonstranten starben. Im selben Monat floh Janukowytsch aus seinem Amt. Nachdem der deutsche, französische und polnische Außenminister es zwar schafften, die Parteien von Gewaltfreiheit zu überzeugen, jedoch keine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden konnte, was für Russland ausschlaggebend gewesen wäre, eskalierte die Lage weiter. Es wurde eine provisorische Regierung unter Olexandr Turtschynow gänzlich ohne Vertreter der russischstämmigen Ost- und Südukraine gebildet. Ein zweiter Punkt, durch welchen sich Russland und die russischstämmige Bevölkerung der Ostukraine bedroht fühlte, war der Versuch der Rücknahme des durch Janukowytsch 2012 erlassenen Sprachengesetzes³. Letztendlich wurde es durch den späteren Präsidenten der Ukraine, Poroschenko dann auch nicht unterzeichnet (vgl. Fischer, 2014: 2). Die Ankündigung durch Turtschynow Anfang März 2014, dass ein NATO- Beitritt erklärtes Ziel der Ukraine sei, verschärfte aber die Lage weiter (vgl. Halling/Stewart, 2014: 6). Unmittelbar nach diesen Vorkommnissen entschied sich Russland zu einem militärischen Vorgehen auf der Halbinsel Krim. Die Krim wurde nach einem umstrittenen Referendum als eigenständige Republik anerkannt und einen Tag später mit dem Marinestützpunkt Sewastopol in die Russische Föderation eingegliedert (vgl. Schröder, 2014: 5). Die Unruhen und spätere Okkupation der Krim müssen allerdings als ein gesonderter militärstrategischer Vorgang gesehen werden. Ein Großteil der Bevölkerung ist russisch —es gab schon

³ Das Sprachengesetz 2012 stärkte die russische Sprache in der Ukraine durch eine relative Autonomie der Regionen (vgl. Fischer, 2014: 2)

1991großen Widerstand der Einwohner der Krim gegen ihre Eingliederung in die Ukraine— und die Stationierung der Schwarzmeerflotte hat eine grundlegende sicherheitspolitische Relevanz für Russland. Im Gegensatz zur Ostukraine scheint diese Abspaltung deswegen auf ein allgemein breiteres Verständnis zu stoßen (vgl. Zofka, 2014:14/ Fischer, 2014: 3).

Der fortdauernde zentrale Ukraine- Konflikt ist weitaus komplexer als der Kampf um die Krim. Er hat vor allem geopolitische und wirtschaftspolitische Dimensionen. Seit Beginn wird durch die USA, EU, OSZE und Russland nach einer diplomatischen Lösung gesucht, bei der alle über die Zukunft der Ukraine mitentscheiden können. Bisher wurde allerdings neben einer inoffiziellen militärischen Unterstützung der nationalen Konfliktparteien sowohl seitens des Westens wie auch von Russland vor allem mit Handelssanktionen als Mittel der Auseinandersetzung operiert und wenig verhandelt. Die beschlossenen Sanktionen treffen die EU und vor allem Russland, da die Wirtschaftsverflechtungen mit über 330 Milliarden Euro Warenaustausch in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Mit der eindeutigen Wahl des neuen Präsidenten, des Oligarchen Poroschenko, am 25. Mai 2014 wurde die Hoffnung einer ersten Phase der Entspannung verbunden. Die Kämpfe zwischen Pro-Russland- Kräften und ukrainischen Truppen um die Ostukraine und allen voran die Bezirke Donezk und Lugansk haben dennoch kein Ende genommen.

Mit den Parlamentswahlen am 26.Oktober 2014 hat die Partei um den Oligarchen Poroschenko trotz guter Prognosen schon wieder eindeutig an Zustimmung verloren. Stark gewonnen hat die sogenannte „Volksfront“ mit dem radikaleren Spitzenkandidat Jazenjuk. Beide Parteien haben eine Koalition gebildet. Allgemein unterstützt der Wahlausgang einen Anschluss an die EU. Insgesamt 70 Prozent der Stimmen wurden für proeuropäische Parteien abgegeben, wobei Teile der Ostukraine die Parlamentswahlen in Kiew nicht anerkennen und am 2. November 2014 ihre eigene Wahl abgehalten haben (vgl. lpb, 2014).

Im Januar 2015 kam es nach dem im September 2014 vereinbarten Waffenstillstand wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und ukrainischem Militär. Der Gewaltausbruch in Donezk und Lugansk wird mit dem Ausfall des Astana Treffens begründet, welches einen neuerlichen Schritt in Richtung Friedenssicherung schaffen sollte. Es hätte im Januar 2015 stattfinden sollen (vgl. Konończuk/Wilk, 2015: 11). Im Februar 2015 wurde dann ein weiteres Treffen zwischen den Staatsoberhäuptern Russlands und Weißrusslands, Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Vertretern der abtrünnigen Regionen Lugansk und Donezk mit dem Ergebnis des „Minsk II“ Friedenabkommens abgehalten. Im Mittelpunkt von „Minsk II“ stehen eine sofortige Waffenruhe sowie die Ingangsetzung eines politischen Prozesses zur Realisierung einer neuen ukrainischen

Verfassung mit klarer Dezentralisierung. Die Waffenruhe wurde aber schon kurz nach dem Vertragsabschluss wieder gebrochen (vgl. Heller, 2015).

Allgemein wird hier deutlich, dass die Ukraine es massiv versäumt hat, in den letzten 20 Jahren eine durchgehend einheitliche Identität zu entwickeln. Nicht zuletzt ist dies der fortdauernden Polarisierung der ukrainischen Politik in Ost und West geschuldet (s.o.) in der Hoffnung, dadurch Stimmen zu gewinnen (vgl. Halling/Stewart, 2014: 5). Dies spiegeln auch aktuelle Umfragen zur Zukunft der Ukraine wider. Während in der gesamten Ukraine 2010 noch 50 Prozent für eine enge Zusammenarbeit mit Russland und nur 24 Prozent für einen Anschluss in Richtung EU stimmten, votieren heute nur noch 22 Prozent für Russland und 41 für die EU. 28 Prozent befürworten es, überhaupt kein Bündnis einzugehen. Ähnliche Ergebnisse spiegeln die Fragen zu einem Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Wirtschaftsunion wider. 2012 stimmten 57 Prozent für einen Beitritt und nur fünf Prozent dagegen, 2014 waren nur noch 31 Prozent dafür, während 50 Prozent dieses ablehnten. Im Osten des Landes fallen die Umfrageergebnisse typischerweise fast umgekehrt aus: so befürworten 47 Prozent der Einwohner des Südosten des Landes einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion und nur 25 Prozent einen Beitritt zur EU. In Lugansk und Donezk befürworten sogar über 65 Prozent der Bevölkerung einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion und nur zehn Prozent einen Beitritt zur EU (vgl. Internationale Kiewer Institut für Soziologie, 2014: 21; EDB, 2014: 7).

Das bis dato massive Vorgehen Putins zeigt, wie weit sich Russland durch den Ukraine-Konflikt im Inneren und Äußeren bedroht fühlt. Putin sieht in dieser Krise—gemäß Umfragen gestützt durch die russische Bevölkerung—sein gesamtes Herrschaftssystem und seinen Einfluss in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in Gefahr und in die Kontrolle der EU beziehungsweise NATO entgleiten.

Wirtschaft und Kultur

Allgemein ist die Wirtschaft der Ukraine eher Richtung Osten ausgerichtet. Russland ist beziehungsweise war mit Abstand der wichtigste Handelspartner. Das Nachbarland lieferte nicht nur 30 Prozent der ukrainischen Importe, sondern war auch mit 23 Prozent Hauptabnehmerland (vgl. Trade&Invest (Ukraine), 2014: 4). Die gesamte Wirtschaft der Ukraine ist von den rabattierten Gas- und Öllieferungen Russlands abhängig. Sie exportiert vor allem Eisenmetalle und Lebensmittel, während Maschinen, Gas und chemische Erzeugnisse importiert werden. Neben dem wichtigsten Handelspartner Russland haben China, Belarus und Kasachstan bedeutende Handelsbeziehungen mit der Ukraine. Unter den

europäischen Ländern spielt Deutschland als wirtschaftlicher Partner eine größere Rolle, jedoch vor allem als Lieferland (vgl. Trade&Invest (Ukraine), 2014: 3ff).

Durch den Bürgerkrieg in der Ukraine ist das Land de facto zahlungsunfähig geworden. Die schon vor der Krise wenig gefestigte Wirtschaft und die große wirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine von Russland haben zur Folge, dass mit der Krise die Importe und Exporte stark fallen, die Inflationsrate steigt und das BIP sowie insbesondere die Industrieproduktion stark rückläufig sind (vgl. Pleines, 2014). Nicht nur die Energieträgerproblematik bereitet der Ukraine Schwierigkeiten. Auch viele andere Branchen sind trotz aller ukrainischen Bemühungen von Russland abhängig und in Form von Produktionsketten mit der Föderation eng verflochten, so die Zuckerindustrie, die Weltraumforschung und der Flugzeugbau (vgl. Ott, 2003: 230). Eine wirkliche Abkehr der Ukraine von Russland ist des Weiteren aufgrund kultureller Faktoren bestenfalls nur sehr langfristig vorstellbar. Durch die gemeinsame Vergangenheit in der Sowjetunion ist vor allem in der Ostukraine Russisch im täglichen Gebrauch, wodurch russische Fernsehsender und Zeitungen dort großen Anklang finden (vgl. Adomeit, 2012: 47, 50).

Wie auch in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion spielen die ukrainischen Oligarchen eine maßgebliche Rolle in der Wirtschaft, Politik und Ausrichtung des Landes. Den meisten Oligarchen wie auch einem Großteil der Eliten kann unterstellt werden, dass sie gemäßigt national gesinnt sind und die Unabhängigkeit der Ukraine als höchstes Gut ansehen. Viele der Oligarchen sind jedoch in Branchen tätig, welche stark abhängig von Russland sind. Vor allem die wirtschaftliche Lage des „Donezker Klans“, welcher hauptsächlich in der Stahlindustrie tätig ist, steht und fällt mit den russischen Öl- und Gaspreisen. Die Oligarchen pflegen daher einen pragmatischen Umgang mit der Politik und befürworten jene Tendenzen, welche ihre Monopolstellung nicht gefährden. In vielen Fällen ist dies naturgemäß die Orientierung nach Russland (vgl. Ott, 2003: 225ff). Dieser pragmatische Ansatz gilt ebenfalls für einen Teil der politischen Klasse. So wechseln nach Wahlen Politiker der Opposition regelmäßig in die Regierungspartei wie zum Beispiel auch Anhänger von Janukowytsch im Februar 2014 (vgl. Segert, 2014: 5). Vor allem diese Volksvertreter haben in den letzten Jahrzehnten die Schaukelpolitik der Ukraine unterstützt und forciert in der Hoffnung, jeweils mehr Stimmen zu gewinnen und einen persönlichen Vorteil daraus zu ziehen (vgl. Halling/Stewart, 2014: 5).

Allgemein ist die Ukraine in elementaren Bereichen traditionell an Russland gebunden. Medien, Energiebranche, Rüstung, Industriehandel, Sprache, die Eliten und Geschichte verbinden das Land auf engste Weise mit Russland, wobei allerdings in der Krise eine

langsame Abkehr von diesen Abhängigkeiten zu verzeichnen ist und sich in Zukunft damit die Ausrichtung des Landes deutlich verändern wird. Die Entwicklung einer eigenen, ganzheitlichen und gefestigten ukrainischen Identität sowie wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Russland ist nicht zuletzt aufgrund der durch Eigeninteressen geprägten Einstellung der Eliten aber nur langfristig vorstellbar.

Mögliche Lösungsansätze der Krise

Für eine langfristige Lösung des Konflikts ist sicherlich erst einmal zu hinterfragen, ob ein Nebeneinander von EU mit seinen engen Beziehungen zu den USA einerseits und Russland andererseits in der Ukraine überhaupt möglich wäre beziehungsweise ob eine souveräne Ukraine als Ganzes bestehen bleiben kann und wird. Für die in ihren heutigen Grenzen bestehende und innerlich gespaltene Ukraine ist es wirtschaftlich und kulturell schwer vorstellbar, sich von der einen oder anderen Seite kurzfristig völlig zu entfernen. Für eine langfristige Lösung muss also geklärt werden, durch welche Maßnahmen der Staat als einheitliches Gebilde bestehen bleiben kann und unter welchen Umständen dabei ein Nebeneinander im Sinne einer allgemein anerkannten und fairen „zweigleisigen“ Politik—im Unterschied zu den Zeiten Kutschmas und Janukowytsh—funktionieren könnte. Vorerst sollen jedoch die aktuell verhandelten kurzfristigen Ansätze der Krisenbewältigung dargestellt werden.

Um kurzfristige Lösungen für eine gewaltfreie Auseinandersetzung zu finden und den Bürgerkrieg im Osten zu beenden, wurde im September unter Teilnahme der russischen und ukrainischen Regierungen das erste Minsker Abkommen vereinbart, welches dann aber nicht umgesetzt werden konnte. Nach Neuauflage der Verhandlungen in Minsk wurde es im Februar 2015 mit einem engeren Zeitplan erneut fixiert (s.o.). Es wurde bei diesem Treffen den ost-ukrainischen Separatisten zwar keine Abspaltung versprochen, aber ein gewisses Ausmaß an Souveränität zugestanden (vgl. Gebauer, 2015). Das zweite Minsker Abkommen sieht neben einem Waffenstillstand, der Überwachung der russischen Grenze durch die OSZE und der Freilassung Gefangener auch einen gewissen Grad an Dezentralisierung beziehungsweise stärkeren Föderalisierung der Ukraine vor und damit auch freie und anerkannte Lokalwahlen in Donezk und Lugansk. Das Abkommen wurde durch Vertreter der OSZE, Russlands, der Ukraine sowie lokaler Vertreter aus Lugansk und Donezk unterzeichnet (vgl. OSCE, 2014/ Heller, 2014).

„Die Ukraine ist ein zerrütteter Staat“ (Segert zit. nach Eisenreich, 2014). Zum einen ist dies innenpolitisch durch die populistische Öffentlichkeitsarbeit von Poroschenko in Richtung Westen und die oben dargestellte Einstellung der ukrainischen Eliten begründet. Zum anderen

war Russland sicherlich daran interessiert, den Konflikt auszuweiten und damit die Ukraine zu schwächen beziehungsweise eine Einschränkung ihrer Souveränität zu erreichen (vgl. Segert, 2014: 6), um ihre Eingliederung in eine Eurasische Union zu erleichtern. Aus dieser Situation ergeben sich klare Lösungsansätze, um die Einheit der Ukraine zu gewährleisten. Innenpolitisch sind ein radikales Umdenken der Eliten zwingend notwendig sowie eine Reform der Parteien, der Aufbau einer Zivilgesellschaft (vgl. Segert, 2014: 6; Halling/Stewart, 2014:1f) und identitätsstiftende Maßnahmen, um Vertrauen in der gesamten Bevölkerung aufzubauen. Dafür ist es außenpolitisch von hoher Bedeutung, dass sich das Land nicht mehr zwischen EU und Russland entscheiden muss. Beide müssten ihre konträren Positionen und Interessen gegenüber diesem Land zurücknehmen und eine souveräne Ukraine zulassen. Die ukrainischen Eliten sollten Entscheidungen treffen können, welche unabhängig von den unterschiedlichen Bindungen der Ukrainer zustande kommen und den Hauptgrund der Spaltung des Landes somit außen vor lassen (vgl. Halling/Stewart, 2014: 1f). Außenpolitisch könnte dies bedeuten, dass sich die Ukraine unter internationaler Aufsicht zum Beispiel der OSZE der Neutralität verpflichtet und somit bei den Machtkämpfen zwischen EU und Russland außen vor bleibt. Praktisch könnte dies ähnlich wie in Österreich 1955 gut funktionieren. Wechselnde außenpolitische Orientierung in beide Richtungen, also eine mehrgleisige Politik wie zum Beispiel unter Kutschma ist dagegen auf Dauer nur schwer vorstellbar beziehungsweise nur bis zu einem gewissen Grad möglich. Der gleichzeitige Freihandel mit zwei unterschiedlichen Systemen ist beispielsweise nur sehr schwer zu realisieren. Der Aufwand einer solchen Zweigleisigkeit würde möglicherweise den Nutzen übersteigen. Innenpolitisch dagegen sollte eine klare Dezentralisierung forciert werden. Ein föderales System, welches den abtrünnigen Regionen mehr Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten überlässt, könnte die Akzeptanz einer neuen Regierung fördern und ein Auseinanderfallen der Ukraine verhindern (vgl. Segert, 2014: 6).

Folgen für die Eurasische Union

Für Russland und die Idee der Eurasischen Wirtschaftsunion hat diese Krise immense Auswirkungen, wie es das Ausmaß der heutigen Eskalation der Ukraine- Krise bestätigt. Putin hat die Ukraine in seiner Union unter anderem als Transitland von elementarer Bedeutung eingestuft. Zum anderen hat die Krise durch den Alleingang der Krim- Annexion seitens Russlands das Vertrauen zwischen den drei Gründungsmitgliedern der Eurasischen Wirtschaftsunion indirekt beschädigt (vgl. Siwizkij, 2014: 16). Die Krim- Krise scheint zwar

vorerst überwunden und ist eindeutig ein Etappensieg Russlands. Die Mitgliedschaft der Ukraine als einheitlicher Staat in Putins Integrationsprojekt ist damit jedoch besonders unwahrscheinlich geworden. Die Ukraine kann technisch gesehen zwar mehrere Freihandelsabkommen abschließen, jedoch wären mit dem Beitritt zu einer Zoll- oder Wirtschaftsunion Handelsabkommen mit Drittstaaten hinfällig (vgl. Movchan, 2013). Daraus folgt im Falle einer einheitlichen Ukraine eine „Schwarz – Weiß-“ Entscheidung oder strikte Neutralität (s.o.). Fällt die Ukraine in einen östlichen und westlichen Teil auseinander, wären die getrennten Ausrichtungen der Länderpartiale dagegen eindeutig, wobei eine Anerkennung der Ostukraine seitens der UN und von anderen weltpolitischen Akteuren—kurzfristig jedenfalls—äußerst zweifelhaft ist.

Das Fehlen der vollständigen Ukraine in einer Eurasischen Union könnte im Übrigen zu einem schnellen Kompetenzverlust Russlands führen. Wahrscheinlicher ist deshalb eine „Jetzt-erst-recht-“ Haltung der Russen. Für letztere spricht neben dem allgemein eher aggressiven Verhalten Russlands die wieder stark steigende Unterstützung Putins im eigenen Land und eine wiederkehrende Auffassung der Bevölkerung—mittlerweile 82 Prozent—, dass Russland eine Weltmacht ist beziehungsweise wieder werden sollte (vgl. Halbach, 2014: 3f). Im Falle einer Teilung der Ukraine würde sich die Ostukraine sicherlich der eurasischen Wirtschaftsunion anschließen, was für diese viele Vorteile mit sich bringen würde, da große Teile der ukrainischen Industrie in der Ostukraine ansässig sind (vgl. Wipperfürth, 2012: 242f, 250). Vermutlich wäre dieser Weg für Russland gesichtswahrend akzeptabel. Für die eher wirtschaftlich schwache Westukraine wäre dies umgekehrt ein erheblicher Nachteil, dem durch Anschluss und Unterstützung der EU entgegengewirkt werden müsste.

Insgesamt wird sich Russland mit seiner Politik einer Eurasischen Union, zumindest kurzfristig, mehr in Richtung Asien, China und daher ohnehin schwerpunktmäßig auf seine asiatischen Partnerschaften ausrichten. Diese Entwicklung in Richtung China befürchtet die EU im Übrigen schon seit mehreren Jahren (vgl. Wipperfürth, 2012: 242f, 250).

5.4 Außenhandel und internationale Finanzwirtschaft

Aus wirtschaftlicher Sicht sind die integrativen Bestrebungen Russlands grundsätzlich sehr begrüßenswert und förderlich für den Wohlstand aller Beteiligten. In einer zunehmend globalisierten Welt kann die Föderation im Spiel der Mächte aber nur mithalten, wenn sie enge Bündnisse mit ihren Nachbarstaaten eingeht.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage der russischen Föderation hat sich seit Machtübernahme Putins aufgrund steigender Öl- und Gaspreise verbessert (vgl. Sutela, 2010: 307), leidet aber

seit der Ukraine- Krise. Zwar wies Russland in der letzten Dekade eine relativ ausgeglichene Außenhandelsquote (Anteil der Im- und Exporte am gesamten BIP) aus, diese basiert jedoch ausschließlich auf den hohen Exporten von Energierohstoffen, was in einem großen Land auf Dauer zu Problemen führen kann. Die Branche schafft kaum Arbeitsplätze und macht Russland viel zu abhängig von internationalen Preisänderungen. Dieses Risiko ist aktuell eingetreten: drastisch sinkende Ölpreise in Kombination mit Sanktionen des Westens bringen die gesamte russische Wirtschaft ins Schwanken und lösten bereits 2014 erste Anzeichen einer Rezession aus, auch wenn diese mit sicherlich wieder steigenden Ölpreisen nicht von Dauer sein wird (vgl. Trade&Invest (Russland), 2014: 2). Die Exportquote war bisher mit ca. 25 Prozent des BIP vergleichbar der vieler anderer Industriestaaten, jedoch auch hier einseitig abhängig vom Ölpreis, was sich momentan in einer sinkenden Exportquote widerspiegelt. Der russische Markt selbst kann als offen bezeichnet werden, ist aber aktuell durch die Sanktionen beeinträchtigt (vgl. Trade&Invest (Russland), 2014: 3).

Durch die zahlreichen Vorkommen natürlicher Ressourcen sind die Exporte Russlands generell höher als die Importe. Normalerweise kommt es daher zu Außenhandelsüberschüssen, die beispielsweise im Jahr 2013 208,6 Milliarden US- Dollar betrugen (vgl. Trade&Invest (Russland), 2013: 3). Insgesamt zählt Russland damit zu den zehn größten Exportländern der Welt.

Zu den am meisten importierten und somit benötigten Gütern gehören Maschinen (16,2%), Chemische Erzeugnisse (11,7%), Nahrungsmittel (10,2%), Elektronik und Elektrotechnik. Exportiert werden dagegen, wie oben schon erwähnt, vor allem Energieträger (Öl mit 54% und Gas mit 13%), aber auch chemische Erzeugnisse (4,7%), Eisen, Stahl und NE-Metalle (vgl. Trade&Invest (Russland), 2013:3f). Auffällig ist die mit rund 10 Prozent hohe Quote der importierten Lebensmittel (zum Vergleich Deutschland 5% und USA unter 3% der gesamten Importe) (vgl. Trade&Invest (Russland), 2013:4). Beide Aspekte sprechen abermals für eine hohe Abhängigkeit von anderen Ländern und vom Weltmarkt. Daraus erklärt sich auch die heutige brisante wirtschaftliche Lage Russlands.

Russlands Hauptlieferländer sind China (15,4%), Deutschland (9,4%) und die Ukraine (5,5%). Belarus (3,6%) steht dagegen erst auf Platz sechs der Importpartner und Kasachstan sogar noch weiter hinten mit ca. 2,4 Prozent. Die wichtigsten Exportländer Russlands sind die Niederlande (14,4%) auf Platz eins, gefolgt von China (6,4%), Italien (5,3%) und Deutschland (4,5%). Belarus ist das fünftgrößte Abnehmerland (4,0%) und Kasachstan taucht auch hier erst weiter hinten auf (2,7%). Armenien und Kirgistan spielen für den russischen Handel eine untergeordnete Rolle (vgl. Trade&Invest (Russland), 2013: 4).

Während die Mitglieder der Zollunion aus russischer Sicht wirtschaftlich insgesamt nicht besonders ins Gewicht fallen, ist umgekehrt der Handel mit Russland für diese umso wichtiger. Für Belarus ist Russland der entscheidende Handelspartner mit 52,4 Prozent der Importe und 44,2 Prozent der Exporte. Für Kasachstan haben die Handelsbeziehungen mit der Föderation ebenfalls eine große Bedeutung. 38,4 Prozent der Importe stammen aus Russland und 7,3 Prozent der Exporte gehen nach Russland. Auch in Bezug auf Kirgistan und Armenien spielt eher Russland eine ausschlaggebende Rolle für die Wirtschaft der beiden Länder als umgekehrt (vgl. Trade&Invest (Russland), 2013:4).

Der Handel zwischen den potentiellen russischen Partnerstaaten einer Eurasischen Union wie beispielsweise zwischen Belarus und Kasachstan hat in den meisten Fällen keine besondere Bedeutung. Das Handelsvolumen ist insgesamt marginal (vgl. Adomeit, 2012: 37). Kirgistan ist allerdings eine Ausnahme. Neben Russland ist hier Kasachstan einer der wichtigsten Handelspartner im Export (24%) und Import (10%) (vgl. Trade&Invest (Russland), 2014: 4). Die Ukraine hatte bisher— im Bereich des Außenhandels kommt es hier momentan zu großen Veränderungen—für alle Länder der Eurasischen Union außer Armenien eine große Bedeutung, vor allem auch für Belarus (vgl. Trade&Invest (Russland), 2014: 3f). Ob eine Eurasische Union den Außenhandel konkret ankurbeln würde, wird im kommenden Kapitel näher diskutiert.

In Bezug auf grenzüberschreitende wirtschaftliche Beziehungen ist im Allgemeinen die Europäische Union der wichtigste Handelspartner Russlands. Zwischen beiden herrscht eine große gegenseitige Abhängigkeit: die meisten Exporte Russlands gehen nach Europa, wobei die EU auf russische Öl- und Gasimporte angewiesen ist (vgl. Schröder, 2004: 4).

Während Russland im Waren- und Dienstleistungsverkehr aufgrund reichlicher Ressourcen einen relativ regen Handel mit anderen Ländern betrieben hat, ist der Bereich der Finanzwirtschaft wenig ausgeprägt. Die Föderation galt auch schon vor der Ukraine-Krise nicht gerade als ein zuverlässiges Land für Direktinvestitionen. So wurden im Jahr 2012 gerade einmal Direktinvestitionen aus dem Ausland von 18,6 Mrd. US- Dollar verzeichnet. Dies entspricht einem Fünftel derer in den USA. Hinzu kommt, dass in letzter Zeit ein Großteil der Finanztransaktionen Rückführungen von russischem Geld von Zypern und den Virgin Islands betreffen und die beiden Länder damit fälschlicherweise als größte Investoren ausgewiesen werden. Echte Investoren sind beziehungsweise waren vor allem die Niederlande und Deutschland (vgl. Trade & Invest (Russland), 2013: 3). Insgesamt kann festgestellt werden, dass diese Indexwerte zum einen fehlendes Vertrauen anderer Länder widerspiegeln,

aber auch in starkem Maße ein Anzeichen für den geringen Grad der Modernisierung des Finanz- und Industriesektors sind. In diesem Bereich hat Russland eindeutig aufzuholen, auch wenn die Finanzwirtschaft vor der Ukraine-Krise bereits als ein im privaten und öffentlichen Bereich wachsender Markt eingeschätzt wurde, der auch ausländische Investoren immer mehr anzog (vgl. Sutela, 2013: 309).

Vom starken Fall des Rubels und den Sanktionen gegen Russland seit dem Jahr 2014 sind nicht nur der russische Im- und Export beziehungsweise ganze Wirtschaftssegmente betroffen, sondern auch die Direktinvestitionen in vielen der ehemaligen Sowjetstaaten. Die Gelder aus Russland in Form von Staatshilfen, privaten Rücküberweisungen und Direktinvestitionen sind vor allem für Belarus, Armenien, Moldau und Tadschikistan überlebenswichtig. Aber auch Usbekistan und Kasachstan leiden unter der aktuellen Krise. Die momentane russische Wirtschaftskrise scheint jedoch kaum Auswirkungen auf Turkmenistan und Aserbaidschan zu haben (vgl. Libman, 2015: 2f). Insgesamt spiegeln die Konsequenzen der momentanen Krise für die jeweiligen Länder eindeutig das Ausmaß der Verflechtungen wider.

Die russische Außenwirtschaft und ihr Finanzwesen waren, solange eben die Öl- und Gaspreise einigermaßen hoch blieben, lange stabil. Die schon immer relativ geringen Investitionen in den Industriesektor, die auf mangelndes Vertrauen zurückgeführt werden können, sind zumindest von westlicher Seite durch die Krise weiter zurückgegangen. Dies belegt einmal mehr die Notwendigkeit der Integration mit dem „nahen Ausland“ und einer engeren Kooperation mit China. Vertrauen und Sicherheit würden durch eine stabile Integration mit den Nachbarländern gefördert werden. Zwar können aus Kasachstan, Armenien, Kirgistan und Belarus, den bisherigen Mitgliedern der Eurasischen Wirtschaftsunion, unmittelbar keine großen Investitionssummen erwartet werden, aber wohl eine Stärkung des Ansehens der russischen Wirtschaft, wodurch sich in Zukunft mehr Investitionen aus China und Indien erhofft werden. Werden in einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehr Direktinvestitionen getätigt, ist dies möglicherweise auch mit Innovationen verbunden und damit einhergehend Wachstum und Modernisierung, was Russland dringend benötigt. Ein Anfang sind zumindest die zahlreichen Joint Ventures mit Kasachstan und Usbekistan.

5.5 Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Sicherheitspolitik in Bezug auf das „nahe Ausland“ im Besonderen haben in Russland einen hohen Stellenwert (vgl. Malek, 2010: 21).

Zur Theorie des „nahen Auslands“ gehört auch Russlands Strategie der „inneren“ und „äußeren“ Grenzen. So sollten die „inneren“ Grenzen, also innerhalb der GUS, möglichst durchlässig gestaltet sein und die „äußeren“ Grenzen zu Drittstaaten möglichst durch russische Truppen bewacht werden. Dies geht aus einem grundlegenden Erlass Ende der 1990er Jahre noch zu Zeiten Jelzins hervor. An den meisten „äußeren“ Grenzen mussten die Russen Rückschläge verzeichnen. Die einzige von ihnen kontrollierte „äußere“ Grenze ist mittlerweile jene Armeniens. Jedoch werden viele zentralasiatische Grenzen durch russisches Militär unterstützend gesichert sowie beraten (s.o.) und es gibt nach wie vor ein einheitliches Luftwaffenabwehrsystem für diese Länder (vgl. Malek, 2010: 28f, 37).

Das Ziel einer russischen Kontrolle der sogenannten „äußeren“ Grenzen hat unter Putin noch an Bedeutung gewonnen. Er unterstützt den Erlass der kontrollierten Grenzen im GUS- Raum und fordert eine gemeinsame Sicherheitspolitik der Mitglieder einer potentiellen Eurasischen Union. Durch die Überlegenheit Russlands in fast allen Bereichen im Verhältnis zu den übrigen GUS- Mitgliedern kann das Land zwar diese enormen sicherheitspolitischen Maßnahmen fordern, sie erschweren jedoch eine einvernehmliche Integration der Staaten (vgl. Malek, 2010: 30).

Spätestens seit Medwedew ist Russland auch bei der friedlichen Beilegung der zahlreichen kalten Konflikte innerhalb der Nachbarstaaten engagiert. In diesem Sinne und unter der Überschrift einer Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist Russland analog den USA auf gutem Wege, sicherheitspolitische Allianzen, welche in einem Krisenfall enorm wichtig wären, zu schließen. In diesem Zusammenhang wird die mobile Einsatztruppe „KSOR“ der OVKS beziehungsweise Eurasischen Wirtschaftsunion als großer Erfolg gewertet (s.o.).

Durch diese Form der Bündnisse können russische Auslandseinsätze legitimiert und der eigene Einfluss erhalten werden. Häufig kritisiert wird allerdings die fehlende Neutralität der russischen Friedenstruppen im „nahen Ausland“. Neben den beiden oben genannten Gründen für die Bildung eines sicherheitspolitischen Raumes mit und um Russland ist es das Ziel dieser Strategie, die USA und die NATO möglichst aus den eigenen Einflussphären herauszuhalten. Dieses Ziel hat in Russland oberste Priorität, seit die eigene Machtposition in der Welt als gefährdet angesehen wird (vgl. Meister, 2011).

Um eine tatsächliche Ordnungsmacht im eurasischen Raum zu werden beziehungsweise funktionierende sicherheitspolitische Bündnisse aufzubauen, müssen Russlands Einsätze mit weniger Gewalt erfolgen. Sie sollten deshalb günstigenfalls mit Rückendeckung der UN durchgeführt werden. Auf diese Weise könnte Russland langfristig auf sicherheitspolitische Verbündete in den Nachbarregionen zählen. In den bisherigen Konfliktsituationen werden die

Machtansprüche überdeutlich, aber gleichzeitig auch der Druck, in einem internationalen Gefüge Kooperationen einzugehen, um eine führende Stellung aufrecht zu erhalten.

5.6 Außenpolitik

Die Beziehungen Russlands zu den großen politischen Akteuren der Welt zeigen die Notwendigkeit, aus russischer Sicht im postsowjetischen Raum integrative Prozesse voranzubringen. Russland möchte sich als einflussreicher und mitgestaltender internationaler Player positionieren. Man stellt sich mittel- und langfristig ein multilaterales Mächtesystem in der Welt mit Russland als wichtigem Akteur vor (vgl. Meier, 2003: 54/ Sieg, 2012: 171). Dafür benötigt das Land unbestrittene Einflussphären im postsowjetischen Raum, um machtpolitisch mithalten zu können und von den anderen großen Akteuren USA, NATO, China und EU als relevante Macht akzeptiert zu werden. Zwar genießt Russland als ständiges Mitglied des UN- Sicherheitsrats mit Vetorecht unverändert einen Sonderstatus in der internationalen Politik, ist jedoch seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ziemlich isoliert. Das Land agiert dort nicht im Rahmen von Allianzen, was zum einen ein Novum darstellt und zum anderen Russland stark angekreidet wird. Für eine aktive Rolle in der Weltpolitik werden verschiedene Kriterien wie eine beachtliche Größe—was auf Russland zutrifft—, wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt, militärische Sicherheit und politisches Durchsetzungsvermögen vorausgesetzt (vgl. Schröder, 2004: 3). Die Akzeptanz seitens der großen anderen Akteure ist zusätzlich wichtig. Aufgrund seiner Demokratiedefizite ist diese im Falle Russlands nicht ausgeprägt (vgl. Malek, 2010: 19).

Seit Putin verfolgt Russland eine gesplittete Strategie in der Außenpolitik zu den genannten Akteuren. Auf der einen Seite will Russland Teil der allgemeinen Modernisierungsprozesse sein, in die internationale Finanzwirtschaft einbezogen werden, als wirtschaftlich relevanter Partner gelten und somit auch Einfluss auf internationale Gremien nehmen. Erfolge der russischen Außenpolitik sind in diesem Zusammenhang der Beitritt zur G8 im Jahr 2000 sowie nach fast zwanzigjährigen Verhandlungen der Beitritt zur WTO im Jahr 2012. Die Mitgliedschaften in der OECD und in der G8 wurden allerdings aufgrund der aktuellen Lage in der Ukraine vorerst auf Eis gelegt (vgl. Ipb, 2014). Auf der anderen Seite fühlt sich die Russische Föderation durch die in den 1990er Jahren betriebene und immer wieder in Frage gestellte Ost- Erweiterung der NATO bedroht (vgl. Meier, 2003: 56). Dies wird vor allem in der aktuellen Ukraine- Krise mehr als deutlich und führt in der dritten Amtszeit Putins, welche im Englischen mit dem Trendbegriff der „De- Westernization“ bezeichnet wird, zu wachsender Isolation. Russland will mit und durch die Eurasische Union in Bezug auf Werte,

Ideologie und Tradition unabhängig vom „Westen“ werden beziehungsweise bleiben (vgl. Halbach, 2015: 2f).

5.6.1 NATO

Das Gefühl der Bedrohung durch die NATO und die von Grund auf negative Einstellung gegenüber diesem Bündnis besteht bereits seit dem Ende der Sowjetunion. Mit der Aufkündigung des Warschauer Paktes, hat sie aus Sicht Russlands an Legitimation verloren. Hinzu kommt, dass sich viele der allianzlosen Oststaaten zum Ziel gesetzt haben, sich durch eine NATO- Aufnahme endgültig von Russland loszulösen. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die Kosovo- Krise, in welcher jegliche Form der Zusammenarbeit scheiterte (vgl. Joetze, 2003: 480, 489/ Erler, 2012: 18, 19). Durch die Aufnahme postsowjetischer Staaten in die NATO sieht Russland seine Sicherheit bedroht. Eine Stationierung von Militärstützpunkten nur 100 Kilometer vor St. Petersburg wie im Baltikum wertet Russland als massive Einschränkung (vgl. Joetze, 2003: 488f). Jegliche Andeutung und Verhandlungen über Osterweiterungen der NATO haben seit jeher Konfliktpotential für Russland (vgl. Spanger, 2012: 127).

Die Existenz der NATO scheint für Russland allerdings auch kein grundsätzliches Problem zu sein, solange die Grenzen zwischen ihr und den GUS- Ländern klar definiert sind. Sogar eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO, womit alle Probleme beseitigt wären, wurde zeitweise in den 1990er Jahren und zu Putins Anfangszeiten in Erwägung gezogen, aber dann aus russischer Sicht aufgrund unvereinbarer Fragen der Gleichberechtigung nicht weiterverfolgt (vgl. Joetze, 2003: 492). Mit dem US- Präsidenten George Bush sind dann sämtliche Diskussionen über eine engere Zusammenarbeit eingeschlafen. Er kündigte den Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM- Vertrag), welcher für Russland große diplomatische Bedeutung hatte und beendete damit sämtliche Hoffnungen auf eine gegenseitige Annäherung (vgl. Spanger, 2012: 123). Mit der anschließend erfolgten Ankündigung der Ukraine und Georgiens, auf einen NATO- Beitritt zu verzichten, kam es schließlich zu einem positiv zu wertenden Stillstand in dieser Frage. Der kurze Georgien- Krieg und vor allem die aktuelle Situation in der Ukraine haben die beiden Parteien jedoch wieder in eine Konfrontation getrieben, die selbst eine Kooperation auf unterster Ebene bestenfalls in ferner Zukunft möglich erscheinen lässt (vgl. Spanger, 2012: 124f, 127). Russland ist vor diesem Hintergrund nach wie vor in einer Art Wettlauf darum bemüht, die postsowjetischen Staaten durch Kooperationen, Integration und bilateraler Verträge an sich zu binden und ihre Annäherung an die NATO zu verhindern.

Die NATO ist natürlich in diesem Wettstreit nicht untätig. Sie versucht unverändert mit der

Argumentation einer Verbesserung der „europäischen Sicherheit“ vor allem Georgien und die Ukraine auf ihre Seite zu ziehen. Dies soll die Möglichkeit von Waffenstationierungen in diesen Ländern einschließen (s.o./vgl. Spanger, 2012: 146). Daher stehen die Integrationsbestrebungen Russlands nicht im Einklang mit den Zielen der NATO, werden jedoch in den meisten Ländern, insbesondere im zentralasiatischen Bereich, stillschweigend hingenommen.

5.6.2 USA

Die Position der USA als Weltmacht ist traditionell der Maßstab aller Dinge für Russland wie schon zu Zeiten der Sowjetunion. Im Vergleich zur USA ist Russlands Großmachtstellung in den 1990er Jahren deutlich geringer geworden. Die USA wird im Übrigen in sehr engem Zusammenhang mit der NATO gesehen. Diese Umstände führten, nach zunächst zwei diplomatischen Entspannungsjahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, schon mangels einer eigenen Außenpolitik in dieser Zeit zu grundlegend angespannten und stets krisenanfälligen Beziehungen zwischen den beiden Ländern (vgl. Rühl, 2003: 406f, 414). Streitpunkte sind immer wieder amerikanische Waffenlieferungen beziehungsweise Stationierungen wie zuletzt anlässlich der Syrien- und aktuell der Ukraine- Krise. Die amerikanische Präsenz in einigen osteuropäischen Ländern missfällt Russland sehr. Daraus wird zwar momentan keine Bedrohung abgeleitet, jedoch nach russischen Vorstellungen bei einem Präsidentschaftswechsel in den USA als ein potentiell Risiko gesehen. Die Russischen Eliten sehen die USA im Übrigen entweder als einzigen wirklichen sicherheitspolitischen Partner oder Feind an (vgl. Schröder, 2004: 4).

Wirtschaftlich ist Russland für die USA bisher kein relevanter Handelspartner. Für Russland dagegen ist der große amerikanische Markt ein erstrebenswerter Absatzbereich für Öl und Gas. Bisher ist dieser aber noch nicht erschlossen worden, wie die relativ geringen Exporte in die USA belegen (vgl. Meier, 2003: 59f).

Die nur marginal bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen und das grundsätzliche Feindbild haben zur Folge, dass eine Zusammenarbeit der beiden Länder einer guten Grundlage entbehrt. Daher kann vermutet werden, dass es bei geopolitischen Fragen wie beispielsweise dem Aufbau einer „Eurasischen Union“ durchaus zu Streitigkeiten zwischen beiden Ländern kommen kann.

5.6.3 China

Die russische Außenpolitik gegenüber China hat vor allem im zentralasiatischen Bereich, der schon teilweise Mitglied der Zollunion ist, aufgrund der geographischen Lage besondere Relevanz.

Die beiden Länder haben schon in den 1990er Jahren Abkommen über eine freundschaftliche Nachbarschaft geschlossen. Die gute Zusammenarbeit bestätigt das Shanghaier Abkommen (s.o.) zwischen den beiden Staaten und den zentralasiatischen Ländern. Diese Länder gelten aufgrund ihrer geographischen Lage eigentlich als gemeinsame Interessensgebiete Chinas und der Russischen Föderation. So unterhält China zwar politische Beziehungen zu ihnen, akzeptiert jedoch weitestgehend Russlands dominante Rolle dort. Vor allem Kasachstan gilt als wichtiger Handelspartner Chinas und aufgrund der angrenzenden chinesischen Republik Xinjiang auch als Gebiet von besonderem Interesse. Die chinesische Regierung sah nach der Auflösung der Sowjetunion zwar die Möglichkeit eine Herauslösung des Landes aus dem ehemaligen Verbund, da der größte Teil der Bevölkerung turkmenischer Herkunft ist. Dieser potentielle Streitpunkt konnte jedoch durch bilaterale Verträge und die Gründung der Gruppe der Shanghaier Sechs beseitigt werden. Allgemein ist die Infrastruktur Zentralasiens immer noch stark auf Moskau ausgerichtet und militärisch werden die Staaten weitestgehend durch Russland unterstützt (vgl. Wacker, 2003: 500ff).

Seit dem Ende der Sowjetunion und basierend auf der kooperativen Politik in den 1990er Jahren besteht zwischen China und Russland ein—bis auf einzelne kleine Streitfragen—gut funktionierendes politisches Verhältnis, nicht zuletzt auch wegen der ähnlichen ideologischen Vergangenheit. Während sich die Staaten in grundsätzlichen demokratietheoretischen Fragen zum Vorteil beider nicht einmischen, bestehen bis heute enge Beziehungen im militärischen, energiepolitischen und außenpolitischen Bereich. So ziehen die beiden Staaten immer öfter im Sicherheitsrat der UNO an einem Strang. Gegenseitige Einmischung in international brisante Themen wie etwa anlässlich der Ukraine- Krise 2014 werden vermieden, um das gute Verhältnis nicht zu gefährden (vgl. Auswärtiges Amt, 2014). Wirtschaftlich will sich Russland im Sinne der „De- Westernization“ ohnehin weiter in Richtung China und Indien orientieren (vgl. Halbach, 2014:3)

Allgemein kann erwartet werden, dass China eine Integration der zentralasiatischen Staaten und Russlands in Form einer Eurasischen Union durchaus befürworten oder zumindest nicht stören wird. Eine ähnliche politische Grundeinstellung und die bisher positive Zusammenarbeit geben China die Gewissheit, dass terroristische Aktionen oder die

Unterstützung möglicher Abspaltungstendenzen in der Region Xinjiang seitens der Nachbarstaaten von Russland behindert werden würden.

5.6.4 Europäische Union

Die Europäische Union ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner Russlands. Vor allem durch die Osterweiterung der EU ist Russland auf einmal enger Nachbar geworden und der Anteil russischer EU- Exporte, nicht zuletzt durch Öl- und Gaslieferungen, auf über 50 Prozent gestiegen. Im eigenen Modernisierungsprozess wird die Rolle der EU als wünschenswert empfunden. Die EU selbst ist auf die russischen Energieressourcen in hohem Maße angewiesen. Die politisch-ökonomische Zusammenarbeit ist somit von hoher Relevanz sowohl für Russland als auch die EU. Allgemein versuchten sich deshalb die beiden Mächte bisher im Gegensatz zur Haltung der USA und der NATO möglichst zu arrangieren (vgl. Meier, 2003: 58/ Erler, 2012: 22). Russland strebt in einem guten Verhältnis Kooperationen und Hilfeleistungen der EU an, von denen das Land in gewissen Umfang abhängig ist. Die EU ist umgekehrt seit Ende der 1990er Jahre bemüht, sich durch eine proaktive Politik gegenüber Russland als verlässlicher Handels-, Kultur-, Wirtschafts- und politischer Partner zu profilieren (vgl. Meier, 2003: 463).

Im Besonderen hat sich die EU in Bezug auf die zentralasiatischen und kaukasischen Staaten bisher weitestgehend zurückgehalten und Russlands Interessen nicht gestört. Russland hat sich seinerseits in der Vergangenheit mit der Eingliederung der baltischen und osteuropäischen Staaten in die EU abgefunden. Seit der „Orangen Revolution“ in der Ukraine baute sich aber neuerdings ein ernstzunehmendes Spannungsverhältnis zwischen Russland und der EU auf. Die Ukraine und Moldau sind Staaten, an denen konträre Interessen aufeinander stoßen (vgl. Meier, 2003: 467ff). Beide Staaten haben sich bisher für keine der beiden Gemeinschaften langfristig entscheiden können, was vor allem für Russland bedrohlich wirkt. Gerade die an beide Mächte angrenzende Ukraine ist ein enorm wichtiger Handelspartner der russischen Föderation. Eine Erweiterung der EU in diese Richtung würde für Russland politische und wirtschaftliche Einbußen mit sich bringen. Die EU dagegen hat in den Oststaaten primär normative Interessen. Die beiden konträren und eher grundsätzlichen Ziele—politisch- wirtschaftliche Vorteile versus Werteverbreitung und stabile politische Systeme—erschweren derzeit eine Zusammenarbeit und Einigung in den Streitfragen die Ukraine und Moldau betreffend (vgl. Sieg, 2012: 158, 172f). Wie oben schon angedeutet, steht die EU aber allgemein den Integrationsbestrebungen Russlands im postsowjetischen Raum nicht negativ gegenüber. Hinsichtlich der zentralasiatischen Staaten sieht die EU sogar einen positiven Effekt (vgl. Sieg, 2012: 172ff).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die EU eine unionsähnliche Vereinigung der meisten postsowjetischen Staaten offenkundig befürwortend gegenüber steht, auch wenn das schon längerfristige Problem der Orientierung der Ukraine und von Moldau derzeit ein offener Konflikt zwischen den beiden Mächten ist. Russland war unter Putin ursprünglich bestrebt, sich der EU sehr viel weiter zu öffnen, um an deren Modernisierungsprozess beteiligt zu werden. Mittlerweile muss jedoch davon ausgegangen werden, dass Putin aufgrund der Sanktionen und des Abbruchs verschiedenster diplomatischer Gesprächsforen durch die EU diese Absicht im Sinne des Konzepts der „De-Westernization“ aufgegeben hat.

6 Realisierung einer Eurasischen Union

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, welche Optionen es aufgrund der obigen Analysen für eine Eurasische Union gibt. Durch die Darstellung der Ziele, die Putin mit dem Integrationsprojekt für Russland anstrebt, ihrer Relevanz und den Voraussetzungen für verschiedene Formen ihrer Umsetzung wird bereits die Optionsvielfalt deutlich eingeschränkt. Verbleibende Optionen werden daraufhin hinsichtlich der geographischen und strukturellen Alternativen analysiert. Aufgrund dessen soll ein abschließendes Ergebnis gefunden werden.

6.1 Russische Ziele der Integration

Im Grundsatz soll sich die Eurasische Union zu einem mächtigen eigenständigen Akteur zwischen der EU und dem asiatisch-pazifischem Raum mit guten Beziehungen zu den Nachbarn entwickeln. Zu diesem Zweck wird eine umfassende Reintegration der Länder des „nahen Auslands“ angestrebt (vgl. Putin, 2011). Das Ziel ist eine möglichst weitreichende Integration im Sinne, welche wirtschaftliche, sicherheitspolitische, geostrategische, kulturelle und gesellschaftliche Aspekte klar mit einbezieht. Es soll aber ausdrücklich keine zweite Sowjetunion entstehen, also kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund.

Nach russischem Verständnis bedeutet dies möglichst durchlässige Grenzen zu den Mitgliedsstaaten und durch russische Truppen geschützte gemeinsame Außengrenzen wie in Armenien. Der Staatenbund soll nach Putin ein Raum mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sein. Damit soll eine geordnete Migrationspolitik, das heißt die Bewegungsfreiheit von Arbeitern und Touristen sowie eine Angleichung der Gesetzgebung einhergehen. Außenpolitisch soll durch geographische Größe, eine stärkere Wirtschaft und auch militärisch die weltpolitische Bedeutung Russlands vergrößert werden. Die Organe der Eurasischen Union sollen ähnlich funktionieren wie die der Europäischen Kommission (vgl. Putin, 2011).

Die Ziele, welche für Russland durch die Integration angestrebt werden, entsprechen damit weitestgehend jenen von Giering: Sicherheit, Macht, Frieden, materielle Vorteile und nationale Interessen, wobei das Thema Frieden für die Eurasische Union nicht als ausdrücklich deklariertes Ziel formuliert wurde. Hier muss der Aspekt der Erweiterung von stabilen Einflussphären ergänzt werden. Mit diesem Integrationsprojekt im postsowjetischen Raum will Russland grundsätzlich seinen Machtbereich ausweiten, die eigenen Außengrenzen besser sichern, die eigene Wirtschaftsstärke einschließlich Außenhandel, Wohlstand und

Einkommen der Bevölkerung steigern sowie das demographische Problem der schrumpfenden Bevölkerung minimieren. Am Ende ist es aber das Hauptziel, wieder ein wichtiger Player in der Welt zu werden.

6.2 Relevanz der Integration

Eine potentielle Eurasische Union ist also grundsätzlich von außenpolitischer, innenpolitischer und wirtschaftlicher hoher Bedeutung für Russland. Von einer Integration mit dem „nahen Ausland“ verspricht man sich vor allem mehr Einfluss und Macht in der internationalen Politik, eine bessere innere Stabilität des Landes und erhebliche wirtschaftliche Vorteile.

Außenpolitisch ist Russland allein aufgrund der Größe des Landes gezwungen, mit allen weltpolitisch großen Playern internationale Politik zu betreiben. Aufgrund der bisher im Vergleich zu anderen wichtigen Industriestaaten noch unterentwickelten Position muss Russland an Einfluss und Vertrauen zulegen, um als wichtiger Akteur wahrgenommen zu werden. Dabei muss die Föderation die schlimme Erfahrung der Unterlegenheit aus den letzten Jahren der Sowjetunion verarbeiten. Ein Mittel dazu ist die grundlegende Modernisierung und Öffnung des Landes mittels Integration zu einem großen Staatenbund. Der Wettbewerb mit den Großen der Weltpolitik, vor allem der USA und NATO, ist eine weitere treibende Kraft hin zu einer Integration im postsowjetischen Raum. Russland kann und möchte mittels des „nahen Auslands“ ein Gegengewicht zu diesen etablieren. Wie weit Russland für mehr Einfluss in der Welt und seine sicherheitspolitische Stabilität geht, zeigt das Beispiel der Annexion der Krim mit der dort ansässigen Schwarzmeerflotte. Die meisten potentiellen Mitgliedsstaaten rund um Russland sind für die Föderation dementsprechend von sicherheitspolitisch hoher Relevanz.

Vor allem in Zentralasien kann Russland durch Integration die Sicherheit des eigenen Landes deutlich erhöhen und gleichzeitig mehr Sicherheit in Konfliktregionen wie zum Beispiel an den Grenzen zu Afghanistan bieten. Der Begriff „De- Westernization“ beschreibt folgerichtig die momentane außenpolitische Grundeinstellung Russlands beziehungsweise die Abgrenzung zur EU, NATO sowie USA. Sie spiegelt die große Bedeutung wider, die Russland seiner Orientierung in Richtung Asien widmet. Auch in Bezug auf China sollen hier mittels Integration die Eigeninteressen abgesichert werden. Weltpolitisch soll so ein großer relevanter Machtblock zwischen Europa und Asien entstehen und Russland damit als gleichberechtigter Staat in einer multipolaren Weltordnung dauerhaft anerkannt werden.

Innenpolitisch kann und soll durch das Integrationsprojekt langfristig für die Russen ein Mehr an Wohlstand, sozialer Sicherheit, innerer Stabilität, Wirtschaftswachstum und Macht erreicht werden. Die oben dargestellten erheblichen innerstaatlichen Herausforderungen sollen so gelöst werden, wie zum Beispiel das Problem der schrumpfenden Bevölkerung und dem dadurch befürchteten Arbeitskräftemangel oder die Tendenzen entfernter Regionen, sich vom größten Land der Welt abspalten zu wollen. Das Zusammenwachsen zu einem großen Staatenbund und damit die Möglichkeiten der Migration bieten geeignete Antworten auf diese Herausforderungen.

Auch wirtschaftlich hat Integration im postsowjetischen Raum einen hohen Stellenwert. Grundsätzlich kann nur mittels eines erweiterten und offenen Marktes in einer globalisierten Welt mitgehalten werden. Kasachstan und Usbekistan sind wirtschaftlich für Russland von unmittelbarer Bedeutung, weil die beiden größten zentralasiatischen Länder relativ reich an Bodenschätzen sind und über eine einigermaßen entwickelte Wirtschaft verfügen, die Russland im Modernisierungsprozess weiter bringen könnte. Die Ukraine wäre aufgrund ihres großen Industriesektors ebenfalls ein vorteilhafter Partner für die eigene wirtschaftliche Entwicklung gewesen. Die Eurasische Union ist für Russland aber auch indirekt wirtschaftlich wichtig. Mittels der Integration wird insgesamt ein größerer Absatzmarkt geschaffen, der zwar primär Vorteile für die kleineren Länder bringt, wovon Russland als historisch wichtiger Handelspartner aber ebenfalls profitiert. Bei Belarus, Armenien, Tadschikistan und Kirgistan spielt dies zwar eine geringere Rolle, umso wichtiger sind sie für Russland jedoch als Transitland. Das Integrationsprojekt ist für Russland auch deshalb wirtschaftlich von Relevanz, weil es insgesamt die gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich steigert und den intraregionalen Handel mit China und anderen östlichen Ländern über Zentralasien fördert. Von hoher Bedeutung sind darüber hinaus der Zugang zu Lebensmitteln und eine durch Kooperation getriebene Diversifizierung der Industrieprodukte für Russland. Die geringe Eigenproduktion macht das Land ohne Partner leicht angreifbar. Über Joint- Ventures, welche für die meisten Partnerländer aufgrund fehlender eigener Vertriebswege notwendig sind, fördert Russland bereits heute die Zusammenarbeit der Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion und versucht, das ebenfalls wichtige Land Usbekistan stärker einzubinden.

In der Finanzwirtschaft wird zwar seitens des „nahen Auslands“ kein signifikanter Anstieg der Investitionen in Russland erwartet, wohl aber von potentiell großen Kooperationspartnern der Eurasischen Wirtschaftsunion wie Indien, Vietnam und China. Umgekehrt erhoffen sich die anderen Mitglieder und insbesondere die kleineren Ländern wie Armenien und Kirgistan

ein hohes Wachstum durch russische Investitionen. Das Integrationsprojekt kann also die dringend benötigte Öffnung des Finanz- und Investitionsmarktes in Richtung Osten vorantreiben.

All dies zeigt, dass Integration im postsowjetischen Raum für Russland in vieler Hinsicht von außerordentlich hoher Relevanz ist. Für eine eigenständige russische Föderation gibt es offenkundig außen- wie innenpolitisch keinen näherliegenden Weg, bei Modernisierung und Globalisierung mitzuhalten und gleichzeitig an Bedeutung im internationalen Wettstreit der Mächte zu gewinnen.

6.3 Voraussetzungen der Integration

Die Voraussetzungen des Integrationsprojektes sollen vor dem Hintergrund der Einflussfaktoren in den oben dargestellten relevanten Themenbereichen zunächst anhand des Konzept Gierings dargestellt und im Folgenden durch Hoffmanns Theorie sowie die positiven und negativen Erfahrungen aus den bisherigen Staatenbünden im postsowjetischen Raum ergänzt werden.

Giering hat in seinem „multidimensionalen Integrationskonzept“ genauso wie Hoffmann im Intergouvernementalismus wichtige Voraussetzungen eines modernen Integrationsprojekts festgelegt, die auf das postsowjetische Projekt angewendet werden können. Giering geht dafür wie oben dargestellt in seinem Konzept von fünf übergeordneten Voraussetzungen für eine stabile Integration aus, die wiederum verschiedenen Einflussfaktoren unterliegen können (s.o. nach Themenbereichen geordnete Einflussfaktoren).

Als erstes nennt er die Schaffung gegenseitiger Sicherheit, die innerhalb des postsowjetischen Raums sicherlich durch Russland gegeben ist. Russland will sich durch Erweiterung seiner Einflussphäre mehr Sicherheit hinsichtlich der eigenen Außengrenzen verschaffen und einige andere Mitgliedsstaaten nehmen Russlands enorme militärische Stärke zur Stabilisierung ihrer Grenzen—selbst in Form von Soldaten—gerne an. Das Sicherheitsstreben richtet sich vor allem gegen die NATO und USA und gehört wie oben dargestellt zu den wichtigsten Motiven Russlands, den Integrationsprozess voranzutreiben.

Eine zweite Voraussetzung Gierings ist die Freiwilligkeit des Prozesses. Hier wird Russlands größte Schwäche im Integrationsprojekt sichtbar. Die obersten Organe sollen zwar wie in der Eurasischen Wirtschaftsunion zur Einstimmigkeit verpflichtet werden, jedoch aufgrund der Größe und Macht des Landes wird es letztendlich schwierig werden, immer allen gerecht werdende Entscheidungen zu treffen. Russland nutzt wie in Zeiten der Sowjetunion immer wieder die Abhängigkeiten der anderen Länder aus und kann ohnehin über Energielieferungen

erheblichen Druck auf die Nachbarstaaten ausüben. Aufgrund dessen haben mehrere Nachbarländer zu wenig Vertrauen in den riesigen Staat, um eine engere Integration einzugehen. Die starken militärischen und politischen Interventionen im postsowjetischen Raum, aktuell in der Ukraine, schmälerten weiter das Vertrauen vieler potentieller Mitgliedsstaaten wie beispielsweise Usbekistans und damit die Chancen eines freiwilligen und langfristigen Integrationsprozesses mit einigen von ihnen.

Die Konvergenz der Akteure als dritte Voraussetzung ist dagegen besonders ausgeprägt durch die gemeinsame Geschichte gegeben. Kulturell, ethnisch und gesellschaftlich sind sich die Länder viel näher als beispielsweise die der Europäischen Union. Die Akteure, egal welcher Art, vertreten meist ähnliche Normen, ökonomische Systeme und Ideologien. Sie beherrschen teilweise noch dazu die gleiche Sprache, was einen Integrationsprozess erheblich vereinfacht. Entscheidende Akteure im Integrationsprozess sind zum einen die Eliten, zu denen vor allem die jeweiligen Präsidenten, die Regierungen, Abgeordneten und Oligarchen zählen. Ihre Zusammensetzung verändert sich kaum. Ihre vom Staat zugeordneten Rollen überschneiden sich teilweise. Ziele, Meinungen und Handlungen werden von diesen Eliten eher pragmatisch gehandhabt, vor allem um den eigenen Reichtum und die eigene Macht zu mehren. Dies führt allerdings trotz sehr ähnlicher Einstellungen und Historie öfters zu divergierenden Meinungen, wie beispielsweise im Fall der Union Belarus- Russland (s.o.). Insgesamt unterstützen die Eliten schon wegen der wirtschaftlichen Vorteile einen Zusammenschluss der Länder. Als zweiter Akteur spielen die normalen Bürger und ihre Mehrheitsmeinung eine wichtige Rolle. Die Eurasische Wirtschaftsunion wird weitestgehend durch die Bevölkerungen der Gründungsländer gestützt. In Belarus stimmten beispielsweise 65 Prozent dem Projekt zu, in Russland 67 Prozent und in Kasachstan 73 Prozent (vgl. Siwizkij, 2014: 16f). In vielen der potentiellen Mitgliedsländer einer Eurasischen Union haben sich bisher keine bedeutenden nichtstaatlichen Organisationen als dritter wichtiger Akteur etabliert. Für einen einvernehmlichen, nachhaltigen und gewaltfreien Integrationsprozess ist normalerweise die Existenz beziehungsweise das Zulassen einer aktiven Zivilgesellschaft einschließlich NGO's von elementarer Bedeutung. Stützen diese einen Integrationsprozess, ist er in der Regel von langfristiger und stabiler Natur. Im vorliegenden Fall fehlt dieses Moment, sodass nur zwei Akteurs- Gruppen auf die Entwicklung einer potentiellen Eurasischen Union Einfluss nehmen können.

Auch die geographische Reichweite—eine weitere Voraussetzung Gierings—ist grundsätzlich im russischen Integrationsprojekt gegeben. Aus der großen Zahl potentieller Mitglieder ergeben sich verschiedene Optionen, welche weiter unten genauer dargestellt werden.

Ähnliche ökologische Probleme sind dagegen als Voraussetzung einer Union hier weniger relevant. Zum einen handelt es sich bei der angestrebten Eurasischen Union um enorme Flächen, bei denen es schon innerhalb Russlands große Unterschiede gibt. Ein Teil des Landes ist zum Beispiel durch Permafrost bedroht, ein anderer nicht einmal temporär betroffen. Zum anderen hat das Thema Ökologie bei weitem nicht den Stellenwert wie in der Europäischen Union.

Als spezielle Bedingung und wichtigsten Aspekt eines Integrationsprozesses sieht Gierig Synergieeffekte zwischen den Ländern an. Dieser Zusatznutzen für alle Beteiligten ist im postsowjetischen Raum weitestgehend gegeben, auch wenn er auf unterschiedlichen Interessenslagen basiert. Wesentlich ist hier weiterhin, dass solche Vorteile einer Kooperation durch die vorherigen Staatenbünde bestätigt wurden. Die GUS ist ein Beispiel dafür, dass eine Kooperation nicht mehr funktioniert, sobald beteiligte Staaten den eigenen Nutzen nicht mehr erkennen können. Für Russland hat das Integrationsprojekt großen sicherheits- und geopolitischen Nutzen, die wirtschaftlichen Vorteile sind dagegen geringer und überwiegend indirekter Natur. Durch gemeinsame Grenzen, also einer Barriere zu Drittstaaten gewinnt Russland an Einfluss. Der eigene interne Markt kann damit gestärkt werden. Der große Nutzen aus dem Machtgewinn ist aber sehr viel wichtiger als der wirtschaftliche Mehrwert und übersteigt im Übrigen aus russischer Sicht die Kosten, welche vor allem finanzieller Natur in Form von Transaktionskosten und Hilfen sind. Die meisten anderen Mitgliedsstaaten profitieren von einer Union dagegen vor allem ökonomisch, das heißt durch den Zugang zu einem großen Absatzmarkt, zu günstigen Energieprodukten und finanzielle Hilfestellungen seitens Russlands. Synergieeffekte kommen also auf allen Seiten zustande. Durch die Vormachtstellung Russlands besteht aber natürlich das Risiko, dass die kleineren Länder letztlich zu stark abhängig und damit erpressbar beziehungsweise nur durch finanzielle Anreize zu für sie nachteilige Entscheidungen gezwungen werden.

Ergänzend sollen noch Hoffmanns Voraussetzungen im Rahmen der Theorie des Intergouvernementalismus kurz angeführt werden. Sie werden im Gegensatz zu Gierings Bedingungen so gut wie gänzlich durch die Eurasische Wirtschaftsunion erfüllt. Eine pluralistische Gesellschaft ist in Russland durch die verschiedenen Religionen und Ethnien sowie die enorme Größe des Landes gegeben. Die Eliten sind in ihrer ideologischen Einstellung weitestgehend gleich gepolt. Unter ihnen gibt es viele—allen voran Putin—sehr aktive Integrationsbefürworter. Gemeinsame Erfahrungen wurden zu Zeiten der Sowjetunion gemacht, womit auch die letzte Voraussetzung einer individuellen Leichtigkeit erfüllt ist. Ein weiterer Punkt Hoffmanns, welcher erst während des Prozesses der Integration wirklich zum

Tragen kommt, ist die Konsensbildung über Ziele und Entscheidungsprozesse. Formal soll dies in den obersten Gremien fair geregelt werden, Russland hat aber letztendlich dennoch eine stärkere Position, wie unter anderem der Alleingang auf der Krim zeigt.

Aus den Erfahrungen der zahlreichen vorherigen Kooperationen und Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum können aber noch weitere Voraussetzungen für den spezifischen Fall der Bildung einer Eurasischen Union aus russischer Sicht abgeleitet werden. So zeigt die GUS, dass zwar ähnliche Kulturen, Vergangenheit und Probleme sowie eine gemeinsame Infrastruktur aus Sowjetzeiten die Integration vereinfachen, innerstaatliche Probleme aber so stark im Mittelpunkt stehen können, dass der Staatenbund nicht mithalten kann. Des Weiteren sind die ähnlichen Strukturen zwar mit Vorteilen verbunden, führten aber in den Staatenbünden und vor allem in der GUS auch zu einem Stillstand in der Modernisierung der Industrie und des Wachstums. Ein Wissenstransfer fand nicht statt. Dies ist sicherlich auch noch heute ein Problem der postsowjetischen Staaten. Russland, aber vor allem auch ein Teil der anderen Mitgliedsstaaten, stehen zudem unverändert vor großen innenpolitischen Herausforderungen wie Korruption, eine schwache Industriestruktur mit ähnlichen Wirtschaftszweigen und hoher Inflation. Ein Integrationsprojekt ist aber kaum geeignet für die einseitige Lösung individueller innerstaatlicher Herausforderungen, sondern es müssen im Zuge der Integration gemeinsame Lösungsansätze für ähnliche Probleme aller Länder gefunden werden.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit zeigt aufgrund der Effektivität ihrer Institution einige positive Einflussfaktoren auf. Ein wichtiger Aspekt ist sicherlich die gleiche Einstellung zum Umgang mit demokratischen Regeln und Normen. Dies ist bei den betreffenden Ländern der Eurasischen Union der Fall, nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit. Des Weiteren verfolgen die Mitgliedsländer in dieser Kooperation gemeinsam dieselben Ziele und Interessen. Entscheidungen werden im Konsens getroffen und sind durch das oben beschriebene gleichberechtigte Abstimmungsverfahren effektiv gestaltet. Hier kann die künftige Eurasische Union für ihren Erfolg verschiedene Modi kopieren, wobei für die obersten Organe bereits Einstimmigkeit fest geschrieben wurde (s. Eurasische Wirtschaftsunion). Ein gemeinsamer Feind, den Russland klar als Islamismus und die NATO darstellt, ist zwar keine unbedingte Voraussetzung, war in der SOZ aber sehr hilfreich. Der letzte hervorzuhebende Aspekt in Bezug auf die SOZ ist die Rolle Chinas als Gegenpol zu Russland. Dies kann in einer Eurasischen Union, nachdem die Ukraine als Partner wegfällt, nur durch die Zusammenarbeiten der kleineren Länder insbesondere des zentralasiatischen Raums

funktionieren.

Die Union Belarus-Russland sowie der Ukraine- Konflikt belegen die große Bedeutung der Akteure für die erfolgreiche Umsetzung eines Integrationsprojekts. In Belarus spielten vor allem die Abgeordneten, welche die russischen Ziele unterstützten, bisher eine ausschlaggebende Rolle. Lukaschenko ging mit ihnen den Weg in Richtung Russland, wobei sich die Bevölkerung ohnehin in einem Nähe- Verhältnis zu dem großen Nachbar sieht. Die Ukraine zeigt dagegen die Macht und Relevanz des Willens der Bevölkerung auch in wenig demokratisch ausgerichteten Staaten. Auch hier waren große Teile der Eliten, vor allem die einflussreichen Oligarchen und die damals amtierende Regierung zwar auf der Seite Russlands, der größere Teil der Bevölkerung im Westen des Landes aber auf der Seite der EU. Auch der Fall Georgien zeigt, dass die Bevölkerung einem Integrationsprojekt zwingend zustimmen oder zumindest mehrheitlich akzeptieren muss. Für den langfristigen Erfolg eines Integrationsprojekts sind somit nicht die wechselnden Regierungen, sondern vor allem die allgemeine Akzeptanz der jeweiligen Bevölkerung maßgeblich, zumal wenn eine aktive Zivilgesellschaft nur schwach ausgeprägt ist. Wie oben dargestellt, scheint dies bei den meisten der potentiellen Mitgliedsstaaten einer Eurasischen Union der Fall zu sein.

Eine weitere wichtige Voraussetzung sind sicherlich ähnliche Wirtschaftssysteme und ein gleiches Handelsrecht zur Förderung zwischenstaatlicher Transaktionen, wie der Fall EurAsEC zeigt. Die EurAsEC scheiterte nicht zuletzt an dem damals noch nicht erfolgten Beitritt Russlands zur WTO. Ein ähnliches Problem bei einer Integration wird am Beispiel der zweigleisigen Politik unter Kutschma in der Ukraine deutlich. Diese hat zwar zeitweise funktioniert, ist aber sicherlich keine nachhaltige Möglichkeit für eine Mitgliedschaft in einem Integrationsprojekt, insbesondere wenn auf diese Weise beide Seiten gegeneinander ausgespielt werden sollen. Dagegen sind gemeinsame Freihandelsabkommen der gesamten Eurasischen Union mit Drittstaaten möglich, wie beispielsweise mit Vietnam und Indien. Sie steigern das Ansehen der Organisation immens.

Zusammengefasst zeigen die Integrationstheorien und die praktischen Erfahrungen mit bisherigen Versuchen von Zusammenschlüssen im postsowjetischen Raum auf eine größere Zahl unterschiedlicher und komplexer Voraussetzungen auf, um eine dauerhaft erfolgreiche Eurasische Union nach russischen Vorstellungen zu realisieren. Die wichtigsten Kriterien eines nachhaltigen Erfolges sind zusammengefasst:

- geographische Nähe und gemeinsame sichere Grenzen,
- innere Stabilität der Mitgliedsländer,

- kulturelle, ethnische wie auch gesellschaftspolitische Konvergenz mit ähnlichem Verständnis von Legislative, Exekutive und Judikative sowie
- möglichst fortschrittliche, vergleichbare Wirtschaftssysteme mit abgestimmtem Handelsrecht und offenen Transaktionsstrukturen der Teilnehmer,
- Freiwilligkeit bzw. Unterstützung des Zusammenschlusses durch die Bevölkerung und Eliten und nicht zuletzt
- klar erkennbare Synergieeffekte für alle Beteiligten.

Nicht alle, aber die meisten der Länder der ehemaligen Sowjetunion erfüllen mehr oder weniger diese Voraussetzungen. Insgesamt erscheint es aber am vielversprechendsten, die Integrationsbemühungen zu einer Eurasischen Union zunächst auf den Kreis potentieller Mitglieder zu beschränken, die wirklich sämtliche Voraussetzungen für ein nachhaltiges Gelingen erfüllen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit dies zusagen können. Schon die notwendigen Verträge und sonstigen Abkommen können dadurch einfacher zustande kommen. Nach und nach können anschließend weitere Mitglieder aufgenommen werden. Hauptsächlicher negativer Einflussfaktor, welcher für die Integrationsbestrebungen zwingend bearbeitet werden muss, ist sicherlich das hegemoniale Auftreten Russlands. Putin muss im Interesse einer langfristig stabilen und einvernehmlichen Integration wie die anderen Teilnehmerstaaten Macht an übergeordnete Instanzen und gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten abgeben. Weiterhin bedarf es zur Entwicklung einer nachhaltigen Union der Zulassung einer aktiven Zivilgesellschaft, welche die Integration unterstützt.

6.4 Optionen der Umsetzung

Die hohe Relevanz der Integration des „nahen Auslands“ für Russland in der Weiterentwicklung der bereits etablierten und insgesamt gut funktionierenden Eurasischen Wirtschaftsunion legt es nahe, die zukünftige mögliche Gestaltung einer Eurasischen Union genauer zu hinterfragen. Die bisherigen Fortschritte deuten grundsätzlich auf Erfolg und Stabilität des Integrationsprojektes hin. Andererseits hat die Ukraine- Krise ein Mangel an Vertrauen der Länder untereinander offengelegt, welches grundlegende Voraussetzung für das Funktionieren eines Staatenbundes ist. Skeptiker befürchten wegen Russlands überproportionaler Macht, seinem Selbstverständnis als dominanter Partner und neuerdings des kaum noch vorstellbaren Beitritts der Ukraine nur mehr eine erneute Integrationsblase. Vor dem Hintergrund dieser kritischen Meinungen sollen im Folgenden mittels obiger Erkenntnisse die erfolgversprechendsten Optionen, welche mangels Relevanz und dem Fehlen

notwendiger Voraussetzungen bereits eingeschränkt wurden, dargestellt werden. Dabei wird zwischen geographisch und strukturell sinnvollen Zusammenschlüssen unterschieden. Maßstab ihrer Beurteilung ist letztlich ihr Beitrag zu den Zielen Russlands.

6.4.1 Geographische Optionen

Die potentielle Eurasische Union soll sich als eine Großmacht zwischen China und der EU etablieren. Grundsätzlich wird dafür ein großer Pool an Mitgliedern angestrebt. Je mehr Mitglieder Putin für die Eurasische Union gewinnen kann, desto größer ist auch sein Einflussbereich und seine Relevanz in der Weltpolitik. Für die potentiellen Mitgliedsstaaten sollten aber genauso wie für Russland vorzugsweise alle notwendigen Voraussetzungen (s.o.) einer Mitgliedschaft erfüllt sein und sich zusätzlich Synergieeffekte ergeben. Ob diese wirtschaftlicher, außen- und sicherheitspolitischer, gesellschafts- oder innenpolitischer Natur sind, ist dagegen eher zweitrangig.

Die geographische Ausrichtung der Eurasischen Union nach Osten beziehungsweise vor allem in Richtung China ist als Folge der Ukraine- Krise für Russland inzwischen von zentraler Bedeutung: zum einen, da China sich in der Vergangenheit als guter Partner innerhalb der Shanghaier Kooperation—nicht zuletzt aufgrund des gegenseitigen Verzichts auf innere Einmischung—bewährt hat, und zum anderen, da die großen Akteure der Welt (EU, USA und China) dieser Ausrichtung neutral oder sogar auch positiv gegenüber stehen. Im zentralasiatischen Raum sind Kasachstan als Mitgründer und inzwischen auch Kirgistan bereits Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion, dem Vorläufer der Eurasischen Union. Beide Länder erfüllen alle Voraussetzung eines funktionierenden Zusammenschlusses. Kasachstan kann dabei als wichtigster Partner bezeichnet werden, da das Land nicht nur sicherheitspolitisch und als Transitland zu China enorm wichtig ist, sondern genauso wie Usbekistan über besonders große Vorkommen an Uran, Erdöl und Erdgas verfügt, was zumindest langfristig für Russland interessant ist. Tadschikistan gilt ebenfalls als sicherer und stabiler Interessent, der die notwendigen Bedingungen erfüllt. Kirgistan und Tadschikistan ebnen geographisch den Weg zum Chinesischen Markt und sind daher wichtige Transitländer. Die zeitweise Instabilität der beiden Staaten und die Gefahr von vermehrtem Schmuggel können seitens Russlands vorübergehend in Kauf genommen werden, um diese Probleme im Rahmen der Union später zu beseitigen.

Usbekistan wäre aufgrund seines Ressourcenreichtums, enger Handelsbeziehungen, wirtschaftlichem Wachstums, der kulturellen Ähnlichkeit und Größe des Landes ein weiteres wichtiges Mitglied aus russischer Sicht. Es würden erhebliche Synergieeffekte für beide Länder auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet generiert werden. Es fehlt

jedoch für einen schnellen Beitritt die gänzliche Unterstützung der Eliten. Des Weiteren gibt es keine gemeinsame Grenze mit Russland. Mittelfristig bleibt ein späterer Beitritt aber wünschenswert. Eine Sonderrolle, die eine Mitgliedschaft derzeit ausschließt, hat Turkmenistan inne. Seit Ende der Sowjetunion ist das Land mit großen Bodenschätzen völlig unabhängig. Die zentralasiatischen Länder außer Turkmenistan sind also insgesamt auf vielen Ebenen sicherlich die wichtigsten Partner.

Im Kaukasus Gebiet kommt als Mitglied der Eurasischen Union dagegen nur Armenien in Frage, welches historisch und kulturell eine enge Verbindung zu Russland hat und alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration erfüllt. Für Russland ist Armenien wirtschaftlich zwar uninteressant, aber als sicherheitspolitisches Einflussgebiet (ca. 3000 stationierte Soldaten) besonders wichtig, da die NATO im Kaukasus auf dem Vormarsch ist. Die armenische Bevölkerung und ihre Eliten unterstützen mit Russisch als Amtssprache und einer russisch-orthodox orientierten Kirche eine enge Bindung an Russland und erhoffen sich wirtschaftliche Vorteile. Georgien und Aserbaidschan fallen dagegen weitestgehend als potentielle Partner aus. Sie haben sich bereits weit in Richtung EU und NATO orientiert beziehungsweise sich als selbstständige und unabhängige Staaten etabliert.

In Osteuropa ist Russland sicherlich engster Verbündeter von Belarus. Das Land ist Gründungsmitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion und wird allen Anforderungen an eine stabile Partnerschaft gerecht. Als Tor zu Europa ist es vor allem sicherheitspolitisch und im Besonderen auch als Transitland für Russland von hoher Bedeutung. Die Bevölkerung und Eliten von Belarus sehen mit Russland wiederum die Chance auf mehr Wohlstand, nicht zuletzt aufgrund preisgünstiger Energieversorgung.

Das benachbarte Baltikum sowie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei fielen anders als die Russland kulturell näherstehenden Staaten als potentielle Mitglieder von Anfang an aus. Sie orientierten sich bereits seit dem Ende der Sowjetunion in Richtung EU beziehungsweise sind heute bereits Mitglieder der EU. Russland hatte sich nach dem Ende der Sowjetunion im Übrigen im Baltikum und Osteuropa zurückgehalten, die EU dagegen anfänglich in der kaukasischen Region und Zentralasien. Mit der EU-Annäherung von Georgien und im Streit um die Ukraine ist dieses Nebeneinander nun nicht mehr möglich, obwohl die EU und im Besonderen Deutschland für Russland als auch umgekehrt enorm wichtige Handelspartner sind.

Die Ukraine war für Russlands Integrationsbestrebungen bisher von elementarer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung, nicht zuletzt aufgrund der Einwohnerzahl, eines starken Industriesektors und der geographischen Lage als Transitland. Die Eingliederung der

Ukraine wäre sicherlich der größte Treibsatz einer Integration, ist aber schon bei dem Versuch der EWR- Integration gescheitert. Gleichwohl gibt Russland seine Integrationsbestrebungen offenkundig nicht auf. Es zeichnet sich vielmehr eine „Jetzt-erst-recht- Haltung“ aufgrund der wachsenden Unterstützung Putins durch seine Bevölkerung ab. Ein Ergebnis der Ukraine-Krise könnte daher ein Auseinanderfallen des Landes sein. In diesem Fall wäre die Ostukraine sicherlich ein bevorzugter wirtschafts- und sicherheitspolitisch stabiler Partner in einer Eurasischen Union, wie es die Krim als Standort der Schwarzmeerflotte faktisch schon ist. Ein anfängliches „+ -Abkommen“ wie etwa innerhalb der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit wäre denkbar. Ähnlich der Ukraine steht auch Moldau intern gespalten zwischen den beiden Polen EU und Russland und scheidet damit vorerst als verlässliches und stabiles Mitglied einer Eurasischen Union aus, zumal der Staat für Russland nur aufgrund seiner Lage interessant erscheint.

Insgesamt werden neben Russland die Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Armenien und Belarus, die bereits heute Mitglied oder sichere Kandidat der Eurasischen Wirtschaftsunion sind als Teil einer funktionierenden Eurasischen Union eingestuft. Mittelfristig wäre es vorteilhaft und wünschenswert, wenn auch Usbekistan sowie gegebenenfalls Moldau und die Ukraine beziehungsweise Teile dieser beiden Länder (Transnistrien, Ostukraine) nach Lösung ihrer innenpolitischen Konflikte und einer klaren Absage in Richtung EU der Eurasischen Union beitreten würden. Letzteres ist aber derzeit kaum absehbar. Im Vergleich zur alten Sowjetunion und dem Warschauer Pakt ist das geographische Gebiet der Eurasischen Union damit deutlich geringer, aber sicherlich groß genug, um die weltpolitische Bedeutung Russlands zu stärken.

6.4.2 Strukturelle Optionen

Unter strukturellen Optionen werden im Folgenden die rechtlichen und administrativen Gestaltungsformen und die Art der Entscheidungsprozesse verstanden.

Die theoretisch möglichen rechtlichen Formen einer Zusammenarbeit reichen von gar keiner Kooperationsvereinbarung bis hin zu einer vollkommenen Integration, also nach Karl W. Deutsch einer „amalgiierten Sicherheitsgemeinschaft“. Die Option einer faktisch formlosen Zusammenarbeit scheidet realistisch gesehen in diesem Fall aus. Für Russland ist ein klar geregelter Staatenbund von enormer Relevanz. Gar keine oder nur bilaterale Verträge würden weder sicherheitspolitische Vorteile bringen noch zu einem Machtgewinn im Wege größerer Einflussphären führen. Diese Alternative ist daher aus russischer Sicht auszuschließen. Ein Punkt, welcher allerdings für lediglich bilaterale Verträge sprechen würde, ist, dass Russland allein schon aufgrund der Fläche und hohen Bevölkerungsanzahl besonders schwer in einen

multilateralen Bund einzugliedern ist.

Genauso wenig kommt umgekehrt die Schaffung einer neuen Sowjetunion, also einer „amalgamierten Sicherheitsgemeinschaft“ beziehungsweise eines Föderationsstaates, infrage. Ein derart weitgehender Zusammenschluss wäre nur unter Zwang durchsetzbar. Schon bei Deutsch et al wird diese Form der Integration verschiedener Staaten im Übrigen als suboptimal angesehen. Dennoch ist diese Alternative das Hauptargument vieler Kritiker, das Putin lediglich eine neue Sowjetunion aufbauen möchte. Dieses Szenario erscheint insbesondere seit der Krise in der Ukraine und deren Ausfall als Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion kaum mehr realistisch zu sein. Schon durch die Erweiterung der EU ist es inzwischen für Russland nicht mehr möglich, auf friedlichem Wege eine Weltmacht in Ausmaß und Form der früheren Sowjetunion zu etablieren, wie bei den geographischen Optionen bereits deutlich geworden ist. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Souveränitätsansprüche der einzelnen Länder ist eine solche Option heute utopisch. Eine weitere Option ist eine ausschließliche Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich. Sie kann aus zwei Gründen ebenfalls als Möglichkeit ausgeklammert werden. Zum einen funktionieren gerade die beiden sicherheitspolitischen Bündnisse der OVKS und SOZ als eine der wenigen besonders gut im postsowjetischen Raum. Für Russland würde durch einen weiteren Zusammenschluss dieser Art kein wesentlicher positiver Grenznutzen entstehen. Zum anderen erwarten fast alle anderen Mitgliedsstaaten beziehungsweise potentiellen Partner der Eurasischen Wirtschaftsunion den entscheidenden Zusatznutzen einer Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Als freiwilliges und nachhaltiges Bündnis aller Länder würde ein rein sicherheitspolitisches Konzept aufgrund der fehlenden Synergieeffekte und des fehlenden Willens der Eliten kaum zustande kommen.

Dagegen ist für Russland eine mögliche und sinnvolle Option der Zusammenarbeit im postsowjetischen Raum jene der Zollunion. Eine Zollunion wie die seit 2010 als Vorreiter der Eurasischen Wirtschaftsunion bestehende erzeugt fast nur wirtschaftliche Vorteile, also vor allem günstigeren Handel, Zugang zu neuen Absatzmärkten durch Zollfreiheit sowie den leichteren Austausch von Arbeit und Dienstleistungen. Gemessen an den russischen Zielen des Integrationsprojekts wird aber klar, dass eine ausschließlich wirtschaftliche Union auf Dauer eher uninteressant ist, da auf diese eingeschränkte Weise eine stabile Sicherheitspolitik, Möglichkeiten der Einflussnahme und bessere weltpolitische Position Russlands kaum erreicht werden. Für die anderen Mitgliedsländer ist diese Option dagegen besonders interessant, da für sie meist der wirtschaftliche Vorteil—im Besonderen der günstige Zugang zu Erdgas und Erdöl—im Vordergrund steht. Nur ein Zollabkommen beziehungsweise

Assoziierungsabkommen, würde in einer langfristigen Kosten- Nutzen- Rechnung für Russland nicht positiv ausfallen und daher nur als Übergangslösung akzeptabel sein. Die Option einer umfassenderen wirtschaftspolitischen Integration geht weiter als jene der Zollunion. In der Theorie des Transaktionalismus als „pluralistische Sicherheitsgemeinschaft“ deklariert, wird sie als gut funktionierende Lösung für eine erfolgreiche Gemeinschaft dargestellt. Der aktuelle Status der im Januar 2015 in Kraft getretenen Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft stellt eine solche „pluralistische Sicherheitsgemeinschaft“ dar. Sie beinhaltet im postsowjetischen Raum neben dem freien Handel der Zollunion auch Arbeitnehmerfreiheit, freien Tourismus, Harmonisierung von Gesetzen im wirtschaftlichen Bereich, die Harmonisierung der Energiemärkte und eine abgestimmte Währungspolitik. Automatisch wird in dieser Form der Integration damit auch auf Teile anderer Politikfelder Einfluss genommen, vor allem auf sicherheitspolitischem Gebiet durch gemeinsame Außengrenzen und den freien Personenverkehr. Gefahren müssen so gemeinsam abgewehrt werden. In Form der KSOR wird dies heute schon in den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion praktiziert. Diese Form des Einflusses ist für Russland interessant, da neben den wirtschaftlichen Vorteilen mehr Sicherheit in Form von russischen Truppen an den Außengrenzen gewonnen werden kann. Bei der aktuellen Wirtschaftsunion fällt jedoch auf, dass Belarus und Kasachstan als Folge der Ukraine- Krise es durchsetzen konnten, dass nur die KSOR in die Wirtschaftsunion einbezogen wurde. Russland hätte sich sicherlich mehr geo- und sicherheitspolitischen Einfluss bereits im ersten Schritt der geplanten Union gewünscht. Andererseits ermöglichte dieser Kompromiss die Realisierung einer einvernehmlichen Wirtschaftsunion, womit man den umfassenderen Vorstellungen einer Eurasischen Union einen Schritt näher kam und gleichzeitig Russland die Relevanz von Gleichberechtigung hinsichtlich der Entscheidungsprozesse und Verträge in der Union aufgezeigt wurde. Eine starke weltpolitische Stimme kann zwar schon durch eine gut funktionierende Wirtschaftsunion etabliert, aus russischer Sicht jedoch noch gesteigert werden, wenn weitergehende Ziele einer Geo- und Sicherheitspolitik der Föderation ausreichend berücksichtigt sind.

Eine erweiterte Option des Integrationsprojekts ist also eine umfassend vertraglich festgeschriebene Zusammenarbeit sowohl in der Wirtschafts- als auch Sicherheitspolitik. Dies ist zwar der vorherigen Option sehr ähnlich, würde aber eine engere sicherheitspolitische Integration bedeuten und vor allem nach außen klar als solche dargestellt werden können. Diese Form würde dem Ziel Russlands einer starken Stimme im internationalen Gefüge gerecht werden. Der dadurch entstehende militärische Einfluss in den anderen Ländern und

das gemeinsame Auftreten in Sicherheitsfragen würde einen effektiven Gegenpol zur NATO darstellen und den kleineren Ländern sicheren Schutz nach außen gewähren. Zudem funktioniert eine generelle sicherheitspolitische Zusammenarbeit im postsowjetischen Raum ohnehin seit langem verhältnismäßig reibungslos. Diese positiven Erfahrungen wurden bereits mit der Union Belarus- Russland und den größeren sicherheitspolitischen Kooperation (OVKS und SOZ) gemacht, existieren hier aber eben schon.

Die weitestgehende strukturelle Option des Integrationsprojekts im Sinne des Neofunktionalismus ohne einen Endzustand als „amalgamierte Sicherheitsgemeinschaft“ kommt den Zielen Russlands am nächsten und würde neben den vorgenannten Alternativen der Integration auch die Außenpolitik klar mit einbeziehen, also der Theorie folgend nach und nach zu einem gemeinsamen außenpolitischen Auftritt führen. Dies setzt eine gemeinsame Sicherheits-, Wirtschafts- und Währungspolitik, also auch eine Angleichung der Finanzsysteme voraus. Auch kulturell und gesellschaftlich würde es so zur weiteren Annäherung kommen, wobei eine ähnliche Infrastruktur, Sprache und Kultur ohnehin aus sowjetischen Zeiten noch vorhanden ist. Dies ist die sicherlich engste mögliche Form einer zwischenstaatlichen Integration. Innerstaatlich könnte Russland von einem steigenden Handel, wachsender Einwohnerzahl durch Migration, einem vermutlich vertrauenswürdigerem Finanzsystem und einem erweiterten Zugang zu den Märkten von Drittstaaten profitieren. Durch die Harmonisierung der Gesetze und einer einheitlichen Regelung der Kompetenzen würde Russland seinen Machtbereich klar erweitern können und in der Weltpolitik an Relevanz gewinnen. Die Außengrenzen wären in Richtung Europa und China gut abgesichert und könnten durch stärkere Kontrollen auch zur besseren innerstaatlichen Sicherheit beitragen. Ein Problem dieser Alternative ist ihre Akzeptanz seitens der anderen Mitgliedsstaaten, welche wie oben dargestellt ihren primären Nutzen nur in der Sicherheit und vor allem in wirtschaftlichen Vorteilen beziehungsweise der Steigerung der innerstaatlichen Wohlfahrt sehen. Vor allem für die Gründungsmitglieder sowie dem potentiellen Beitrittskandidaten Usbekistan ist darüber hinaus der Erhalt der Souveränität eine elementare Voraussetzung einer Mitgliedschaft in einer Eurasischen Union. Insofern werden sie diese Option nicht ohne deutliche andere Zugeständnisse befürworten.

Eine Lösung dieses Problems liegt in der Wahl geeigneter und allseits akzeptierter Entscheidungsprozesse und Instanzen einer Eurasischen Union. Hierbei ist auch zu hinterfragen, inwieweit innerhalb des Staatenbundes Druck ausgeübt werden kann beziehungsweise Abhängigkeiten bestehen. Bei der Eurasischen Union ist dies sicherlich ein ganz entscheidender Faktor. Die Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion sind bereits

sämtlich von Russland abhängig, insbesondere Armenien und Belarus, die nicht auf das große Partnerland verzichten können. Im Sinne eines friedlichen und nachhaltigen Staatenbundes müsste Russland hier letztendlich eindeutig auf den Einsatz seiner üblichen Druckmittel verzichten und die Entscheidungsgremien, wie in der aktuellen Eurasischen Wirtschaftsunion bereits realisiert, gleichberechtigt eingerichtet werden. In allen Entscheidungsinstanzen sollte ein Land auch nur eine Stimme haben und Konsens vorgeschrieben werden. Über gleichberechtigte Entscheidungsprozesse kann das Ungleichgewicht der geographischen Dominanz und Macht einigermaßen ausgeglichen werden. Allein bei der Mitarbeiterzahl innerhalb der Gremien kann Russland aufgrund der überragenden Größe seiner Bevölkerung und seines Bruttoinlandsproduktes stärker vertreten sein. Ein unfreiwilliger Souveränitätsverlust der Mitgliedsstaaten würde sicherlich nicht zu einem nachhaltigen und langfristigen Gelingen der Eurasischen Union führen.

Im Sinne einer nicht freiwilligen Integration im postsowjetischen Raum hat Russland sicherlich auch die Möglichkeiten, eine Zwangsgemeinschaft mit eindeutiger russischer Dominanz durchzusetzen. Diese Option ist nicht Teil der einschlägigen Theorien, aber aufgrund der Überlegenheit Russlands nicht zu vernachlässigen. Russland würde so sicherlich seine eigenen Interessen voll durchsetzen, die eigenen Profite maximieren sowie seinen Einfluss im „nahen Ausland“ maximieren können. Grundsätzlich ist diese Alternative als realisierbar einzuschätzen: Russland dominiert in vieler Hinsicht die Regionen, es fehlt ein Gegenpol wie etwa bei der SOZ in Form von China. Zwei Gründe sprechen jedoch klar gegen eine Zwangsgemeinschaft. Zum einen würde Russlands sowieso nicht besonders hohes internationales Ansehen leiden. Zum anderen kann man am Fall der Ukraine sehen, dass ohne die jeweiligen nationalen Akteure, nämlich die Bevölkerung im allgemeinen und die Eliten im Besonderen, trotz aller demokratischen Defizite eine Integration mit Russland unter Zwang dauerhaft kaum durchsetzbar ist.

7 Conclusio und Ausblick

Nach den Erkenntnissen der Forschungsarbeit muss das russische Vorhaben der Bildung einer Eurasischen Union als großer Machtblock zwischen der EU und China entgegen der Meinung von Kritikern, die nur eine weitere „Integrationsblase“ Russlands erwarten, grundsätzlich als realistisch und aussichtsreich angesehen werden. Bereits seit dem Ende der Sowjetunion ist es das wichtigste Ziel Russlands, durch Kooperationen und Reintegration im sogenannten „nahen Ausland“ – also auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetrepubliken – seine frühere geopolitische Bedeutung zu erneuern und damit wieder stärker als bedeutende Weltmacht wahrgenommen zu werden. Weitere essentielle Ziele der russischen Politik sind angesichts der Größe des Landes in diesem Zusammenhang die Erhöhung der äußeren Sicherheit, die Stärkung von Wirtschaft und Wohlstand und die Lösung innenpolitischer Herausforderungen wie zum Beispiel der demographischen Probleme des Landes. Russland kann und wird aus all diesen Gründen von dem Integrationsprojekt Eurasische Union im postsowjetischen Raum nicht ablassen. Mit der endgültigen Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion am 1.1.2015 und ihren einvernehmlich vereinbarten Organen und Entscheidungsprozessen ist das Projekt bereits zu einem Teil Realität geworden und auf gutem Wege.

Sämtliche aktuelle Partner der Eurasischen Wirtschaftsunion – neben Russland Belarus, Kasachstan, Armenien und ab Mitte Mai 2015 Kirgistan – erfüllen in ausreichendem Maße die auf der Grundlage von Theorien über Staatszusammenschlüsse und den einschlägigen Erfahrungen Russlands aus früheren mehr oder weniger gelungenen Kooperationen entwickelten Voraussetzungen für eine nachhaltig erfolgreiche Umsetzung des Projektes. Die Bevölkerung und Eliten der Partnerländer unterstützen mehrheitlich und freiwillig einen solchen Zusammenschluss, der ihnen sichere Außengrenzen verspricht. Von einem störungsfreien und guten Zusammenwirken der vergleichbaren Wirtschaftssysteme mit offenen Handelsbeziehungen und erkennbaren Synergieeffekten kann ebenfalls ausgegangen werden. Die beteiligten Länder sind intern ausreichend stabil aufgestellt mit einem grundlegend ähnlichen Staatsverständnis sowie kultureller und gesellschaftspolitischer Nähe, nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit.

Weitere aus Sicht Russlands wünschenswerte Mitglieder der Eurasischen Union sind in Zentralasien Usbekistan und Tadschikistan sowie in Europa die Ukraine und Moldawien. Die beiden zentralasiatischen Kandidaten erfüllen ebenfalls die wichtigen Voraussetzungen eines nachhaltig stabilen Zusammenschlusses. Ein baldiger Beitritt Tadschikistan wird deswegen und nicht zuletzt wegen ausgeprägter Abhängigkeit von Russland erwartet. Kritischer ist ein

potentieller Beitritt Usbekistans trotz seiner hohen wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung für die Eurasische Union zu sehen. Es fehlen gemeinsame Grenzen mit Russland und vor allem bisher eine eindeutige Unterstützung durch die Eliten des Landes. Eine kooperative schrittweise Annäherung ist aber denkbar. Hinsichtlich der aus russischer Sicht eigentlich wünschenswerten europäischen Kandidaten Ukraine und Moldawien ist ein friedlicher Beitritt derzeit nicht zu erwarten, da die wichtigsten Voraussetzungen dafür aktuell nicht erfüllt werden. Im Spannungsfeld mit einer alternativen EU-Annäherung fehlt für eine solche Entscheidung die mehrheitliche Unterstützung der Bürger und Eliten. Die polarisierende Ukraine-Krise hat darüber hinaus zu einer großen inneren Instabilität in der Region beigetragen. Ohne einen Beitritt der Ukraine würde Moldawien im Übrigen ein externes Sondergebiet der Eurasischen Union darstellen. Denkbar ist allenfalls ein Beitritt der Ost-Ukraine und mit Einschränkungen eines geographisch isolierten Transnistriens, falls es zu einer Abspaltung dieser Gebiete kommen sollte. Insgesamt verlagert sich mit der Bildung einer Eurasischen Union in dieser realistischen Form der Schwerpunkt der geopolitischen Bedeutung Russlands deutlich in Richtung Asien, was im Übrigen auf wenig Widerstand anderer Weltmächte stößt.

Neben der Erfüllung wichtiger Voraussetzungen seitens der potentiellen Mitgliedsländer und dem sich daraus ergebenden geographischen Zuschnitt der Eurasischen Union ist die Wahl einer von allen Beteiligten akzeptierten Struktur sowie deren institutionelle und prozessuale Umsetzung von entscheidender Bedeutung für einen dauerhaften Erfolg. Aus Sicht Russlands mit seiner Führungsrolle ist sicherlich eine vollständige Integration auf allen Politikfeldern im Sinne einer „amalgamierten Sicherheitsgemeinschaft“ nach Karl W. Deutsch die erstrebenswerteste Variante, die jedoch auf friedlichen Wege von den souveränen Partnerländern nicht akzeptiert werden würde. Eine zwangsweise Durchsetzung dieser Option wird hier wegen der vielfältigen negativen Folgen für Russland ausgeschlossen. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit lassen jedoch erkennen, dass auch eine sehr weitreichende Integration im Sinne des Neofunktionalismus, jedoch ohne den Endzustand einer „amalgamierten Sicherheitsgemeinschaft“, in Anlehnung an die EU mit grundsätzlich souveränen Staaten den russischen Zielen genügen kann. Diese Option sieht gemeinsame institutionelle Strukturen und Entscheidungsprozesse insbesondere in den Politikfeldern äußere Sicherheit, Außenpolitik sowie Wirtschaft, Handel, Finanzen und Migration vor. Entscheidend ist dabei, dass die Vormachtstellung Russlands durch gleichberechtigte Entscheidungsprozesse soweit als möglich neutralisiert wird und die russische Regierung lernt, auf den Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden Druckmitteln weitgehend zu verzichten. Hier liegt nach allen

Erfahrungen sicherlich das größte Risiko für einen langfristigen Erfolg der Eurasischen Union.

Eine funktionsfähige und effektive Eurasische Union würde ganz im Sinne Russlands eine veränderte weltpolitische Ordnung mit sich bringen. Neben den weltpolitisch dominanten Mächten USA, NATO, EU und China würde sie sicherlich ein weiterer Pol in einer multipolaren Welt werden. Für Forschung, Politik und Realwirtschaft ist es somit an der Zeit, sich intensiver mit den Folgen dieser absehbaren Veränderungen auseinanderzusetzen.

Das russische Integrationsprojekt findet bisher im deutsch- und englischsprachigen Diskurs und in aktuellen Forschungspapieren noch relativ wenig Aufmerksamkeit. So ist die Forschung und öffentliche Wahrnehmung sowohl der Kooperationen und früheren Staatenbünde des postsowjetischen Raums als auch zum aktuellen Integrationsprojekt nicht besonders ausgeprägt, obwohl dazu eigentlich ausreichend Datenmaterial vorhanden ist.

Leider sind auch die bekannten Theorien zu Staatenbünden teilweise überholt oder sehr spezifisch nur auf die EU bezogen, wie diese Forschungsarbeit hinsichtlich der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration am Beispiel der Eurasischen Union zeigt. Angesichts einer immer weiter globalisierten und enger zusammenwachsenden Welt bedarf es hier unbedingt der Weiterentwicklung von modernen und allgemein auf verschiedene Konstellationen anwendbaren Theorien. Andererseits ist das Projekt der Eurasischen Union noch relativ jung, so dass sich im Zuge ihrer weiteren Entwicklung neue Forschungsfragen, -material und -gebiete ergeben werden.

Der Aspekt der Aktualität schränkt weiterhin innerhalb dieser Forschungsarbeit die absolute Vollständigkeit der Analysen im Sinne einer Momentaufnahme verständlicherweise ein. Der Konflikt in der Ukraine, der einem steten Wandel unterliegt, ist ein Beispiel dafür. Der Ausgang dieser Krise und die Lösung des Problems Moldawien, die weitere Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion, die jeweiligen Reaktionen der anderen weltpolitischen Mächte und auch sonstige wichtige globale Ereignisse mit ihren gegenseitigen Abhängigkeiten können die Lage schnell verändern und machen sicherlich weitere begleitende Forschungsarbeiten zur endgültigen Umsetzung der russischen Ziele erforderlich.

Literaturverzeichnis

Ackeret, Markus: Hegemonie mit dem Holzhammer? Russlands Politik in der GUS. In: Feichtinger, Walter: Integration in der GUS. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. 2010. S.7-20

Adomeit, Hannes: Die Staaten im Kaukasus. 2011 (a). In: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47978/kaukasus> (18.9.2014)

Adomeit, Hannes: Russlands Politik in Osteuropa: Konkurrenz und Konflikte mit der Europäischen Union. Wien: Internationales Institut Liberale Politik. Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe. 2012

Adomeit, Hannes: Ukraine, Belarus und Moldau. 2011 (b). In: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47982/ukraine-belarus-moldau?p=2> (20.9.2014)

AHK-Belarus, Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus: Einheitlicher Wirtschaftsraum: Institutionelle Grundlagen und Basisabkommen. 2012. In: http://belarus.ahk.de/fileadmin/ahk_belarus/Publikationen/EWR_Publikation_AHK_Belarus_de.pdf (9.2.2015)

Alexandrova, Olga/ Timmermann, Heinz: Russland—Belarus—GUS. Integrationsbestrebungen und Desintegrationstendenzen. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. 1997

Apelt, Beate: Russland und Usbekistan: Sicherheitspolitische und ökonomische Beziehungen. Diskussionspapier. Forschungsgruppe Russland/GUS. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2008

Auswärtiges Amt: Grundlinien der Außenpolitik. China. 2014. In: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/China/Aussenpolitik_node.html (13.12.2014)

Clemens, Gabriele/Reinfeldt, Alexander/ Wille, Gerhard: Geschichte der europäischen Integration. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh. 2008

Deutsch, Karl W. et al: Political Community and the North Atlantic Area. 1957. In: Grimm, Andreas/ Jakobeit, Cord (Hrsg.): Politische Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S.80-96

Duden: Das Fremdwörterbuch. 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Mannheim, Wien, Zürich: Bibliographisches Institut. 1982

EDB: Das Eurasische Integrationsbarometer. In: Ukraine- Analysen: Assoziierungsabkommen mit der EU. Humanitäre Lage. Religion im Ostukraine-Konflikt. Militärkonflikt in der Ostukraine. Nr.137. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. 2014. S. 6-7

Eisenreich, Ruth: „Die Ukraine ist ein zerrütteter Staat“. Der Politologe Dieter Segert plädiert für eine Staatsreform der Ukraine. 2014. In:
<http://blog.rutheisenreich.com/2014/06/11/ukraine-zerrutteter-staat/> (10.1. 2015)

Erler, Gernot: Die Europäisierung Russlands: Anspruch und Wirklichkeit. In: Erler, Gernot/Schulze, Peter (Hg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2012. S. 9-30

Eurasian Economic Union: General Information. 2015. In:
<http://www.eaeunion.org/?lang=en#about> (9.2.2015)

Faber, Anne: Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Analyse. Wiesbaden: VS- Verlag. 2005

Fein, Elke: Postimperialistischer Atomschmerz oder gute Nachbarschaft? Eine Umfrage zu den außenpolitischen Vorstellungen der Russen. In: Russlands Verhältnis zu seinen Nachbarn. Russland- Analysen. Nr. 124. 2007. S. 2-5

Fischer, Sabine: Eskalation der Ukraine- Krise. Gegensätzliche Interpretationen erschweren internationale Diplomatie. SWP- aktuell 13. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2014

Forbrig, Jörg: Belarus zwischen EU und Russland. Ende der Schaukelpolitik. In: Belarus. Politik- und Zeitgeschichte 24-26/2011. Bonn: bpb. 2011

Frank, Rüdiger/Segert, Dieter: Postsozialismus in Ostasien und Osteuropa? Ziele und Grundlagen eines Vergleichs. In: Segert, Dieter (Hrsg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Wien: Wilhelm Braumüller Universitätsverlag. 2007. S. 123-157

Gall von, Caroline: Macht und Recht in Russland: Das sowjetische Erbe. In: Nach dem Ende der Sowjetunion. Aus Politik und Zeitgeschichte. 61. Jg. 49-50. 2011. S. 22-29

Gebauer, Matthias: Ukraine- Gipfel: Minimallösung von Minsk. Spiegel- Online. 2015. In: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-verhandlungen-minimal-kompromiss-in-minsk-a-1018093.html> (10.3.2015)

Giering, Claus/ Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozess der europäischen Integration. Bonn: Europa Union Verlag. 1997

Gontmacher, Jewgenij: Sozialpolitik—Entwicklungen und Perspektiven. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S.379-390

Grimmel, Andreas/ Jakobeit, Cord (Hrsg.): Politische Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften. 2009

Halbach, Uwe: Russland im Wertekampf gegen den Westen. 2014. In: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A43_hlb.pdf (22.1.2015)

Halbach, Uwe: Russlands Ambitionen einer Eurasischen Union. In: Erler, Gernot/Schulze, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2012. S. 214-228

Halbach, Uwe: Brennpunkt Nordkaukasus. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S. 113-131

Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil I: Sicherheitsstrukturen und -politik auf nationaler und regionaler Ebene. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. 2000

Halbach, Uwe/Smolnik, Franziska: Russlands Stellung im Südkaukasus. SWP-Aktuell 1. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2014

Halling, Steffen/ Stewart, Susan: Die Ukraine inmitten der Krise. Chancen und Probleme einer neuen politischen Kultur. SWP- Aktuell 15. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2014

Hartmann, Jürgen: Russland. Einführung in das politische System und Vergleich mit den postsowjetischen Staaten. Wiesbaden: Springer VS. 2013.

Heller, Regina: Kommentar: Minsk II: neues Spiel, neues Glück?. 2015. In: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201876/kommentar-minsk-ii-neues-spiel-neues-glueck> (10.3.2015)

Hett, Felix/ Szkola, Susanne: Die Eurasische Wirtschaftsunion. Analysen und Perspektiven aus Belarus, Russland und Kasachstan. Friedrich Ebert Stiftung. Perspektiven. 2014

Heyden, Ulrich: Warum Putins Chef- Strategie gehen musste. 2013. In: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Warum-Putin-seinen-Berater-Wladislaw-Surkow-gefeuert-hat/20130607> (12.11.2014)

Hildermeier, Manfred: Von Gorbatschow zu Medwedew: Wiederkehr des starken Staates. In: Nach dem Ende der Sowjetunion. Aus Politik und Zeitgeschichte. 61. Jg. 49-50. 2011. S. 16-22

Hüttmann, Martin/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Das Europalexikon, 2., aktual. Aufl. Bonn: Dietz. 2013.

Hoffmann, Katharina: Eurasische Union—Alte Integrationsidee mit neuen Namen. In: Die Gestaltung des postsowjetischen Raumes. Die Zukunft der französischen Osteuropapolitik. Russland- Analysen. Nr. 237. 2012. S.2-5

Hoffmann, Stanley: Obstinate or Obsolete? The fate of the Nation-State and the Case of Western Europe. 1966. In: Grimm, Andreas/ Jakobeit, Cord (Hrsg.): Politische Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S.141-158

Integration Committee of EurAsEC: EurAsEC Today. Moscow/Almaty: 2011

Internationale Kiewer Institut für Soziologie: Die Ansichten der Bürger in der Südostukraine.
In: Ukraine- Analysen: Präsidentschaftswahl vom 25. Mai. Rechtsradikale. Ostukraine.
Menschenrechtssituation. Nr.133 Bremen: Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche
Gesellschaft für Osteuropakunde. 2014

Jarosiewicz, Aleksandra/ Fischer, Ewa: The Eurasian Economic Union—more political, less
economic. 2015. In: <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2015-01-20/eurasian-economic-union-more-political-less-economic> (5.2.2015)

Joetze, Günter: Auf der Suche nach einem strategischen Rahmen: Die Rolle von OSZE und
NATO. In: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Russland und der
postsowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 2003. S. 479-498

Kobsew, Wladimir: Von der politischen Initiative zur historischen Realität. In: Impuls.
Magazin der Deutsch-russischen Auslandshandelskammer. 03/2011. Moskau: AHK. S. 30-32

Konończuk, Wojciech/ Wilk, Andrzej: Die Eskalation der Kämpfe im Donbass. In: Ukraine-
Analysen. Länderanalysen- Ukraine. Nr. 144. 2015. S.11-13

Kornai, Janos: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus.
Baden-Baden: Nomos- Verlagsgesellschaft. 1995

Kreikemayer, Anne/ Kropatcheva, Elena: Neue Herausforderungen für die russische
Zentralasienpolitik. In: Russland- Analysen. Nr. 95. 2006. S. 2-5

Kunze, Thomas/ Vogel, Thomas: Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. In: Nach dem
Ende der Sowjetunion. Aus Politik und Zeitgeschichte. 61. Jg. 49-50. 2011. S.35-41

Kusmina, Jelena: Erweiterung und Freihandel. . In: Hett, Felix/Szkola, Susanne: Die
Eurasischen Wirtschaftsunion. Analysen und Perspektiven aus Belarus, Kasachstan und
Russland. Friedrich Ebert Stiftung. Perspektiven. 2014. S. 7-10

Lpb: Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg: Nervenkrieg um die
Ukraine. 2014. In: <http://www.lpb-bw.de/ukraine-konflikt.html> (16.1.2015)

Laug, Christoph: Die wichtigsten Regionalorganisationen im postsowjetischen Raum. In: In: Russland- Analysen: Russland im postsowjetischen Raum. Nr. 216. Freie Universität Berlin. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. 2011. S. 8-10

Lewada- Zentrum: Russland und der postsowjetische Raum. In: Russland- Analysen: Die Zollunion. „Ausländische Agenten“. Nr. 257. Freie Universität Berlin. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. 2013

Libman, Alexander: Wirtschaftskrise in Russland. Risiken und Kosten für andere Länder Eurasiens. SWP- Aktuell. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2015

Lindberg, Leon/Scheingold, Stuart: Europe‘ s would-be polity: patterns of change in the European community. 1970. In: Grimmel, Andreas/ Jakobeit, Cord (Hrsg.): Politische Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S. 127-132

Mackow, Jerzy: Belarussischer Autoritarismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 24-26/2011. Bonn: bpb. 2011. S. 21-26

Malek, Martin: „Integration“ in der GUS und die Politik Russlands. In: Feichtinger, Walter: Integration in der GUS. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. 2010. S.21-62

Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Blank, Kermit: European Integration from the 1980s: State-Centric v. Multi-level Governance. 1996. In: Grimmel, Andreas/ Jakobeit, Cord (Hrsg.): Politische Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S. 324-348

Meier, Christian: Die EU und der postsowjetische Raum. In: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Russland und der postsowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 2003. S. 461-479

Meister, Stefan: Analyse: Russland als Ordnungsmacht im postsowjetischen Raum. Regionalorganisationen als Instrumente für „Friedenseinsätze“. 2011. In: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/48322/analyse-russland-als->

ordnungsmacht-im-postsowjetischen-raum-regionalorganisationen-als-instrumente-fuer-friedenseinsaetze?p=0 (15.5.2014)

Movchan, Mykola: Zehn Jahre der Unabhängigkeit: Die Ukraine und ihre Außenpolitik (1991-2001). In: Berliner Osteuropa 17/2001. Berlin: Osteuropainstitut der Freien Universität. 2001. S. 71-75

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 4., aktualisierte und ergänzte Auflage. München: Verlag C.H. Beck. 2010

NOI. Unabhängiges Informationsportal: Umfrage: Mehrheit der Befragten wollen Moldau in der EU sehen. 2013. In: http://www.noi.md/ru/news_id/31399 (14.12.2014)

NOV- Ost. Wirtschaftsnachrichten aus Mittel- und Osteuropa: Ukraine, Georgien und Moldawien rücken näher an die EU. 2014. In: http://www.nov-ost.info/index/Article/1970554_Ukraine,_Georgien_und_Moldawien_rucken_naher_an_die_EU.html (14.12.2014)

OSCE: Protocol on the results of consultations of the Trilateral Contact group, signed in Minsk, 5. September 2014. 2014. In: <http://www.osce.org/home/123257> (10.1.2015)

Ott, Alexander: Die ukrainische Politik gegenüber Russland. In: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Russland und der postsowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 2003. S. 223-240

Plaggenborg, Stefan: Das Erbe: Von der Sowjetunion zum neuen Russland. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S. 29-52

Pleines, Lina: Dokumentation: Minsker Protokoll vom 5. September 2014. 2014. In: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191799/dokumentation-minsker-protokoll-vom-5-september-2014> (10.1.2015)

Polownikow, Alexandra: Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland—Motive, Entwicklungen und Perspektiven. Arbeitspapier FG 5, 2012/ Nr.01. Berlin: SWP Verlag. 2012

Putin, Wladimir: Das neue Integrationsprojekt für Eurasien—eine Zukunft die heute geboren wird. 2011. In: Izvestia: <http://izvestia.ru/news/502761> (5.2.2015)

Rühl, Lothar: Die USA als Wiederpart Russlands. In: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Russland und der postsowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 2003. S. 405-421

Sagorskij, Andrej: Zwischen Ökonomie und Geopolitik. In: Hett, Felix/Szkola, Susanne: Die Eurasische Wirtschaftsunion. Analysen und Perspektiven aus Belarus, Kasachstan und Russland. Friedrich Ebert Stiftung. Perspektiven. 2014. S. 3-7

Satpajew, Dossym: Die Eurasische Wirtschaftsunion als geopolitisches Instrument und Wirtschaftsraum. Eine Analyse aus Kasachstan. Friedrich Ebert Stiftung. 2014

Schattenberg, Susanne: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie. In: Nach dem Ende der Sowjetunion. Aus Politik und Zeitgeschichte. 61. Jg. 49-50. 2011. S. 9-16

Schmitz, Andrea: Partner aus Kalkül. Russische Politik in Zentralasien. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2008

Schneider, Eberhard: Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko. Diskussionspapier. Forschungsgruppe Russland/GUS. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2005

Schneider, Eberhard: Juniorpartner Russland -- Belarus. 2007. In: <http://www.bpb.de/izpb/25094/juniorpartner-russlands-belarus?p=all> (7.4.2014)

Schneiders-Deters, Winfried/ Schulze, Peter/ Timmermann, Heinz: Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik. BWV. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag. 2005

Schröder, Hans-Henning: Gesellschaft im Umbruch. Schichtung, demografische Entwicklung und soziale Ungleichheit. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S.361-379

Schröder, Hans-Henning: Hat die Putin-Administration eine Strategie? Russische Innen- und Außenpolitik in der Ukraine-Krise. In: Russland-Analysen. Nr. 277. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. 2014. S. 2-7

Schröder, Hans-Henning: Russland als Partner? In: Russlandanalysen. Nr. 25. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. 2004. S. 2-5

Schröder, Hans-Henning: Vom Kiewer Reich bis zum Zerfall der UdSSR. In: Russland. Informationen zur politischen Bildung. 281. Bonn: bpb. 2003. S.8-16

Schulze, Peter W.: Genesis und Perspektiven des politischen Systems in Russland. In: Erler, Gernot/Schulze, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2012. S. 33-115

Segert, Dieter: Bittere Schokolade—Kann der Staatszerfall der Ukraine noch aufgehalten werden? In: Ukraine- Analysen. Nr. 133. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. 2014. S. 5-7

Segert, Dieter: Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe. In: Bluhm, Harald (Hrsg.): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie neu gelesen. Berliner Debatte Initial. 20 Jg.. 2009. S. 120-135

Sieg, Hans Martin: Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz: Die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen. In: Erler, Gernot/Schulze, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2012. S. 150-185

Simon, Gerhard: Das Ende der Ära Juschtschenko und die Zukunft der Ukraine. Ukraine-Analysen. Nr. 65. 2009. S. 2-7

Siwitskij, Arsenij: Belarus: Gedämpfte Integrationseuphorie. In: Hett, Felix/Szkola, Susanne: Die Eurasischen Wirtschaftsunion. Analysen und Perspektiven aus Belarus, Kasachstan und Russland. Friedrich Ebert Stiftung. Perspektiven. 2014. S. 14-19

Spanger, Hans-Joachim: Russland und die NATO: dauerhaft getrennt gemeinsam? In: Erler, Gernot/Schulze, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2012. S. 150-185

Spiegel- Online: Präsidentschaftswahl Russland: Putin liegt in Umfragen deutlich vorne. 2012. In: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/praesidentschaftswahl-russland-putin-liegt-in-umfragen-deutlich-vorne-a-817357.html> (12.11.2014)

Stadelbauer, Jörg: Russlands Geografie. Landschaftszonen, Bodenschätze, Klimawandel und Bevölkerung. . In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S.11-28

Statista: Russland: Arbeitslosenquote von 2004 bis 2014. 2014 (a). In: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17339/umfrage/arbeitslosenquote-in-russland/> (20.2.2015)

Statista: Russland: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in jeweiligen Preisen. 2015 (a). In: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19415/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-russland/> (20.2.2015)

Statista: Russland: Inflationsrate von 2004 bis 2014. 2014 (b). In: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/171867/umfrage/inflationsrate-in-russland/> (20.2.2015)

Statista: Russland: Lebenserwartung bei der Geburt von 2002 bis 2012. 2015(b). In: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/18677/umfrage/lebenserwartung-in-russland/> (20.2.2015)

Styckow, Petra: Die autoritäre Konsolidierung des politischen Systems in der Ära Putin. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S.71-94

Sutela, Pekka: Die russische Wirtschaft von 1992 bis 2008—Entwicklungen und Herausforderungen. . In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland. Schriftenreihe Band 1066. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010. S.289-314

Tichinova, Natalja: Analyse: Armut in Russland. 2011. In:
<http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/48264/analyse-armut-in-russland?p=all>
(12.11.2014)

Timmermann, Heinz: Die Union Russland-Belarus im europäischen Kontext. In:
Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Russland und der postsowjetische
Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 2003. S. 340-361

Trade&Invest (Armenien) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Armenien. Stand: November
2011. Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2011

Trade&Invest (Kasachstan) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Kasachstan. Stand:
November 2013. Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2013

Trade&Invest (Kirgistan) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Kirgistan. Stand: März 2014.
Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2014

Trade&Invest (Moldau) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Moldau. Stand: Mai 2014.
Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2014

Trade&Invest (Russland) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Russland. Stand: November
2013. Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2013

Trade&Invest (Russland) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Russland. Stand: November
2014. Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2014

Trade&Invest (Ukraine) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Ukraine. Stand: November
2014. Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2014

Trade&Invest (Usbekistan) Germany: Wirtschaftsdaten kompakt: Usbekistan. Stand: Mai
2014. Bonn: Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing. 2014

Transparency International: Corruption Perception Index 2001/2013. In:
http://www.transparency.org/research/cpi/cpi_2001 (20.2.2015)

Umland, Andreas: Die Orangene Revolution als postsowjetischer Scheideweg:
Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland. Ukraine- Analysen
Nr. 65. 2009. S. 7-8

Wacker, Gudrun: Die „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“. Eurasische Gemeinschaft oder Papiertiger?. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. 2001

Wacker, Gudrun: Russland und China in Zentralasien: Partner oder Konkurrenten? In: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Russland und der postsowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 2003. S.498-517

Welz, Christian/Engel, Christian: Traditionsbestände politikwissenschaftlicher Integrationstheorien: Die EG im Spannungsfeld von Integration und Kooperation. In: von Bogdandy, Armin: Die Europäische Option. Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration. Baden-Baden: Nomos Verlag. 1993. S. 129-169

Wipperfürth, Christian: Eurasien: Option oder Illusion? In: Erler, Gernot/Schulze, Peter (Hg.): Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2012. S. 229-253

Weltbank: GINI Index (World Bank estimate). 2015. In:
<http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI> (1.5.2015)

Yurchak, Alexei: Everything was forever, until it was no more: The last soviet generation. Princeton: Princeton University Press. 2005

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Lindberg, Leon/Scheingold, Stuart: Europe‘ s would-be polity: patterns of change in the European community. 1970. In: Grimm, Andreas/ Jakobeit, Cord (Hrsg.): Politische Theorien der Europäischen Integration. Wiesbaden: VS- Verlag für Sozialwissenschaften. 2009. S. 127-132

Anhang I: Zusammenfassung

Am 3 Oktober 2011 hat Putin in der russischen Zeitschrift Izvestia das Ziel der Bildung einer Eurasischen Union angekündigt. Am 1. Januar 2015 wurde nach der anfänglichen Bildung einer Zollunion die Eurasische Wirtschaftsunion durch die Staaten Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Armenien als wichtigster Schritt auf diesem Wege gegründet. Die explorative Arbeit „Russlands Optionen für eine Eurasische Union“ soll mittels einer qualitativen Literaturanalyse und auf der Grundlage der Erfahrungen aus früheren russischen Kooperationen hinterfragen, ob und auf welche Weise das Projekt zukunftsfähig ist. Dazu werden die konkreten Ziele, politischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen einer Realisierung des Projekts heraus gearbeitet, um unter Berücksichtigung geographischer und struktureller Gesichtspunkte auf erfolgversprechende Optionen aus russischer Sicht zu schließen.

In einem ersten Teil werden als Grundlage der Arbeit ausgewählte klassische Theorien zu Staatenbünden erläutert. Genauer dargestellt werden der Neofunktionalismus, der Intergouvernementalismus und Transaktionalismus sowie die Mehrebenenpolitik als aktuellere Theorie. Zusammenfassend ergeben sich aus den Theorien sechs Themenbereiche, welche die Bildung und den Erfolg einer Eurasischen Union maßgeblich beeinflussen: Akteure, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Transaktionen, Entscheidungsprozesse, deren Umsetzung und das Nähe- Verhältnis der Mitglieder. Die in diesen Themenbereichen relevanten Einflussfaktoren sowie die Erkenntnisse von Claus Giering in dem von ihm formulierten „multidimensionalen Integrationskonzept“ bilden die Grundlage der Beschreibung und Beurteilung der verschiedenen Optionen.

In einem realpolitischen Teil der Arbeit werden zunächst die mehr oder weniger erfolgreichen bisherigen Staatenbünde im postsowjetischen Raum dargestellt, um auch die dort gewonnenen Erfahrungen zu berücksichtigen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion weist insbesondere die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) auf positive Voraussetzungen und Vorgehensweisen bei kooperativen Zusammenschlüssen hin, während die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eher negative Aspekte liefert. Aber auch die bisherigen Versuche der Reintegration im postsowjetischen Raum wie die Union Belarus- Russland, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und der Einheitliche Wirtschaftsraum liefern wichtige Erkenntnisse für eine erfolgreiche Umsetzung einer Eurasischen Union. Der Status-Quo, die Funktionsweise und die Struktur der Eurasischen Wirtschaftsunion als Vorläufer des Projektes runden dieses Kapitel ab.

Um die Notwendigkeit, Ziele und Gründe für eine Eurasische Union aus russischer Sicht sowie die sich vor diesem Hintergrund anbietenden geographischen und strukturellen Optionen genauer zu verstehen, bedarf es einer Beschreibung der aktuellen politischen Lage Russlands. Erläutert werden hier vor allem die Beziehungen zum sog. „nahen Ausland“ sowie zu überregionalen Mächten wie EU und China, aber auch die innenpolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage der Föderation. Aufgrund der aktuellen Krisensituation in der Ukraine, die massive Auswirkungen auf die Gestaltung und geographischen Schwerpunkte der Eurasischen Union hat, wird in einem Exkurs das Verhältnis Russlands zur Ukraine dargestellt.

Aus all diesen Erkenntnissen werden im Ergebnis die wichtigsten Ziele, ihre jeweilige Relevanz und die Voraussetzungen einer dauerhaft erfolgreichen Mitgliedschaft in einer Eurasischen Union abgeleitet. Diese Aspekte schränken die geographischen und strukturellen Optionen deutlich ein.

Neben einer sinnvollen geographischen Form wird auf die strukturelle und prozessuale Ausgestaltung eines erfolgreichen Zusammenschlusses eingegangen. Den russischen Zielen würde eine maximale Integration im Sinne einer „amalgiierten Sicherheitsgemeinschaft“ unter weitgehender Rückführung der Souveränität der Mitgliedsstaaten fraglos am besten gerecht werden – eine Option, die jedoch auf friedlichem Wege nicht durchsetzbar ist. Unter den gegebenen Umständen bietet sich dagegen eine umfassende Integration im Sinne einer gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Wirtschaftspolitik mit offenen Grenzen und harmonisierter Gesetzgebung an, ohne das Russland in den gemeinsamen Entscheidungsprozessen seine Vormachtstellung ausspielt. Im Ergebnis muss das russische Vorhaben in der dargestellten Art und Weise grundsätzlich als realistisch und aussichtsreich eingeschätzt werden. Russland wird den Aufbau einer Eurasischen Union im postsowjetischen Raum aufgrund ihrer sehr hohen Bedeutung für die eigene Weltmachtstellung und inneren Weiterentwicklung sicherlich mit allem Nachdruck weiterverfolgen.

Anhang II: Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Lena-Marei Ardelt
Geburtsdatum	26.03.1988
Staatsbürgerschaft	Deutsch
Adresse	Oberer Seeweg 29, 82319 Starnberg

Ausbildung

Seit 03/2011	Politikwissenschaftsstudium, Universität Wien Schwerpunkte: Osteuropapolitik und Internationale Politik
Seit 01/2011	Wirtschaftswissenschaftsstudium, Wirtschaftsuniversität Wien Schwerpunkte: Entrepreneurship&Innovation und Public Management
10/2007 - 01/2011	Publizistik-& Kommunikationswissenschaftsstudium, Universität Wien Schwerpunkte: Public Relations und Print Journalismus
07/2006	Abitur, Lyceum Alpinum Zuoz, Schweiz

Praktika

09/10 2011	ADAC, Präsidialbüro in Berlin, Deutschland
07/08 2009	Schweiz 5, Fernsehsender in Zürich, Schweiz
09 2007	Deutsche Bank, Filiale in Starnberg, Deutschland

Sprachen

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Fließend
Spanisch	gute Kenntnisse
Russisch	Grundkenntnisse